# Demokratie in Gefahr

## Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Herausgeber:

**Amadeu Antonio Stiftung**
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon +49 (0)30. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Ibo Muthweiler
Lektorat: Textei Susanne Haldrich; Britta Kollberg
Mitarbeit: Kira Ayyadi, Fabian Bechtle, Alina Darmstadt, Rosa Fava, Leon Kahane, Henrike Koch, Stefan Lauer, Robert Lüdecke, Judith Rahner, Timo Reinfrank, Jan Riebe, Oliver Saal, Viola Schmidt, Rachel Spicker sowie Tom Waurig und Susanne Kailitz, Veto-Magazin

Titelbild: © imago images/Paul Sander
Layout: Wigwam, Berlin / Design
Druck: Druckzone, Cottbus
Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

2. überarbeitete Auflage
ISBN 978-3-940878-42-7
© Amadeu Antonio Stiftung, 2019

# Inhalt


**02 Vorwort**

**04 Die Geschichte der AfD – ein Weg der Radikalisierung**

10 Eine moderne rechtsradikale Partei: die AfD

**15 Die AfD und die Öffentlichkeit**

16 Interview: „Überforderte Atemlosigkeit“

19 Wie rechtsradikale Narrative und Framings die Debatte verändern

23 Die AfD und das Netz: Organisierte Wut

26 Handlungsempfehlungen: Was gegen Hassrede, rechtsradikale Parolen und Online-Shitstorms hilft

**28 Über die parlamentarische Praxis einer demokratiefeindlichen Partei**

28 Die AfD im Bundestag

32 Die AfD in Landesparlamenten

32 Die AfD in Kommunalparlamenten

34 Zum Umgang mit der AfD in der parlamentarischen Arbeit – Standpunkte

36 Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten

**38 Infografik: Mit Rechtsradikalen debattieren**

**40 Angriffe auf die Zivilgesellschaft**

42 Handlungsempfehlungen für eine lebendige Zivilgesellschaft

**46 Antifeminismus und Angriffe auf die Gleichstellung**

49 Gegenstrategien: Geschlechterpolitik der Vielfalt

**51 Zur Erinnerungspolitik der AfD**

**54 Politische Bildung unter Druck: die AfD in der Kinder- und Jugendarbeit**

56 Beispiel Chemnitz

56 Beispiel Döbeln

56 Beispiel Bautzen

57 Interventionsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit

**59 Zwischen Neutralität und Demokratiefeindlichkeit: die AfD und Schule**

61 Wie wahre ich den Beutelsbacher Konsens?

62 Interview: „Neutral bedeutet nicht, ohne politische Position zu sein“

65 Handlungsempfehlungen zum schulischen Bereich

**66 Kulturpolitik: Opferinszenierung und Angriffe auf die Freiheit der Kunst**

69 Interview: „Die Kunstfreiheit ist bereits bedroht“

72 Handlungsempfehlungen für den Kulturbetrieb

**74 Quellen und Nachweise**

**76 Weiterführende Literatur**

# Vorwort

Im 70. Jahr seines Bestehens wird das Grundgesetz wie wohl noch nie von innen angegriffen. Dabei geht es nicht nur um einzelne Artikel, sondern die Angriffe zielen auf den Charakter und zentrale Prinzipien unserer Verfassung, wie Menschenwürde, Gleichstellung, Pressefreiheit und Religionsfreiheit. Auch die Souveränität und Unabhängigkeit des Rechtsstaats und das Monopol staatlicher Gewalt insgesamt werden attackiert, was in Bürgerkriegsfantasien der radikalen Rechten und einem erdachten Notstand gipfelt. Identitätspolitiken, Chauvinismus und Nationalismus bedienen Ängste, Affekte und Ressentiments, die wiederum Ausgrenzung, Gewalt und im Ergebnis rechten Terror und Mord legitimieren.

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung kontinuierlich radikalisiert und enthemmt. Um dies festzustellen, brauchte es nicht erst den Verfassungsschutz, der Teile der AfD zum Prüffall erklärte. Seine Begründung ergänzt jedoch das Urteil und dokumentiert, wie die Partei demokratische Grundwerte fundamental infrage stellt.

Es gibt wohl kein besseres Bild dafür als die Aufnahmen der Demonstration vom 1. September 2018 in Chemnitz, die wir auch zum Titelbild gemacht haben. Die gemeinsame Mobilisierung anlässlich des Mordes an dem Deutsch-Kubaner Daniel H. illustriert die neue nationale Formation der radikalen und extremen Rechten mit der AfD als parlamentarischem Arm. Sie zeigt den öffentlichen Schulterschluss aus AfD, PEGIDA, Identitärer Bewegung, „Neuer Rechter“ und Neonazis, um der pluralen Demokratie den Krieg um die kulturelle Hegemonie auch demonstrativ zu erklären. An der Spitze marschierten einträchtig völkische Rechte wie Björn Höcke (AfD-Spitzenkandidat Thüringen), Jörg Urban (AfD-Spitzenkandidat Sachsen), Andreas Kalbitz (AfD-Spitzenkandidat Brandenburg), die extreme Rechte mit Siegfried Däberitz (HoGeSa), Götz Kubitschek (maßgeblicher Akteur der „Neuen Rechten“), Lutz Bachmann (PEGIDA-Initiator) und andere. Sie wetterten gegen „Lügenpresse“, „Merkel-Diktatur“ und propagierten den „Widerstand“. In diesem Zusammenhang von einem „Rechtsruck“ zu sprechen, trifft nicht das Problem und verharmlost die Gefahr.

Dies ist nicht nur ein Kampf gegen den Euro, Migration, Flüchtlinge und ein plurales Familien- und Geschlechterverständnis, sondern ein Kampf gegen das „Establishment“, das „System“ und „die da oben“ – und damit gegen das parlamentarische System, das Grundgesetz und die bestehende staatliche Verfasstheit. Dies lässt sich ebenfalls am neuen großen Thema der AfD verdeutlichen, der Umweltpolitik: Sie leugnet nicht nur vehement die Klimakrise, warnt vor „entarteter Angstmache“ (Alexander Gauland), Wirtschaftsfeindlichkeit und Enteignung. Weil Klimaschutz nur mit internationaler Kooperation funktionieren kann, wittern die Rechtsradikalen auch eine politische Verschwörung mit ausländischer Hilfe. Klimapolitik sei „Elitenpolitik“, die nationale Interessen mit Füßen trete und den Steuerzahler belaste – zuallererst die deutschen Autofahrer*innen. Hinter der Leugnung des menschengemachten Klimawandels und dem Zweifel an Prognosen und Modellen zur Klimaentwicklung verbirgt sich eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Wissenschaft, Forschung und Fakten.

Gegen diesen Angriff der radikalen und extremen Rechten agieren die Demokrat*innen zunehmend mit einem Schulterschluss, klarer Haltung und inhaltlicher Abgrenzung. Zu oft blieb in der Vergangenheit der liberale Antipopulismus inhaltsleer und versuchte durch die Übernahme einzelner Forderungen der AfD den Vormarsch der radikalen Rechten zu bremsen oder zu stoppen. Das hat lange auch dazu geführt, dass sich die Partei und mit ihr die extreme Rechte in ihren Thesen bestätigt fühlen. Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag und nochmal später in viele Kommunalparlamente ist jedoch eine Trendwende zu beobachten. Insbesondere die demokratischen Mitglieder des Bundestags und der Landtage argumentieren nicht nur für ihre jeweilige Position und grenzen sich deutlich gegenüber antidemokratischen Positionen ab, sie werben zugleich verstärkt für Vertrauen in unser parlamentarisches System und den Rechtsstaat – im Bewusstsein der oft fehlenden Bürgernähe, Ungerechtigkeiten und Mängel. So zynisch der Hintergrund ist, Politik macht auf einmal wieder Spaß, weil es leidenschaftlich wird, aber auch, weil deutlich wird, was auf dem Spiel steht. Darin liegt eine große Chance.

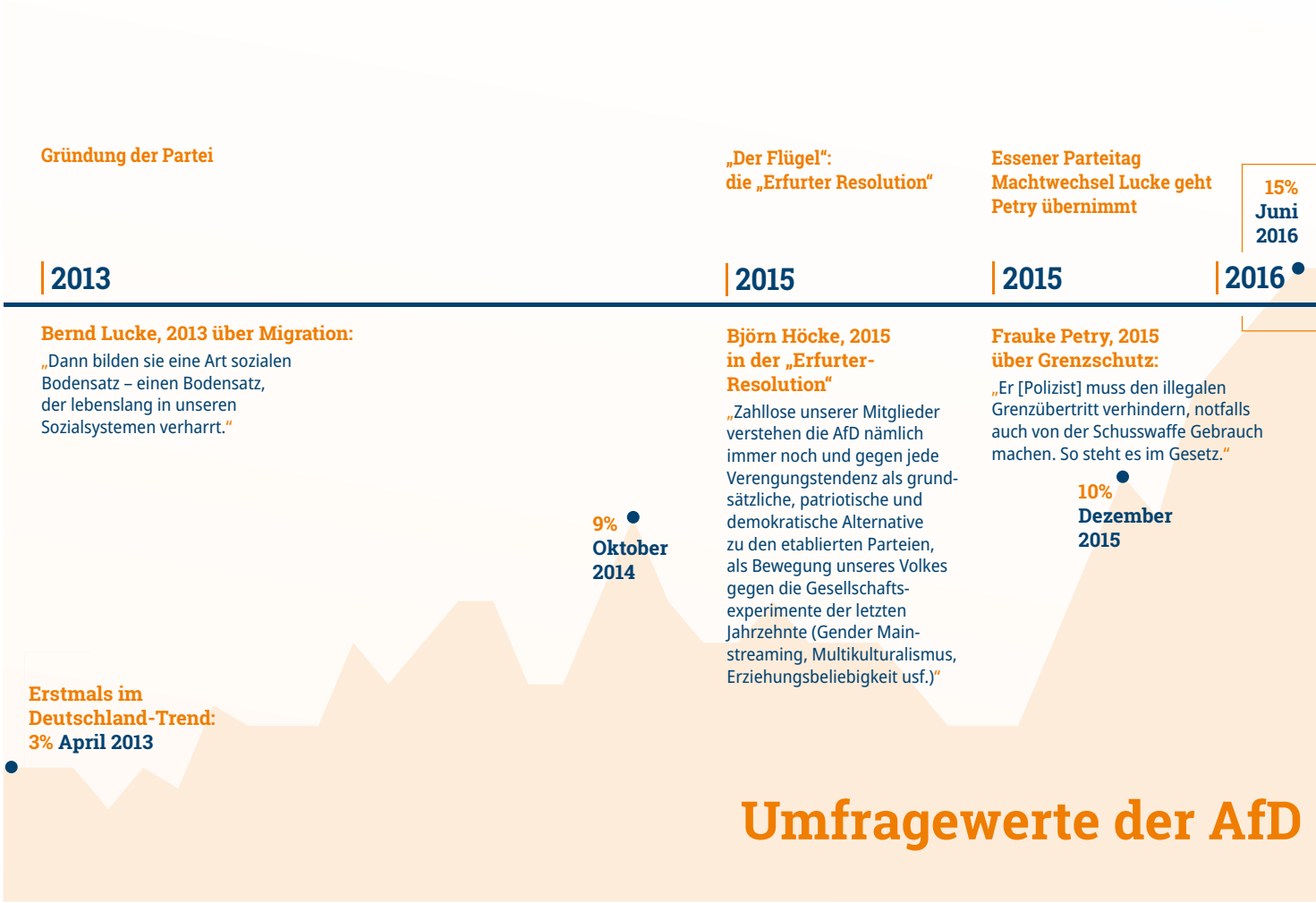
Das gilt auch für die Zivilgesellschaft, die sich in leidenschaftlichen und lange vernachlässigten Debatten ihres Selbstverständnisses mithilfe ihrer Satzungen, Grundsatzbeschlüsse und Ausrichtung der Gremien versichert und klar zur liberalen Demokratie positioniert. Gerade erst hat sich beispielsweise der Bundesverband Deutscher Stiftungen auf dem Deutschen Stiftungstag in seiner Selbstverpflichtung, den „Grundsätzen guten Stiftungshandelns“, zur streitbaren Demokratie und zum Rechtsstaat bekannt.

Auch Politik und Verwaltung solidarisieren sich mit Angegriffenen gegen Verleumdungen und Diffamierung, achten bei parlamentarischen Anfragen auf den Datenschutz, heben in ihren Zuwendungsbescheiden den Beutelsbacher Konsens mit dem Kontroversitätsgebot hervor und stellen den normativen Gehalt des Grundgesetzes mit der Chancengleichheit der Parteien wie auch dem Recht auf freie Meinungsäußerung heraus.

Mit dieser Handreichung wollen wir Sie, die Engagierten in Politik, Verwaltung, Kunst, Justiz, in den Wohlfahrtsverbänden, im Umwelt- und Naturschutz, der Presse, in der Zivilgesellschaft und alle anderen bei der Auseinandersetzung unterstützen und insbesondere den Angegriffenen solidarisch zur Seite stehen. Wir wollen Ihnen Mut machen und uns zusammen den Angriffen auf unsere Demokratie entgegenstellen. Dafür versuchen wir nicht nur die Entwicklung der AfD im Kontext der radikalen Rechten nachzuzeichnen, sondern auch praktische Empfehlungen für die Auseinandersetzung und damit Handlungssicherheit zu geben.

Diese Publikation versammelt sowohl die langjährige Expertise der Amadeu Antonio Stiftung als auch die vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen, demokratischer Parteien, engagierter Wissenschaft, Kunst, Journalistik, Anwaltschaft, Verwaltung und Einzelpersonen. Ihnen gilt unser Dank für Austausch, Kooperation und Zusammenarbeit. Wir freuen uns über Rückmeldungen und weiteren Austausch und stehen gern zur Unterstützung zur Verfügung.

**Timo Reinfrank**
Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung




# Die Geschichte der AfD – ein Weg der Radikalisierung

Seit 2013 gibt es angeblich eine Alternative für Deutschland. Und die AfD hat Erfolg: Ende 2018 sitzt sie in allen 16 Landesparlamenten und im Europäischen Parlament, seit 2017 bereits im Bundestag. Die permanenten Grabenkämpfe zwischen angeblich gemäßigten Vertreter*innen und völkisch-nationalen Kräften tun den Erfolgen keinen Abbruch. Die Umfragewerte stagnierten zwar zuletzt, dadurch wird die Partei allerdings nicht weniger gefährlich.

Die Parteitage, die Arbeit der AfD-Parlamentarier*innen in den Ländern und Äußerungen der Parteiführung zeigen, dass die AfD eben genau das nicht ist, was sie im Namen trägt: eine Alternative. Die Geschichte der Partei ist eine Geschichte der Radikalisierung. Das völkische, nationalistische, rassistische und teilweise antisemitische Gedankengut, das spätestens seit dem Einzug der Partei in den Bundestag auch in den politischen Mainstream-Diskurs der Republik Einzug gehalten hat, ist dabei von Anfang an Teil des ideologischen Unterbaus der Partei. Die AfD ist der parlamentarische Arm der sogenannten „Neuen“ Rechten und damit Teil eines entsprechenden Milieus, zu dem sehr unterschiedliche Akteure gehören: zum Beispiel die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ oder das rechtsextreme Netzwerk „Ein Prozent“, aber auch Protestgruppen wie „PEGIDA“ oder „Zukunft Heimat“. Zur Strategie dieser Gruppen und damit auch der AfD gehört es, die Grenzen des Sagbaren permanent zu verschieben. Das führt nicht nur zur Verrohung des Tons in den Parlamenten, den Kommentarspalten und im politischen Diskurs, sondern auch zu einer verschärften Bedrohungssituation von PoC, LSBTIQ* und Jüd*innen.

## Radikale Professoren

Im Februar 2013 wird die AfD von Bernd Lucke und 17 weiteren Männern im hessischen Oberursel gegründet. Anfangs gilt sie den Medien als „Professorenpartei“. Lucke ist in dieser Zeit ein gern gesehener Gast in Talkshows. Dort beschwert sich der Wirtschaftsprofessor immer wieder öffentlich über den Umgang der

Bundesregierung mit der griechischen Finanzkrise und den Euro. Gleichzeitig spricht er von den „verbrauchten Altparteien“ und warnt vor Migrant*innen, die angeblich einen „sozialen Bodensatz“ bildeten. Migration ist damals zwar noch ein Randthema für die AfD, trifft aber offenbar den Nerv der potenziellen Anhängerschaft. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt, dass AfD-Wähler*innen bereits zu Beginn der Parteigeschichte radikalere Ansichten vertraten als der Rest der Bevölkerung.[1] So lehnten schon Ende 2013 gut 70 Prozent der AfD-Wähler*innen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht ab. Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine neuen Entwicklungen, sondern sind Teil des ideologischen Kerns der Partei.

Von den 18 Gründern sind heute nur noch vier in der Partei. Der Euro und die Folgen der Finanzkrise waren schnell kein Thema mehr. Teile der Partei erkannten, dass die eigenen Wähler*innen zwar den Euro und die EU ablehnen, aber Rassismus und Abwertung von Minderheiten noch mehr Menschen in Deutschland ansprechen. Spätestens zum einjährigen Geburtstag der selbst ernannten Alternative wurde die Partei, von den Medien häufig als „Anti-Euro-Protestpartei“ tituliert, zum Sammelbecken verschiedenster rechter bis rechtsextremer Strömungen.

Holger Arppe, damals Landessprecher der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, wurde zu diesem Zeitpunkt wegen Volksverhetzung angezeigt, weil er jahrelang im Kommentarbereich des islamfeindlichen Blogs „PI-News“ zu Gewalt gegen Muslim*innen aufgerufen hatte.[2] Im Duisburger Stadtrat hatten AfD-Abgeordnete eine NPD-Kandidatin unterstützt[3], und Jan-Ulrich Weiß aus der AfD in Brandenburg wurde wegen Volksverhetzung angezeigt, nachdem er eine antisemitische Karikatur auf Facebook veröffentlicht hatte.[4] Lucke sprach in einem Interview mit der BILD-Zeitung über „relativ viele Einzelfälle“ und versuchte, den nationalkonservativen Flügel der Partei zu isolieren, der sich damals um Frauke Petry sammelte. Doch Petry wurde 2015 auf dem Parteitag der AfD in Essen zur neuen Parteisprecherin gewählt. Am selben Abend gab Lucke seinen Austritt bekannt.

## Mit Empörung in die Schlagzeilen

Im Jahr 2015 erreichten fast 890.000 Menschen die Bundesrepublik Deutschland, die Schutz vor Krieg, Diskriminierung und Verfolgung suchten. Die AfD nutzte die damit einhergehenden Herausforderungen zielgerichtet aus. Euro- und Griechenland-Krise waren vergessen, und die Partei stürzte sich auf ihr neues Schwerpunktthema, mit dem sie im rechten Milieu punkten konnte: Geflüchtete. Nach Luckes Austritt im Sommer 2015 fiel die AfD in Umfragen auf unter drei Prozent. Doch die Radikalisierung der Partei brachte auch Stimmen vom rechten Rand. Im Herbst kam die AfD mit rassistischer Stimmungsmache bereits wieder auf sieben Prozent. Ein Wendepunkt war dabei auch die Silvesternacht 2015/16 in Köln. Damals kam es auf der Domplatte zu sexuellen Übergriffen gegen Frauen, mutmaßlich durch Migranten. Die juristische Aufarbeitung der Vorfälle lief und läuft bis heute schleppend. Hintergründe und Details der Taten blieben weitgehend ungeklärt. Rechtspopulist*innen und Rechtsradikale nutzten die Situation, um das Bild des angeblich zu „sexuellen Übergriffen neigenden“ Geflüchteten als Gefahr für „deutsche“ Frauen zu verbreiten und politisch zu verwerten. Außerdem waren die Ereignisse Anlass zu einem Rundumschlag gegen die sogenannten etablierten Parteien. Lieblingsziele waren dabei vor allem die CDU und ihre Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel. So fragte Frauke Petry via Facebook: „Ist Ihnen nach der Welle an Straftaten und sexuellen Übergriffen Deutschland nun ‚weltoffen und bunt‘ genug, Frau Merkel?“ Björn Höcke schlug in die gleiche Kerbe: „Merkel ist schuld an Attacken des Einwanderer-Mobs auf Frauen in Köln und anderen deutschen Städten.“[5]

Ein Paradebeispiel für die Empörungsstrategie im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen – und gleichzeitig für moralische Entgrenzung – lieferten Marcus Pretzell, damals Europaabgeordneter der AfD und Landesvorsitzender der Partei in Nordrhein-Westfalen, Frauke Petry und die damalige Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch im Januar 2016. Zuerst sprach Pretzell auf einer Parteiveranstaltung und später gegenüber der Deutschen Presse-Agentur davon, dass „die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio […] eine Selbstverständlichkeit“ sei.[6] Petry nahm diese Aussage auf und antwortete im Interview mit dem Mannheimer Morgen auf die Frage, wie ein Grenzpolizist reagieren solle, wenn er einen „illegalen“ Grenzübertritt bemerke, mit den Worten: „Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“[7] Unmittelbar danach antwortete Beatrix von Storch auf die Frage eines Nutzers auf ihrer Facebook-Seite, ob auch auf Frauen und Kinder geschossen werden solle, lakonisch mit: „Ja“. Frauke Petry behauptete danach, sie hätte den Satz so nicht gesagt.

Später gelangte eine E-Mail von Petry an die Öffentlichkeit, die die Strategie dahinter zeigt: „Um sich medial Gehör zu verschaffen, sind daher pointierte, teilweise provokante Aussagen unerlässlich. Sie erst räumen uns die notwendige Aufmerksamkeit und das mediale Zeitfenster ein, um uns in Folge sachkundig und ausführlicher darzustellen.“[8]

Die Strategie ging auf: 2016 wurde in vier Bundesländern und in Berlin gewählt, überall erhielt die AfD zweistellige Ergebnisse. Besonders erfolgreich war sie in Sachsen-Anhalt (24,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %), in beiden Ländern wurde sie zur zweitstärksten Kraft. Diese Erfolge stärkten die Gesamtpartei, vor allem aber die ostdeutschen Landesverbände, die Beobachter*innen zufolge als besonders radikal gelten.

*Unter dem Motto „Refugees Welcome! Stoppt die AfD“ setzten Menschen im März 2013 in Berlin ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsruck. © imago images/epd*

## Rassismus und Antisemitismus in den Parlamenten und auf der Straße

In Baden-Württemberg wurden 2016 die eigentlich schon lange öffentlichen und auch Parteifreund*innen bekannten antisemitischen Thesen des AfD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon publik. Sein Ausschluss aus Landtagsfraktion oder Partei scheiterte. Gedeon trat schließlich freiwillig aus der Fraktion aus, blieb aber weiterhin Parteimitglied. Politikwissenschaftler Hajo Funke bezeichnete diesen Vorgang als „Show“, da Gedeon weiter mit der Fraktion zusammenarbeitete. Solche „Shows“ gehören zur Strategie der Partei. Immer wieder kommt es zu Parteiausschlussverfahren für besonders radikal auftretende Mitglieder. Von Erfolg gekrönt sind dabei die wenigsten, die meisten verlaufen im Sande. Dass diese Verfahren existieren, ist für die Partei aber bereits das Feigenblatt, das beweisen soll, dass man gegen die Radikalen in den eigenen Reihen vorgeht.

Währenddessen geriet Frauke Petry immer stärker unter Druck. Der Bundesparteitag im April 2017 in Köln ähnelte schließlich dem Essener Parteitag 2015. Wie damals Bernd Lucke wurde nun Petry entmachtet. Petry wollte die Partei perspektivisch regierungsfähig machen. Doch die Delegierten entschieden, dass die AfD Fundamentalopposition betreiben solle. Alexander Gauland und Alice Weidel wurden Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl im September 2017. Die Partei erhielt 12,6 % der Zweitstimmen und zog mit 94 Abgeordneten in den Bundestag ein. Am Tag nach der Wahl erklärte Petry, fortan als parteilose Abgeordnete ihr Amt wahrzunehmen. Wenige Tage später verkündete sie ihren Austritt aus der AfD.

Die menschenverachtenden Provokationen der Rechtsradikalen außerhalb und innerhalb der Parlamente fielen auf fruchtbaren Boden. Und die Umfragewerte der Partei stiegen weiter – egal, ob Gauland „Hitler und die Nazis“ und damit auch den Holocaust als „Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ bezeichnete[9] oder der amtierende Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Stephan Brandner, den Künstler*innen des „Zentrums für politische Schönheit“ auf Twitter mit einer Machete drohte.

Zum vorläufigen Höhepunkt dieser Radikalisierung gerieten die bundesweit beachteten Ausschreitungen in Chemnitz. Auslöser war der gewaltsame Tod von Daniel H., der von den mutmaßlichen Tätern Farhad A. und Alaa S. am 25. August 2018 niedergestochen wurde.

Die Straftat löste einen Tag später eine massive Mobilisierung extrem rechter Gruppierungen aus, die die Herkunft der mutmaßlichen Täter zum Anlass nahmen, ihre rassistischen Parolen auf die Straße zu tragen. So kamen bereits am Sonntag, direkt nach der Tat, 800 Rechtsextreme in Chemnitz zusammen und zogen in einem Demonstrationszug durch die Stadt. Einen Tag darauf reisten 6.000 Demonstrant*innen an. Die Sicherheitsbehörden verloren im Verlauf dieses Aufmarsches die Kontrolle, und Rechtsextreme und andere Teilnehmer*innen der Demo jagten politische Gegner*innen und Menschen mit einem vermeintlichen Migrationshintergrund durch die Straßen von Chemnitz. Am selben Tag begannen die Landesverbände der AfD Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ihre Mobilisierung für einen „Schweigemarsch". Ein Bündnis aus den drei Landesverbänden, „Pro Chemnitz" und „PEGIDA" versammelte am 1. September etwa 4.500 Teilnehmer*innen in Chemnitz. Hier marschierten Vertreter*innen der AfD, z.B. Björn Höcke, André Poggenburg (damals noch Mitglied der Partei), Uwe Junge und Andreas Kalbitz, zusammen mit bekannten Rechtsextremen wie Maik Arnold (ehemals „Nationale Sozialisten Chemnitz"), Christian Fischer (ehemals „Heimattreue Deutsche Jugend") oder den gewaltbereiten Neonazis Lasse Richei und Pierre Bauer aus Braunschweig.[10] Akteure, die der sogenannten „Neuen" Rechten zugeordnet werden, wie Götz Kubitschek, Inhaber des „neu"-rechten Antaios-Verlags, oder der Kopf der „Identitären Bewegung Österreich", Martin Sellner, waren vor Ort. Neben dem klassischen AfD-Repertoire aus „Merkel muss weg", „Widerstand" und „Lügenpresse" wurden an diesem Tag auch Sprechchöre mit dem Neonazi-Slogan „Frei, sozial, national" skandiert.[11] Die AfD vollzog in Chemnitz offen den Schulterschluss zu rechtsextremen Gruppierungen.

*Björn Höcke gemeinsam mit Lutz Bachmann („PEGIDA") beim sogenannten „Trauermarsch". © imago images/Kai Horstmann*

## Erfolg trotz oder wegen Radikalisierung

Die ursprüngliche Annahme von Medien und Politiker*innen, die AfD würde in großen Teilen nur aus Protest gewählt, muss angesichts dieser Bilder ins Wanken geraten. Die anhaltende Radikalisierung der Partei bei wachsender Zustimmung, Umfragen zu den Gründen für die Wahlentscheidung und aktuelle Studien stellen die Einschätzung als Protestpartei grundsätzlich infrage.[12] Tatsächlich zeigt sich: Die Klientel der AfD unterscheidet sich nicht gravierend von der anderer Parteien. AfD-Wähler*innen sind nicht per se sozialstrukturell abgehängt, wie immer wieder behauptet wird. Zustimmung findet die Partei über alle Milieugrenzen hinweg. Eine Studie des German Socio-Economic Panel belegt, dass weder Bildungsabschluss noch wirtschaftliche Faktoren die Wahlentscheidung für die AfD beeinflussen.[13] Rassismus dagegen ist ein entscheidender Faktor. Je rassistischer eine Person eingestellt ist, je weniger weltoffen und je mehr sie ausschließlich auf das eigene Wohl bedacht ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Stimme den Rechtsradikalen gibt.

## Diffamierung politischer Gegner*innen

Radikal ist die Partei allerdings auch und vor allem im Umgang mit politischen Gegner*innen. Generell greift sie die etablierten Parteien als „Altparteien“ an, aber auch vor persönlichen Angriffen schreckt sie nicht zurück. So beleidigte der bayrische AfD-Landtagsabgeordnete Ralph Müller Angela Merkel als „Stasi- und Schnüffelkanzlerin“[14]. Nachdem die Bundestagsabgeordnete Renate Künast (Die Grünen) zur Teilnahme an einer Gegendemo als Reaktion auf eine AfD-Kundgebung in Berlin aufrief, schrieb Daniel Freiherr von Lützow, Mitglied des Brandenburger Landesvorstandes der Partei, auf Facebook: „Da ist es wieder der Deutschenhass der Dame, die lieber heute als Morgen zusammen mit ihrer besten Freundin Roth mit vielen jungen africanwrn (sic!) zusammenleben würde.“[15] Bei verbaler Gewalt bleibt es nicht immer. Ein Mitglied des AfD-Vorstands in Saalfeld-Rudolstadt wurde 2015 auf frischer Tat ertappt, als er das Wahlkreisbüro der Thüringer Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss beschmierte: „K. König du linksextreme Schlampe“, „Kommunistische Drachenbrut soll der Teufel holen“ und „Abschaum“ war dort zu lesen. Der Mann legte seine Ämter danach nieder.[16]

## Ein Ende der Radikalisierung ist nicht abzusehen

Aufgrund der alles überlagernden Ausrichtung der AfD auf das Thema Migration treten die Gräben innerhalb der Partei jedoch selten zum Vorschein. In anderen Politikbereichen hat die AfD weder Visionen noch Vorschläge. 2019 soll es einen Parteitag zur Rente geben. Gräben zeichnen sich bereits jetzt ab. Der Thüringer Landesvorsitzende Höcke, der als Anführer des rechtsnationalen und völkischen „Flügels“ innerhalb der Partei gilt, hat einen Rentenaufschlag nur für „Deutsche“ ins Rennen gebracht,[17] während Jörg Meuthen – seit 2017 neben Gauland Parteivorsitzender – das umlagenfinanzierte Rentensystem abschaffen will.[18]

Die Radikalisierung der Partei und ihrer Wähler*innen schreitet voran, ein Ende ist nicht abzusehen. Eine inhaltliche Abgrenzung und eine selbstbewusste Haltung demokratischer Politiker*innen und der Zivilgesellschaft gegen demokratiefeindliche, rassistische, antisemitische, antifeministische, homo- und transfeindliche Positionen sind unbedingt notwendig. Staat und Zivilgesellschaft müssen klarstellen, dass diejenigen, die sich von der AfD bedroht sehen, nicht allein gelassen werden und dass Menschenfeindlichkeit keine Alternative für Deutschland sein kann.

# Eine moderne rechts-radikale Partei: die AfD

Während die AfD lange als rechtspopulistisch galt, sind spätestens seit den Demonstrationen in Chemnitz und dem öffentlichen Schulterschluss zwischen führenden AfD-Funktionär*innen und der rechtsextremen Szene Zweifel an dieser Einordnung angebracht. Der Begriff Rechtspopulismus könnte demnach den Kern dessen, was die AfD mittlerweile ausmacht, verharmlosen. Gleichwohl fällt es manchen schwer, die Partei eindeutig zuzuordnen. Ein möglicher Grund liegt in dem anhaltenden Richtungsstreit zwischen jenen (immer kleiner werdenden) Teilen der Partei, die in erster Linie marktliberal und häufig als gemäßigter Teil der AfD verstanden werden, und den Teilen, die dem völkischen Spektrum zuzuordnen sind und die sich insbesondere um den Thüringer Landesvorsitzenden Höcke versammeln.

„Jede Partei muss sich entscheiden, wo sie stehen will: entweder völkisch kollektivistisch oder aufgeklärt bürgerlich. Beides gleichzeitig geht nicht“, erklärt Frank-Walter Steinmeier im Interview mit dem Spiegel im September 2019. Bürgertum, Rechtsstaat und individuelle Freiheitsrechte gehörten zusammen. „Wer sich in dieser Tradition sieht, der kann nicht gleichzeitig einem ausgrenzenden, autoritären oder gar völkischen Denken huldigen. Das ist das Gegenteil von bürgerlich: Es ist antibürgerlich.“, so der Bundespräsident.

Die scheinbaren Widersprüchlichkeiten verstellen jedoch den Blick auf das Wesentliche und können ebenso als Ablenkung gedeutet werden. Die einenden Komponenten der AfD, über Landesverbände und innerparteiliche Strömungen hinweg, sind und bleiben ihr Rassismus und ihre Ablehnung der liberalen Demokratie. Diese wesentlichen Klammern sorgen für den Zusammenhalt in der Partei und bilden ihr Fundament. Die heutige AfD ist als moderne rechtsradikale Partei zu bezeichnen, aufgrund ihrer Feindlichkeit gegenüber liberalen Grundwerten und anhand ihrer immer wieder geäußerten Akzeptanz von Gewalt.

**Mit ihrer Ablehnung der liberalen Demokratie und wiederholt geäußerten Akzeptanz von Gewalt ist die heutige AfD als moderne rechtsradikale Partei zu bezeichnen.**

Die hier vorgenommene Einordnung bezieht sich auf die Summe der Positionen, die in und von dieser Partei vorgebracht werden. Wer die AfD unterstützt, ist daher nicht zwingend selbst als radikal rechts zu verstehen, mindestens aber als Unterstützer*in einer rechtsradikalen Partei.

## Gegen Einwanderung und Vielfalt

Die Ablehnung von Einwanderung sowie von ethnischer und kultureller Vielfalt ist das zentrale Thema der AfD. Sowohl in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl als auch in ihrer bisherigen Arbeit im Bundestag nutzt die AfD rassistische Stereotype. Die vermeintliche Gefahr durch „kriminelle Ausländer“ wird konsequent auch im Bundestag zu einem „großen Problem gemacht“.[19] In solchen Aussagen steckt eine immer wiederkehrende, unverblümte Abwertung von jenen, die die AfD als „Ausländer“ bezeichnet. Als Grundlage dient der AfD der von der sogenannten „Neuen“ Rechten propagierte Neorassismus. Deutsch zu sein ist für die AfD eine Frage der Abstammung. Das zeigt auch ihr Bundestagswahlprogramm.

Neorassismus ist eine „moderne“ Spielart des Rassismus, die behauptet, es gebe ethnische und kulturelle Voraussetzungen, von denen ein Mensch sich nicht lösen könne. Aus diesem Grund passten insbesondere Muslim*innen angeblich nicht nach Europa und sollten ausgeschlossen werden. Die AfD spitzt diese rassistische Haltung in ihrem Wahlprogramm zu, indem sie geregelte Zuwanderung für „ethisch nicht zu verantworten“ erklärt. Diese Ideologie steht im Widerspruch zu den humanistischen und demokratischen Werten des deutschen Grundgesetzes.

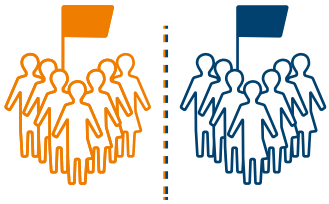
Siehe auch:
www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheet_Identitaerer_Neorassismus.pdf

# Rechtsradikalismus

angelehnt an die Definition der ‚populist radical right‘ von Cas Mudde (2016)

## nativistisch

ist die Vorstellung, ein Staat dürfe ausschließlich von jenen Menschen bewohnt werden, die im Staatsgebiet geboren wurden bzw. diesem als zugehörig erklärt werden. Menschen, auf die dies nicht zutrifft, können und müssen ausgeschlossen werden.



## autoritär

ist die Überzeugung, einer einzigen Führung unbedingt folgen zu müssen. Widerstand und Kritik müssen zur Durchsetzung des Führungsanspruchs bestraft werden.
Der bedingungslose Gehorsam wird zur moralischen Pflicht erhoben.

## populistisch

ist die Vereinfachung und Zuspitzung der Gesellschaft auf gegensätzliche Pole zwischen einer überhöhten ‚Wir‘- (das Volk) und einer dämonisierten ‚Die‘ -Gruppe (die Elite).
Die Interessen der Wir-Gruppe werden durch den ‚Volkswillen‘ ausgedrückt.

## Zitate aus der AfD

„Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land.“
Alexander Gauland

„Die Merkelnutte lässt jeden rein, sie schafft das. Dumm nur, dass es UNSER Volkskörper ist, der hier gewaltsam penetriert wird. [Es handelt sich] um einen Genozid, der in weniger als zehn Jahren erfolgreich beendet sein wird, wenn wir die Kriminellen nicht stoppen.“
Peter Boehringer

„Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!“
Uwe Junge

„Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Anglerschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.“
Alice Weidel

© Amadeu Antonio Stiftung

## Die bedingungslose Autorität des „Volkes“

Die Radikalisierung der Partei geht einher mit dem wachsenden Einfluss des völkisch-nationalistischen „Flügels“ um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Höcke äußerte sich in der Vergangenheit mehrfach offen rassistisch – beispielsweise polemisierte er 2018 in einem Positionspapier der Thüringer AfD-Landtagsfraktion zum Thema Leitkultur gegen die „Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe“. Die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe wird damit naturalisiert, d.h. für unveränderlich erklärt, und überhöht. Zusätzlich entsteht der Eindruck, es existiere ein homogenes „Volk“, dessen Angehörige über bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen verfügten. Die Vielfalt menschlicher Existenz wird auf einfache ethnische oder nationale Identitäten reduziert. Das Recht der „Deutschstämmigen“ wird zum wichtigsten Aufgabenfeld der Politik.

Dieses biologisch konstruierte deutsche „Volk“ ist laut AfD-Bundestagswahlprogramm jedoch in Gefahr. Im Parlament zeigt sich dieser völkische Wahn durch Anfragen über Zusammenhänge zwischen Migration und Behinderungen[20] oder den Wunsch, bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Homosexuelle (in Thüringen)[21] oder Sinti und Roma (in Sachsen)[22] zählen zu lassen.

Anzeige

**Es geht uns alle an:**
**Wachsam sein für Menschlichkeit**

Wir sind entsetzt über die Anfrage der AfD im Deutschen Bundestag zur Schwerbehinderung in Deutschland.
Die Fraktion der AfD erkundigt sich vordergründig nach der Zahl behinderter Menschen in Deutschland, suggeriert dabei jedoch in bösartiger Weise einen abwegigen Zusammenhang von Inzucht, behinderten Kindern und Migrantinnen und Migranten.

Es vermittelt sich darüber hinaus die Grundhaltung, Behinderung sei ein zu vermeidendes Übel.

Die Anfrage der AfD-Fraktion erinnert damit an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und sie zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden.

**Wir rufen die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und sich entschlossen gegen diese unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit zu stellen. Wir sagen „Nein“ zu jeder Abwertung von Menschen mit Behinderung und zu jeglicher Form des Rassismus. Ideologien der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens haben keinen Platz in diesem Land.**

Der Paritätische (V.i.S.d.P.)

www.vielfalt-ohne-alternative.de

*In Reaktion auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag schalteten die Wohlfahrtsverbände eine Anzeige, in der sie sich öffentlichkeitswirksam gegen die Abwertung von Menschen mit Behinderung und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit positionieren.*

Die Beschwörung des vermeintlich homogenen (deutschen) „Volkes“ ist ein Kernstück rechtsradikaler und rechtsextremer Ideologien und ihrer Mobilisierung. Wer von der AfD als zugehörig zum imaginierten „Volk“ definiert werden kann, wird im Kampf gegen die „korrupten Eliten“ und die liberale und pluralistische Gesellschaft in Stellung gebracht. Die Worte Alexander Gaulands nach der Bundestagswahl „Wir werden sie jagen“[23] sind mit dem Abstand zur Wahl und den Bildern aus Chemnitz vor Augen lediglich eine Etappe auf dem Weg der Radikalisierung. Die AfD spielt den kleinsten gemeinsamen Nenner ihrer Anhängerschaft, nämlich das vermeintliche „Deutschsein“, gegen die Entwicklung der Gesellschaft aus. Wer nicht zu der von den Rechtsradikalen konstruierten „wahren Volksgemeinschaft“ gehören will oder kann, wird von ihnen als „Volksverräter“ oder „Volksfeind“ bzw. als „fremdgesteuert“ oder „manipuliert“ verachtet und bekämpft. In dieser völkischen Haltung finden sich neben dem rassistischen Grundton der Partei auch ihre antifeministischen und frauenfeindlichen Elemente wieder. Für die AfD ist Gleichstellungspolitik ein Hindernis für ihre Bevölkerungspolitik.

## Der völkische Kulturkampf

Alle Handlungen und Äußerungen der AfD müssen auch vor dem Hintergrund bewertet werden, dass die radikale Rechte in Deutschland sich in einem Kulturkampf wähnt – mit dem Ziel, eine kulturelle Hegemonie herzustellen. Hierbei bedient sie sich der Grundpfeiler der liberalen Demokratie (Meinungsfreiheit, Mitbestimmung etc.), um eben diese liberale Demokratie durch ein autoritäres System zu ersetzen. Deshalb ist es ein grundlegender Unterschied, ob man mit Demokrat*innen diskutiert, die eine andere Meinung haben, oder mit Feind*innen der Demokratie, die die Meinungsfreiheit als Schwäche der liberalen Demokratie ansehen und als Waffe gegen ebendiese nutzen wollen. Das Ziel des völkischen Kulturkampfes ist ein autoritäres System, in dem es keine Zivilgesellschaft mehr gibt, sondern eine Unzivilgesellschaft, die ihre strikten Vorgaben vom Staat bekommt. Diese Zielsetzung spiegelt sich auch in zahlreichen Reden und parlamentarischen Anträgen der AfD wider, in denen deutlich wird, wie sehr sie sich an der Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft stört. Da auch der AfD und der sogenannten „Neuen“ Rechten bewusst ist, dass eine kulturelle Hegemonie nur schrittweise und mit einer klugen Strategie zu erreichen ist, fokussiert sie auf einzelne Träger. Diese werden öffentlich skandalisiert und ein Exempel an ihnen zu statuieren versucht.

Die AfD-Strategie der Provokation und den Raum des Sagbaren und des Machbaren auszuweiten, ist Kern dieses Kulturkampfes. Götz Kubitschek, Vordenker der sogenannten „Neuen“ Rechten, bringt die bei diesem Kulturkampf benötigte Arbeitsteilung zwischen Parlamentarier*innen der AfD und den nicht im Parlament sitzenden Rechtsradikalen, auch jenseits der AfD, so auf den Punkt: „Bevor Höcke oder Gauland, Weidel oder Kalbitz etwas Normalgewordenes aufgreifen, muß es von denen normalisiert worden sein, die nicht gewählt werden müssen.“[24] Die „Normalisierung“, die Kubitschek beschreibt, ist nichts anderes als die schrittweise Umsetzung eines rechtsradikalen Weltbildes. So macht die sogenannte „Neue“ Rechte keinen Hehl daraus, dass das Ziel sein müsse, die von ihnen als „natürlich“ definierte Ungleichheit zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Gemeint sind die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, aber auch die sozio-ökonomische Ungleichheit und die Herstellung einer „ethnisch-homogenen Bevölkerung“. Wie diese geschaffen werden soll, sagt die AfD teils unverblümt: Am Beispiel der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz, hat Gauland dies öffentlich durchexerziert. Auf ihre Äußerung „Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“ erwiderte Gauland: „Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“[25]

## Das populistische Moment

An die Stelle des für den politischen Populismus typischen Widerspruchs zwischen oben (Elite) und unten (Volk) rückt die AfD die Konfrontation zwischen „der einzig wahren Opposition für das Volk“ (AfD) und allen anderen Parteien. In diesem bedingungslosen Konflikt zwischen „Volk“ und „Volksverrätern“ wird abermals deutlich, dass die AfD das Moment des Populismus nutzt, um eine gegen den demokratischen Staat, seine Institutionen und Vertreter*innen gerichtete Position einzunehmen. Markus Frohnmaier, Sprecher von Alice Weidel und Abgeordneter des Bundestags, brachte diese Haltung bereits 2015 bei einer Rede in Erfurt auf den Punkt. Dort bezeichnete er die anderen Parteien als „Parteienfilz“ und kündigte an: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“[26]

Das Beispiel zeigt, wie die Partei ihre völkische Agenda durch ein autoritäres Demokratieverständnis ergänzt. Der Populismus der AfD erfüllt vor diesem Hintergrund vorrangig eine strategische Funktion, als Möglichkeit, ihre modernisierte rechtsradikale Ideologie besser in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Der bürgerliche Anstrich dient als öffentlichkeitswirksame Abgrenzung gegenüber neonazistischen Kräften, bspw. der NPD. Die AfD inszeniert sich diesen Akteuren gegenüber als weniger extrem und dadurch potenziell wählbar. Es bleibt festzuhalten, dass die Partei eine größere Wählerbasis erreicht als frühere extrem rechte Gruppierungen oder Parteien wie die NPD. Andererseits mündet das populistische Moment der Partei in einer völkischen Agenda mit dem antipluralistischen Anspruch, als einzige Partei das „wahre Volk“ zu repräsentieren.

Auf Widerspruch gegen diese Inszenierung wird mit verächtlichen Beschimpfungen geantwortet. Politiker*innen geraten dabei ebenso ins Visier der Rechtsradikalen wie Medienmacher*innen, Gewerkschafter*innen, Wissenschaftler*innen, religiöse Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände, Vertreter*innen der Rechtspflege und Justiz und jene Teile der Bevölkerung, die sich dem Alleinvertretungsanspruch der AfD nicht unterordnen. Diesem zutiefst autoritären Geltungsanspruch müssen sich Zivilgesellschaft und Parteien entschieden widersetzen.

## Die AfD als demokratiefeindliche Partei

Zu einem vergleichbaren Urteil kam nach den Verfassungsschutzbehörden der Länder zu Beginn des Jahres 2019 auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, indem es die Einordnung der AfD als Prüffall bekannt gab. Grund hierfür waren laut den Ausführungen des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz mögliche Verstöße der Partei in den vier zentralen Kategorien Menschenwürde, Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip und NS-Revisionismus. Die AfD zog im Februar gegen diese öffentliche Einordnung durch das Bundesamt erfolgreich vor Gericht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf seitdem in Bezug auf die Partei nicht mehr von einem Prüffall sprechen.[a]

In seinem Gutachten stellte der Verfassungsschutz fest, dass für die Gesamtpartei erste Verdachtsmomente vorlägen, um eine Beobachtung zu rechtfertigen. So bemerkt er, dass „einige Führungsfunktionäre kontinuierlich Begriffe [nutzen], die jedenfalls eine Parallele zum rechtsextremistischen Diskurs erkennen lassen“. Insgesamt entstehe der Eindruck, die AfD strebe eine Gesellschaft an, in der „die Bedeutung des einzelnen Menschen […] hinter der Bedeutung eines bestimmten Kollektives, vorliegend des schützenswerten deutschen Volkes, zurück[tritt]“. Dies sei „mit der Garantie der Menschenwürde unvereinbar“. [27] Eine eindeutige, über diese Verdachtsmomente hinausgehende Zuordnung sei jedoch mit Blick auf die Bedeutung von Parteien im Allgemeinen sowie die demokratische Repräsentanz der AfD aktuell nicht möglich.

Die Zurückhaltung gilt jedoch nicht gegenüber allen Teilen der AfD. So wurden die Jugendorganisation „Junge Alternative“ und die innerparteiliche Sammlungsbewegung „Der Flügel“ vom Verfassungsschutz als Verdachtsfälle eingeordnet. Im Blickpunkt der Gutachter*innen stehen die „Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von [sogenannten] Ausländern, Migranten, insbesondere Muslim*innen und politisch Andersdenkenden“, die „drastische Missachtung rechtsstaatlicher Grundprinzipien“ sowie „die Relativierung des historischen Nationalsozialismus“.[28]

**Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht mögliche Verstöße der AfD in den Kategorien Menschenwürde, Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip und NS-Revisionismus.**

[a] Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Entscheidung, eine Partei zu beobachten, nicht öffentlich verlautbaren darf. Damit übte das Gericht keine inhaltliche Kritik an der Entscheidung.

# Die AfD und die Öffentlichkeit

Das Verhältnis der AfD zu den klassischen Medien ist ambivalent: Einerseits lehnt sie die Medien als „Lügenpresse“, „Lückenpresse“ oder „Pinocchio-Presse“ ab und fühlt sich von ihnen unfair behandelt. Heftige Kritik übt sie am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dieser sei laut AfD-Bundestagswahlprogramm zwangsfinanziert und undemokratisch. Auf der anderen Seite schafft es kaum eine Partei, die eigenen Themen in derart hoher Frequenz zu platzieren, insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Die AfD verfolgt dabei erfolgreich eine klare Kommunikationsstrategie: „Provokation – Zurücknahme – erneute Provokation“, die ihr eine möglichst starke Präsenz in den Medien sichert.

Zugleich hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere online eine stetig wachsende Medienlandschaft entwickelt, die eine eigene rechte Teilöffentlichkeit enthält. Hier werden gesellschaftliche Themen in einer stark verzerrten Perspektive diskutiert. Die vermeintlich omnipräsente Bedrohung durch „die Fremden“ wird mit verschwörungstheoretischen Erzählungen vermengt.

**Papier zur Kommunikationsstrategie der AfD**

In einem an die Öffentlichkeit gelangten Strategiepapier aus dem Jahr 2017 legt die AfD offen, dass es ihr in ihrer Kommunikation nach außen nicht um eine fundierte thematische Auseinandersetzung geht: „Es ist wichtiger, den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern. […] Konzentration auf Eingängiges geht vor Vollständigkeit, harte und provokante Slogans sind wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze, die es allen recht machen wollen“. Die AfD setzt Tabubrüche also gezielt ein und kalkuliert mit der Aufmerksamkeit, die sie dadurch erlangt. So heißt es: „Die AfD muss […] ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein“.

Quelle: www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf

# „Überforderte Atemlosigkeit“

## Interview mit Alice Lanzke

© Stephan Pramme

Alice Lanzke ist freie Journalistin, Referentin und Lektorin. Bei den Neuen deutschen Medienmachern setzt sie sich für eine diversere Berichterstattung in deutschen Redaktionen ein. Ihre Themenschwerpunkte sind Migration, rassismuskritischer und diskriminierungssensibler Sprachgebrauch, Hate Speech in Sozialen Netzwerken sowie rechtspopulistische/rechtsradikale Kommunikationsstrategien.

***Sie befassen sich mit rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien. Wie kommunizieren solche Gruppen mit Medien – und lassen sich die Medien benutzen?***

*Zunächst einmal ist es für viele Menschen eine Überraschung, dass es rechtspopulistische Kommunikationsstrategien überhaupt gibt – immer noch wird die Professionalität der Rechten unterschätzt, weil in der Öffentlichkeit das Bild des tumben Nazis dominiert. Dass ein bestimmtes Narrativ – z.B. in der Flüchtlingsdiskussion – aber gerade gesellschaftlich die Oberhand hat, ist auch das Ergebnis geschickt orchestrierter rechter Kampagnen. In der Öffentlichkeit spielen Rechtsaußen-Akteure auf der Klaviatur klassischer Kommunikationsstrategien: von der Emotionalisierung über die Personalisierung, vom Themen-Hopping zur Selbstinszenierung als Tabubrecher. Journalist*innen werden dabei zum Feindbild gemacht, zu Vertreter*innen einer „Systempresse“, die vor allem in den Sozialen Netzwerken umgangen wird.*

**Narrative** sind Erzählungen, mit denen wir die Welt ordnen, erklären und die beschreiben, aus welchem Blickwinkel wir die Gesellschaft betrachten. Sie sind langfristig wirkmächtig, stellen Zusammenhänge her, bieten Legitimation für die eigene Weltsicht und wirken wie andere Erzählungen auch: Sie wecken Emotionen und können motivieren.

***Berichten die Medien angemessen über Rechtspopulismus? Was hat sich seit dem Einzug der AfD und ihrer Rhetorik in den Bundestag verändert?***

*Mein Eindruck ist, dass die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und das damit einhergehende Erstarken rechtspopulistischer Tendenzen zu Beginn viele Kolleg*innen verunsichert haben. Gerade die ersten Wahlergebnisse der AfD lösten in nicht wenigen Redaktionen eine überforderte Atemlosigkeit aus. Natürlich empfanden viele Menschen die AfD-Wahlerfolge als erschreckend – die Berichterstattung vermittelte jedoch manchmal nahezu den Eindruck, die AfD hätte die jeweiligen Wahlen gewonnen. Zudem ließen sich die Medien nicht selten von den Strateg*innen der AfD vor den Karren spannen, indem sie voller Erregung über die neuesten skandalträchtigen Äußerungen berichteten. Sie blendeten dabei aus, dass doch gerade das das Kalkül des Rechtspopulismus ist: Er braucht die öffentliche Aufmerksamkeit, das Erregungsmoment.*

*Seit dem Herbst 2017 sitzt die AfD nun im Bundestag. Seither hat sich der mediale Umgang etwas beruhigt – eine Entwicklung, die allerdings durchaus zweischneidig ist. Zwar ist es zum einen begrüßenswert, die von der AfD gewollte Empörungsspirale nicht noch zu bedienen. Zum anderen haben sich aber einige Redaktionen entschieden, die AfD wie eine ganz normale Partei zu behandeln – und das ist sie eben nicht. Dabei geht es noch nicht einmal um ihre politische Ausrichtung, sondern vielmehr darum, dass hier eine Partei in den Bundestag eingezogen ist, zu deren politischer Agenda es gehört, die Medien als Feinde zu betrachten. Immer wieder werden berichterstattende Kolleg*innen bei AfD-Veranstaltungen angegriffen, versuchen Partei-Vertreter*innen, die Presse in ihrer Arbeit zu behindern. Eine Berichterstattung auf Augenhöhe ist so unmöglich. Eine Partei, die sich den Regeln des demokratischen Diskurses, zu dem die Medien gehören, entzieht, ist keine normale Partei. Und das sollte sich in der Berichterstattung widerspiegeln.*

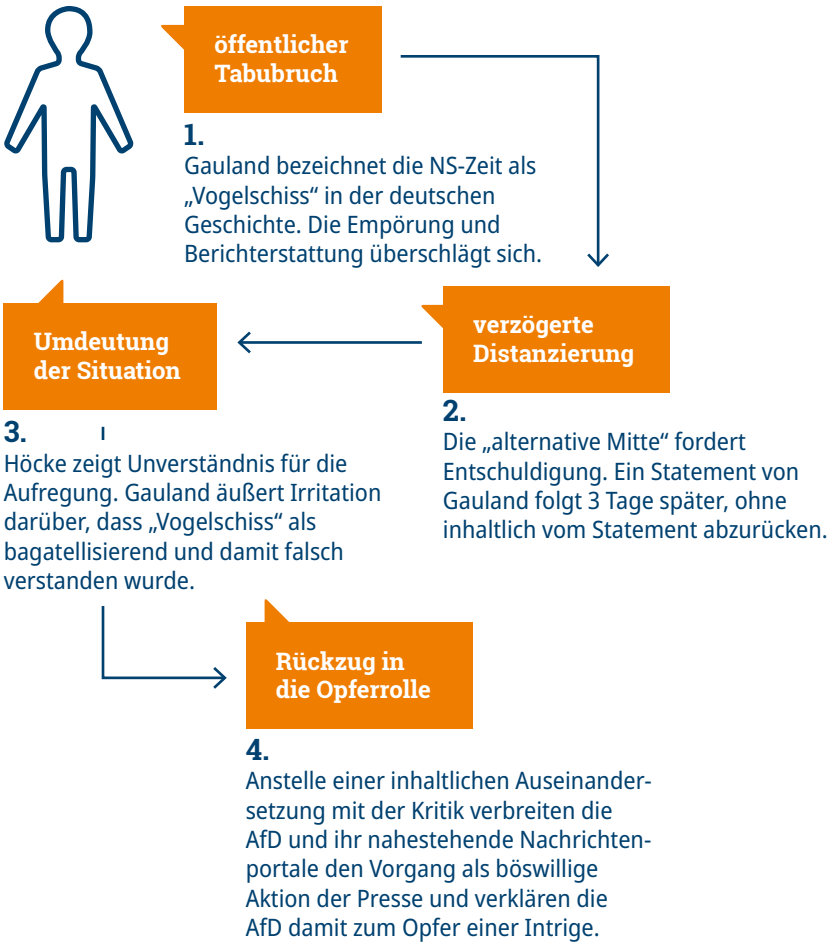
*Ebenso widerspiegeln sollte sich, wie der Einzug der AfD in den Bundestag die politische Rhetorik so gut wie aller anderen Parteien verändert hat. Dass wir plötzlich über vermeintlichen „Asyltourismus“ diskutieren, kann die AfD als kommunikativen Gewinn für sich verbuchen – obwohl vor allem Vertreter*innen der CSU den Begriff in die öffentliche Debatte einbrachten. Doch die Grenzen des Sagbaren werden eben gesamtgesellschaftlich verschoben. In dem Zusammenhang kann ich nicht nur Journalist*innen empfehlen, sich mit den Theorien zum politischen Framing zu beschäftigen. Und diese Beschäftigung findet ja tatsächlich auch schon statt. Das ist eine positive Folge der beschriebenen Veränderungen: Journalist*innen machen sich Gedanken über diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch, über die Wirkung ihrer Berichterstattung, reflektieren öffentlich den Unterschied zwischen Meinung und Haltung – was uns in meinen Augen nur gut tun kann.*

Einwanderung und Integration gehören zu den Dauerthemen der medialen Berichterstattung, doch die Beiträge dazu sind oft von Stereotypen geprägt. Der **Mediendienst Integration** unterstützt Journalist*innen bei ihrer Recherche zu diesen Themen und einer differenzierten und rassismuskritischen Berichterstattung.

Telefon 030. 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de
www.mediendienst-integration.de

## Skandalisierung

am Beispiel Alexander Gaulands vom Juni 2018




© Amadeu Antonio Stiftung

***Wie sieht für Sie ein professioneller Umgang mit kontroversen Themen wie Flucht und Asyl aus?***

*Gefordert sind hier die gleichen Kriterien wie in jedem anderen Bereich des professionellen Journalismus: angemessen, präzise und wertfrei. Das betrifft auch die Sprache der Berichterstattung – sie sollte die von Populist*innen angestrebte Polarisierung nicht noch vorantreiben. Das klingt nach Selbstverständlichkeiten, doch was wir als Neue deutsche Medienmacher feststellen, ist, dass die Sprache des Rechtspopulismus Eingang in die Berichterstattung findet, wenn man nicht verteufelt aufpasst. Ich erwähnte schon, dass wir plötzlich den unsäglichen Begriff des „Asyltourismus" in der öffentlichen Debatte fanden. Nur ein Beispiel für einen im besten Fall gedankenlosen oder aber bösartigen Sprachgebrauch, der die Flucht vor Krieg und Folter zur Urlaubsreise umdeutet. Um hier für mehr Sensibilität und Aufklärung zu sorgen, haben wir ein Glossar mit Formulierungshilfen für die Einwanderungsgesellschaft entwickelt, das ich allen Medienschaffenden nur ans Herz legen kann.*

Auf Grundlage vieler Diskussionen mit Vertreter*innen aus Medien, Wissenschaft und der Praxis haben die Neuen deutschen Medienmacher ein **Glossar** mit Formulierungshilfen für die Einwanderungsgesellschaft entwickelt.

Das Glossar ist abrufbar unter:
www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar

*Professionalität betrifft natürlich nicht nur die Sprache, sondern auch verwendete Bilder, Perspektivreichtum, Kontexte und natürlich die Themenwahl. Denken wir etwa an die Zahl der politischen Talkshows zu Migrationsthemen oder daran, wie oft AfD-Vertreter*innen dazu eingeladen werden, so entsprechen diese weder tatsächlichen politischen Machtverhältnissen noch den Interessen der meisten Bürger*innen. Vor der bayerischen Landtagswahl gefragt, was das größte Problem im Freistaat ist, antwortete beispielsweise die Mehrheit der befragten Bayer*innen, Ministerpräsident Markus Söder und die CSU – und eben nicht das Thema Flüchtlinge.*

***Was empfehlen Sie Ihren journalistischen Kolleg*innen, um rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien nicht auf den zu Leim zu gehen?***

*Wir als Journalist*innen ordnen ein, analysieren, und wir erzählen Geschichten. Damit ist es unsere Aufgabe, den einfachen Schwarz-Weiß-Narrativen der Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen nicht nur Fakten entgegenzustellen, sondern auch Gegennarrative, die der Vielfalt unserer heutigen Gesellschaft entsprechen.*

*Ein weiterer Punkt: Wir plädieren für eine gut informierte Berichterstattung, die auch Hintergründe darstellt. Das klingt erst einmal wie eine Selbstverständlichkeit, die aber doch immer wieder betont werden muss.*

*Meiner Meinung nach würde es helfen, in den Medien mehr unterschiedliche Perspektiven darzustellen, nämlich die von Menschen mit Migrationsgeschichte. Nach den Vorfällen zu Silvester in Köln habe ich genau einen Bericht gefunden, bei dem Menschen aus den migrantischen Communitys nach ihrer Sicht der Dinge gefragt wurden. Ich selbst bin Deutsche mit Migrationsgeschichte. Angesichts der rechtspopulistischen Wahlerfolge, der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und der Masse an rechter Hate Speech in Sozialen Netzwerken mache ich mir Sorgen – ich würde mich also tatsächlich als besorgte Bürgerin bezeichnen. Meine Ängste habe ich in der aktuellen Berichterstattung aber noch nicht wiederfinden können.*

Die **Neuen deutschen Medienmacher** sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen und Wurzeln. Der Verein setzt sich mit diversen Projekten für vielfältigere Redaktionen und eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat widerspiegelt.

Telefon 030. 269 472 30
info@neuemedienmacher.de
www.neuemedienmacher.de

### Sommerinterview offenbart Konzeptlosigkeit der AfD

*„Das kann ich Ihnen nicht erklären“,*
*„Ich bin auch kein Fachmann für diese Fragen“,*
*„Eine Regulierungsmöglichkeit haben wir auch nicht gefunden“,*
*„Wir haben noch kein abgestimmtes Konzept“.*

Die Aussagen stammen vom AfD-Parteivorsitzenden Alexander Gauland während des ARD-Sommerinterviews aus dem Jahr 2018. Der Moderator Thomas Walde bestimmte das Gespräch mit seinem Interviewpartner und hielt journalistische Standards vorbildlich dadurch ein, dass er die AfD auch zu anderen Themen befragte als lediglich zu Flucht und Migration – Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, Wohnungspolitik oder Altersvorsorge. Themen, zu denen die AfD aufgrund ihrer einseitigen Fokussierung auf Geflüchtete keine Antworten hat. Klimapolitik? Für die AfD sinnlos. Rentenkonzept? Gibt es nicht. Digitalisierung? Eine Erfindung der FDP. Der Moderator demaskierte die Partei durch gezieltes Nachfragen als in den meisten Bereichen inhaltslos. Dabei konfrontierte er den Parteivorsitzenden immer wieder mit provokanten Aussagen seiner Parteikolleg*innen und wies auf Widersprüche hin. Alexander Gauland konnte keine Argumente aufbringen, flüchtete sich in Relativierungen und sprach von einer Interpretation des „politischen Gegners“. All dies offenbarte die Konzeptlosigkeit der Partei, sodass der Moderator zum Schluss völlig zurecht fragte: „Kann es sein Herr Gauland, dass Sie mit diesen Zukunftsthemen überfordert sind?“ Ein gelungenes Beispiel journalistischen Umgangs mit der AfD.

# Wie rechtsradikale Narrative und Framings die Debatte verändern

Die Themen der AfD scheinen in den Medien allgegenwärtig. Gleichzeitig zeigen bundesweite Umfragen immer wieder, dass andere Politikfelder, wie Gesundheit und Pflege, Rente und Sozialpolitik, die Menschen im Land weit mehr beschäftigen. Ein Grund für die Themensetzung liegt in der strategischen Kommunikation der AfD. Mit einer Kombination aus einem bedrohlichen Framing der „Messer-Einwanderung“ und einem einfachen und anknüpfungsfähigen Narrativ erzeugt die AfD genau den Lärm, der die tatsächlichen Fragen der aktuellen Politik häufig übertönt.

## Das Framing – was uns „Messer-Einwanderung“ sagen soll

Framing ist ein Werkzeug der strategischen Kommunikation. Sein Zweck ist es, durch die sorgfältige Auswahl der eigenen Worte und Narrative Assoziationen und Kontexte hervorzurufen, die die eigene Einstellung stützen.

Wenn also Gottfried Curio (MdB der AfD) von „Messer-Einwanderung“[29] spricht und die AfD gleichzeitig im Bundestag eine Anfrage zu Körperverletzungen unter Verwendung von Messern stellt, geht es in erster Linie darum, das Thema Einwanderung mit Messer-Attacken und damit einem Bedrohungsszenario zu verknüpfen. Die AfD unterfüttert dies zusätzlich mit einer „Karte des Schreckens“ auf ihre Homepage. In denselben Kontext ist auch die Behauptung von Uwe Junge (AfD-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz) einzuordnen, der im rheinland-pfälzischen Landtag im März 2018 von „importierter Gewalt-Kriminalität“ sprach. Die AfD knüpft damit an ein seit Jahrzehnten verankertes rassistisches Framing des „gewalttätigen Fremden“ an. Dabei findet eine Gleichsetzung von Migration und Bedrohung statt, die sich bspw. in Köthen auf Plakaten unter dem Slogan „Wir sind Chemnitz! Wir wollen keine Messermänner“ wiederfand.[30]

Sinn und Zweck derartiger Aussagen ist es, so häufig wie möglich eine Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität bzw. Gefahr herzustellen und so im öffentlichen Bewusstsein zu verfestigen. Einmal etablierte Frames haben die Chance, auch über Parteigrenzen hinweg wiederverwendet zu werden. Ein prominentes Beispiel für das erfolgreiche Framing der AfD ist die Übernahme des Begriffs der „Asylindustrie“ durch die CSU. Hier wird das Menschenrecht auf Asyl mit einem gewinnbringenden Geschäft in Verbindung gebracht und als illegitim dargestellt.

Einzelne Ereignisse, die zum jeweiligen Framing zu passen scheinen, werden von der AfD schonungslos ausgeschlachtet und zugunsten einer größtmöglichen Aufmerksamkeit missbraucht.

## Ein verbindendes Narrativ – „illegale Grenzöffnung“ und „Volksverräter“

**„ILLEGALE GRENZÖFFNUNG“**

Die Strategie hinter diesen Äußerungen ist Bestandteil eines größeren Narrativs, in dem sich verschiedene Themen der AfD verbinden lassen. Kern dieser Erzählung ist der stark völkisch aufgeladene Widerspruch zwischen „denen da oben“ und „dem Volk“, der sich auch im Wahlkampfslogan „Wir holen uns unser Land zurück“ ausdrückte.

Bestandteil dieses Narratives ist bspw. die Mär der „illegalen Grenzöffnung“ aus dem Jahr 2015. Die besitzt zwar juristisch keine Grundlage, ermöglichte es der AfD jedoch, gegen die humanitäre Entscheidung der Bundesregierung zu polemisieren, ohne auf den ersten Blick rassistisch zu wirken. Konkret behauptet sie, dass die Einreise tausender Schutzsuchender aus Syrien im August 2015 durch eine Entscheidung Angela Merkels ermöglicht wurde. Diese Entscheidung laufe dem Dublin-Abkommen der EU zuwider und sei damit rechtswidrig. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat diese Klage als unzulässig verworfen.[31]

Das Narrativ verschaffte der AfD jedoch Zulauf aus konservativen Kreisen – und zwar von jenen, die mit der humanistisch motivierten Politik der Bundeskanzlerin nicht einverstanden waren, aber keinesfalls als Rassist*innen abgestempelt werden wollten. Der Erfolg des Narrativs zeigt sich abermals an der CSU, deren Parteivorsitzender Horst Seehofer öffentlichkeitswirksam eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Erwägung zog.[32]

Ausgehend von dieser Erzählung entwickelte die AfD verschiedene Framings, bspw. den Ausdruck „Merkels Gäste“, der häufig dann Verwendung findet, wenn ein geflüchteter Mensch eine Straftat begeht. Nach dem Terror-Anschlag am Berliner Breitscheidplatz wurde der Ausdruck dann zu „Merkels Toten“ weiterentwickelt. Ziel des Framings war die vereinfachte und personalisierte Schuldzuweisung für tragische Ereignisse: Kanzlerin Angela Merkel sei schuld. Insbesondere im Bundestagswahlkampf nutzte die AfD diese Behauptung und fuhr eine Kampagne gegen die Bundeskanzlerin unter dem Titel „Eidbrecherin“.

In deren Kern stand die Behauptung, Merkel habe den bei ihrem Amtsantritt geleisteten Eid gebrochen, die deutsche Bevölkerung vor Schaden zu bewahren.[33]

Diese Personalisierung ist ein besonders wichtiges Merkmal der Narrative und des Framings der AfD. Anstatt politische Zusammenhänge hinter Entscheidungen nachzuvollziehen, werden eindeutige Schuldige gesucht und markiert. Die Dämonisierung einzelner Personen führt dazu, dass die Geschichten der AfD wesentlich emotionalisierender sind und gleichzeitig Grenzüberschreitungen provozieren – etwa die Miniatur-Galgen bei einer „PEGIDA"-Demonstration im Jahr 2015 für namentlich benannte „Volksverräter".[34] Zugleich wirken politische und gesellschaftliche Entwicklungen dadurch einfach umkehrbar.

Das erste gemeinnützige Recherchezentrum im deutschsprachigen Raum, **Correctiv.org**, recherchiert zu den Bedrohungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft, zu Machtmissbrauch und Korruption in Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur sowie zu Themen wie Umwelt, Bildung, Gesundheit, sozialer Gerechtigkeit oder Rechtsradikalismus und Islamismus.

Telefon 020. 136 558 877
fragen@correctiv.org
www.correctiv.org

Wenn die AfD und ihre Unterstützer*innen davon ausgehen, Migration, Pluralismus und Geschlechtergerechtigkeit seien nur die Schuld der „links-grün-versifften 68er"[35], lassen sich diese Entwicklungen womöglich mit einem Schlag revidieren, wenn man nur jene los wird, die dafür verantwortlich sind.

## Der Kampf gegen „Gender" und Heterogenität

Ein weiteres prominentes Framing der AfD verbindet die Abwertung von Migrant*innen und Menschen, die als solche wahrgenommen werden, mit einem tiefsitzenden rückwärtsgewandten Geschlechterverständnis der AfD. Hier kombiniert sich das rassistische Narrativ der Bedrohung mit einem patriarchalen Herrschafts- und Besitzanspruch auf „unsere Frauen". Hintergrund des Framings ist eine antifeministische Haltung: Gleichstellung, Gleichberechtigung und die gewachsene Anerkennung von verschiedensten Lebensentwürfen werden von Rechtsradikalen immer offensiver angegriffen und diffamiert. Forderungen nach mehr Gleichberechtigung werden ins Lächerliche gezogen und wissenschaftliche Bemühungen als „Gendergaga" oder „Genderideologie" verächtlich gemacht. Insbesondere der Begriff „Genderideologie" wird häufig in größere verschwörungstheoretische Erzählungen eingebettet, aus denen ein „Angriff" auf die Bevölkerung konstruiert wird.

Dieser Vorstellung folgt auch die Geschichte vom „großen Austausch". Hierbei handelt es sich um ein Narrativ mit starken verschwörungstheoretischen Bezügen: Angeblich existiere ein Plan des Establishments, das deutsche Volk durch Migration zu ersetzen. Ausgangspunkt dieses Narratives ist die „neu"-rechte Idee homogener Völker, die sich und ihre Kultur nur erhalten können, wenn jede Form der Mischung unterbunden wird. Aus dieser Perspektive wird alles „Fremde" oder als fremd eingebildete zur Bedrohung, gegen die es sich zu verteidigen gilt. Die Behauptung, Europa sei von einer Islamisierung bedroht, ist fester Bestandteil dieses Narrativs und erweitert das ethnische Element des „großen Austauschs" um einen kulturellen Aspekt.

In diesem Narrativ schreiben sich die Rassist*innen selbst die Rolle des Opfers zu – die Bedrohung gehe schließlich von den verschworenen Eliten aus. Dies ermöglicht eine Täter-Opfer-Umkehr, die bspw. von Hans-Jörg Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, zur Verteidigung der Ausschreitungen im August 2018 in Chemnitz verbreitet wurde. Müller schrieb, er sei stolz auf die Proteste, die Gegendemonstrant*innen beteiligten sich am „Genozid an uns Deutschen“ und seien „unverbesserliche, verblendete antideutsche Rassisten“. Die „einfachen Bürger“ aus Chemnitz hingegen verteidigten aus seiner Sicht Demokratie und menschliche Werte.[36]

*Demonstration gegen den geplanten Neubau einer Moschee in Rostock im März 2019. Die AfD inszeniert sich als Opfer einer vermeintlichen Überfremdung. © imago images/BildFunkMV*

## Der Widerstand gegen politische Korrektheit

Ein wichtiger Baustein in der Kommunikation sowohl der AfD als auch der sogenannten „Neuen“ und extremen Rechten liegt quer zu den geschilderten Narrativen. Es schafft gewissermaßen die Voraussetzung, um den übrigen Narrativen Gehör zu verschaffen. Während in vielen Teilen der Gesellschaft Diskriminierung als Problem anerkannt und ihre Vermeidung als etablierter Fortschritt des Zusammenlebens verstanden wird, kämpfen AfD und andere radikale Rechte vehement gegen „politische Korrektheit“. Sie fordern nicht weniger als das Recht, Menschen zu diskriminieren, und inszenieren sich dabei als Verteidiger der Freiheit gegen „Sprachverbote der Eliten“. Es handelt sich bei diesem Narrativ also um eine bewusste Umdeutung von Maßnahmen, die Ungleichheit in der Gesellschaft reduzieren sollen, hin zu Maßnahmen zur angeblichen „Unterdrückung“.

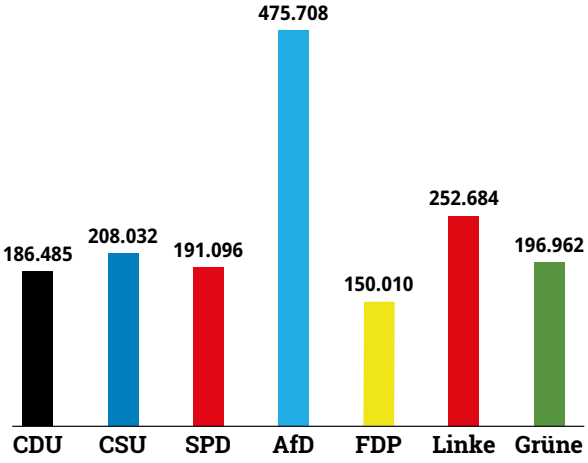
## Umdeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse – der Klimawandel

Neben sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, bspw. über Diskriminierung und ihre Wirkung, weitet sich die Abwehr wissenschaftlicher Forschungsresultate zunehmend auf die Naturwissenschaft aus. Ein besonders prominentes Thema ist die Umdeutung des Klimawandels. Der menschgemachte Klimawandel existiert der AfD zufolge nicht. Die Energiewende sei kontraproduktiv: So behauptete die Partei in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, die „gesundheitliche Schadwirkung“ durch den „Schattenschlag“ von Windkrafträdern sei „gravierend“. Aussagen wie diese ignorieren die wissenschaftliche Forschung und dienen der Abgrenzung gegenüber ökologischen Politiken und Maßnahmen. Verbreitet ist das Narrativ unter sogenannten „Klimaskeptikern“, zu denen sich die AfD auch zählt.

# Die AfD und das Netz: Organisierte Wut

Für rechtsradikale und rechtsextreme Thesen und Strategien bietet das Internet den perfekten Resonanzraum. Deshalb hat die AfD die Logik des Internets von Beginn an bedient – mit viel Ausdauer und mithilfe vieler engagierter Unterstützer*innen.

## Facebook-Likes der Parteien




Stand September 2019

### Facebook

Der AfD geht es weniger um sachliche Auseinandersetzungen in politischen Debatten, sondern vielmehr darum, Emotionen zu erzeugen. Dies kennzeichnet vor allem ihre Social Media-Strategie. So investiert die AfD-Bundestagsfraktion als bisher erste Partei in einen sogenannten „Newsroom“. Neben der klassischen Pressestelle arbeiten hier nach eigenen Angaben etwa 20 Mitarbeiter*innen. Die Produktionen des „Newsrooms“ sind in erster Linie auf die Social Media-Kanäle der Partei ausgelegt. Die größte Anhängerzahl und Reichweite verzeichnet die AfD derzeit auf Facebook, dort zählt ihre Hauptseite mit weitem Abstand zu den Seiten anderer Parteien die meisten Likes.

Die Facebook-Seite der Bundes-AfD wird für eigene Verlautbarungen genutzt, etwa zu Parteibeschlüssen, Programmen, Wahlkämpfen, oder um aktuelle Nachrichten zu kommentieren. Auf der Hauptseite werden fast ausschließlich eigene Bilder und Grafiken mit knappen Statements und längerem erklärenden Text im Beitrag geteilt. Am Ende einiger Beiträge stehen Links zu Medienberichten, die die kurzen Statements der geposteten Bilder untermauern sollen. Auch eigens produzierte Videos werden geteilt. Auf dem AfD-Hauptaccount auf Facebook soll so ein eher bürgerliches Publikum angesprochen werden. Die von den Rechtsradikalen genutzte Sprache ist für ihre Verhältnisse recht moderat und seriös – ganz anders sieht es allerdings in den Kommentarspalten aus. Hier äußern die User*innen offen ihren Hass auf Migrant*innen, Medien und andere Parteien.

### Empörung als Erfolgswährung

Wie wohl keine andere deutsche Partei versteht es die AfD, die wichtigste Facebook-Währung zu nutzen: Interaktion. Durch zugespitzte und leicht verständliche Statements erzeugt sie auf Facebook Empörung bei ihren User*innen. Die Themen werden so gewählt, dass sie Emotionen auslösen – in der Regel Angst und Wut.

## Die Facebookseite der AFD-Bund im Überblick

Posts von 1.1.2018-30.1.2019: .....867
Likes auf Posts insgesamt:..... 1.962.272
Likes pro Post Ø:.....2.222
Kommentare insgesamt: ..... 826.058
Kommentare pro Post Ø: .....952
Reaktionen auf Posts insgesamt:.. 1.067.000
Reaktionen auf Posts Ø:.....1.067
**Follower: .....462.867**
**Likes: .....447.008**

| „angry“ | „haha“ | „sad“ | „love“ | „wow“ |
|---|---|---|---|---|
| 73% | 12% | 7% | 6% | 2% |

Stand 31.1.2019

Die meisten Postings werden entsprechend intensiv von der Anhängerschaft diskutiert: Mehrere hundert Kommentare pro Posting, in denen überwiegend Partei-Fans unter sich bleiben, sind keine Seltenheit. Kritische Kommentare oder gar Gegenrede findet man in der Kommentarspalte beinahe gar nicht. Durch die Empörung und Aufregung erzeugt die AfD Interaktionen bei ihren Fans. Das bewirkt auf Facebook, dass solche Inhalte anderen Nutzer*innen umso wahrscheinlicher angezeigt werden. So macht die Kombination aus emotionalisierenden Posts, wütenden Kommentaren und nicht vorhandener Gegenrede die Facebook-Seite der AfD zu einem brodelnden Kessel der Empörung.

## Twitter

Nicht so erfolgreich wie auf Facebook ist die AfD auf Twitter. Von allen im Bundestag vertretenen Parteien hat die AfD auf dem Kurznachrichtendienst mit rund 138.000 Fans (Stand Juni 2019) mit Abstand die wenigsten Follower*innen. Nach der Twitter-Logik interagieren User*innen hier nicht nur mit der eigenen Community, sondern quasi mit dem gesamten Twitter-Netzwerk. Das bedeutet, dass die AfD-Tweets nicht nur Reaktionen aus der eigenen Blase hervorrufen, und erschwert es der AfD, die eigenen Thesen via Twitter zu verbreiten. Werden hier beispielsweise falsche Behauptungen als wahr ausgegeben, reagiert die demokratische Twitter-Blase in der Regel recht schnell mit Richtigstellungen. Generell findet sich unter AfD-Tweets relativ viel Gegenrede. Denn anders als bei Facebook können unliebsame Kommentare unter dem eigenen Beitrag nicht einfach verborgen oder gelöscht werden; die Kontrolle über die eigene Seite gestaltet sich auf Twitter schlicht schwieriger.

Gleichwohl hat die AfD auf Twitter einen großen Output. Wie auf Facebook postet der Account der Bundespartei die gleichen Sharepics (Bilder mit Statements), verlinkt dann jedoch zu den langen Erklärungstexten auf der Facebook-Seite. Auch das spricht dafür, dass die AfD Facebook als ihr zentrales Medium versteht und daher immer wieder dorthin umleitet. Daneben finden sich Retweets der Beiträge prominenter AfD-Funktionär*innen, aber auch Beiträge von Politiker*innen anderer Parteien – entweder wohlwollend zitiert oder empört, was den Hass wiederum auf deren Kanäle lenkt.

Der Twitter-Kanal der Bundes-AfD teilt und bewertet auch Beiträge anderer rechter bis rechtsextremer Accounts positiv – und offenbart so Vernetzungen in die rechtsextreme Szene.[37] Die AfD erhält im Internet massive publizistische Unterstützung durch sämtliche Rechtsaußen-Akteure. Ihre Radikalisierung fand gerade im Internet durch verschiedene Hass-Communitys eine breite Unterstützung. In diesem Sinne ist die AfD ohne Zweifel die Partei für das Internet, zumindest für den menschenfeindlichen Teil des Netzes.

## Accounts von AfD-Politiker*innen

Neben der bundesweiten AfD-Hauptseite gibt es auch Bundesländer-Seiten, regionale und kommunale AfD-Seiten sowie Facebook- und Twitter-Seiten einzelner Politiker*innen. Auf ihren persönlichen Profilen treten viele AfD-Funktionär*innen und -Politiker*innen offener menschenverachtend auf. Klar rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und verfassungsfeindliche Postings sind hier keine Seltenheit – und das hat System: Durch die Einzel-Accounts soll die extrem rechte Wählerschaft angesprochen und die extrem rechte Szene an die AfD gebunden werden, während der Haupt-Account verhältnismäßig moderat agiert.

## Die Fans und Follower*innen der AfD

Die Fans kommen vor allem aus den weitverzweigten rechtskonservativen, nationalistischen, rassistischen und rechtsextremen Online-Netzwerken, die schon seit Jahren auf eine erfolgversprechende politische Repräsentation gewartet haben dürften. Während die Mitglieder und Wähler*innen anderer Parteien bei weitem nicht solch eine Affinität für Social Media aufweisen, wusste die AfD seit ihrer Gründung 2013 das Internet und seine Plattformen für sich zu nutzen, um Stimmung zu machen und die eigenen Inhalte zu verbreiten. Die eigene Klientel wirkte von Beginn an mit.

## Warum ist das Internet für die AfD so nützlich?

Ein Post – ob Sharepic, Video oder Grafik – ist kontrollierbar, im Gegensatz zu Fernsehinterviews. Rechtsradikale können im Netz Themen platzieren, die in den klassischen Medien nicht abgebildet werden und so weitestgehend ungehindert die Ressentiments ihrer Anhänger*innen bedienen. Über diesen Umweg der Provokation in Sozialen Netzwerken landen die Partei und einzelne Politiker*innen dann wiederum in den klassischen Medien. Das liegt daran, dass die Logik der Kommunikation in Sozialen Netzwerken den Regeln der Kommunikation des Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus entspricht: Provokation, Zuspitzung und Ironie verbreiten sich leichter als sachliche Argumente und Differenzierung.

Praktisch auch für die AfD: Da es den Anhänger*innen mehr um Emotionen als um Wahrheiten geht, ist es nicht einmal ein Problem, wenn sich Internet-Postings als falsch herausstellen. Als beispielsweise der Berliner Landesverband 2017 auf Facebook und Twitter eine Reisewarnung für Schweden verbreitete, sprach das Auswärtige Amt ungewohnt deutlich von „Fake News“. Selbst die Berliner AfD nannte den Beitrag „natürlich objektiv falsch“ – dennoch löschte sie ihn nicht unmittelbar. Entsprechend befreit veröffentlicht die AfD viel und regelmäßig und schafft sich so ihre eigene Öffentlichkeit, die oft etwas von einem Paralleluniversum hat.

Ein weiteres Beispiel: Im Januar 2019 widersprach die sächsische Polizei auf Twitter einem Kreisverband der AfD, auf dessen Twitter-Kanal zuvor ein Artikel verbreitet wurde, der ein Tötungsdelikt an einer Frau ohne entsprechende Beweislage in Zusammenhang mit Geflüchteten brachte. Das Landeskriminalamt bezeichnete die Äußerungen schlicht als „#FakeNews“.[38]

Die AfD spielt nicht nur offline, sondern ganz besonders online mit den Ängsten der Menschen. Der Hass, der dadurch in der eigenen Anhängerschaft entsteht, wird nicht nur in die Kommentarspalten der AfD geschrieben, sondern auch außerhalb der radikal rechten Blase in die Kommentarspalten von Medien, Social Media-Gruppen, Parteien oder Privatpersonen. Nicht selten verlinken AfD-Accounts ganz gezielt auf ihnen nicht genehme Seiten, um so die eigene Anhängerschaft dorthin zu leiten. Was dann folgt, ist für die Betroffenen ein unangenehmer Shitstorm, der für die von Hate Speech Angegriffenen fatale Folgen haben kann. Hassrede wird von der AfD in Sozialen Netzwerken zum einen eingesetzt, um politische Gegner*innen zu demoralisieren oder zum Schweigen zu bringen, zum anderen, um Hetze gegen Gruppen von Menschen zu normalisieren. Wir sollen uns daran gewöhnen, sodass die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschoben werden können. Aus dieser schleichenden Normalisierung folgt schließlich das Handeln – von der Ausgrenzung bis zur Gewalt.


# Packung Kaffee: 10€
# Demokratie Know-how: 5€

**Diese Publikation kostet uns 5 €.**
**Was ist Dir die Demokratie wert?**
**Unterstütze unsere Arbeit mit einer Spende.**

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Paypal:

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

# Handlungsempfehlungen: Was gegen Hassrede, rechtsradikale Parolen und Online-Shitstorms hilft

## Argumentieren und widersprechen

AfD-Profile zu besuchen und dort zu argumentieren, erscheint wenig sinnvoll, da kritische Beiträge in der Regel schnell gelöscht werden können. Wo also argumentieren? Überall dort, wo AfD-Bilder oder -Argumente in der eigenen Timeline oder in der Kommentarspalte einer anderen Facebook-Seite geteilt werden, oder wenn die Beiträge plötzlich im vorpolitischen Raum auftauchen, etwa in Facebook-Gruppen mit regionalem Bezug. Strafrechtlich relevante Aussagen (z.B. Volksverhetzung, Holocaustleugnung, Beleidigung, Verleumdung) können im Netzwerk **gemeldet** oder über sogenannte Internetwachen bei der Polizei **angezeigt** werden.

Aber die Meinungsfreiheit deckt häufig auch rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische Äußerungen ab – es ist an uns zu widersprechen, Sachlichkeit in Diskussionen zu bringen und unsere Werte zu verteidigen.

Wichtig ist, das Framing und die Inhalte der AfD nicht zu reproduzieren. Das bedeutet auch, nicht den Originalpost zu teilen, wenn auf rechtsradikale Beiträge aufmerksam gemacht wird, sondern einen Screenshot davon – wenn das überhaupt nötig ist. Andernfalls erhöht man die Reichweite der Beiträge.

## Als Social Media-Moderator*innen: demokratische Werte offensiv vertreten

Moderator*innen haben die Chance, Gespräche auf der eigenen Seite zu gestalten. Betreiber*innen von Social Media-Seiten haben das Hausrecht und können den Ton der Gespräche beeinflussen, eine Netiquette festlegen, konstruktive Beiträge unterstützen – das sollten sie auch tun! Diskussionen werden besser, wenn der Ton moderat ist und Menschen keine Angst haben müssen, auf einer Seite angegriffen und beschimpft zu werden.

## Mit dem Hass rechnen

Wird eine kontroverse Veröffentlichung, Veranstaltung oder ein Posting zu einem Thema geplant, das emotionale Debatten erwarten lässt, z.B. über Flucht und Migration? Dann muss der Hass der AfD-Anhängerschaft mit einkalkuliert werden. Eigene Aussagen sollten einwandfrei belegbar sein. Hierfür ist es ratsam zu überlegen, welche typischen Einwände formuliert werden könnten, und sachliche Antworten darauf vorzubereiten. Die Veröffentlichung sollte dann stattfinden, wenn auch die Zeit vorhanden ist, die Reaktionen zu moderieren und mögliche strafrechtlich relevante Beiträge zu dokumentieren.

## Unterstützung einholen

Rechtsradikale Shitstorms können vor allem durch die gefühlte Übermacht der Hetzenden sehr entmutigend wirken. Deshalb ist Solidarität gefragt: demokratische und sachliche Gegenrede – und davon möglichst viel. Hilfreich kann auch sein, schon im Vorfeld Online-Unterstützung zu organisieren, etwa durch Likes und Kommentare von Menschen und Organisationen, die einem thematisch nahestehen.

## Dem Shitstorm trotzen

Auch im Shitstorm gilt: Vorbereitung ist alles. Die Argumentationen von Hater*innen ähneln sich sehr oft, deshalb können Textbausteine vorbereitet werden. Im Vorfeld recherchierte Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen vermögen im Falle eines Shitstorms zu helfen. Auch Freund*innen, Familie oder Partnerorganisationen können in den Fokus der Hater*innen geraten und sollten deshalb informiert werden. Es ist wichtig, immer daran zu denken, dass auch Gewalt im digitalen Raum physische Auswirkungen haben kann. Die wichtigste Regel lautet also: Sich selbst vor dem Hass schützen. Im Falle eines Shitstorms kann die Moderation der eigenen Kanäle beispielsweise in vertrauensvolle Hände gegeben werden. Oft ist es hilfreich, mit Freund*innen und Kolleg*innen über das Erlebte zu sprechen. Und auch dies ist hilfreich zu wissen: In der Regel ist spätestens nach 3 Tagen das Schlimmste überstanden.

## Monitoring

Um zu wissen, wie Themen innerhalb der AfD-Anhängerschaft diskutiert werden oder was AfD-Funktionär*innen verlautbaren, kann es sinnvoll sein, regelmäßig ein Auge auf Seiten der AfD und ihrer Akteure zu werfen. Hier lassen sich teilweise Vernetzungen und Verflechtungen mit rassistischen, islamfeindlichen, antisemitischen, rechtsextremen oder flüchtlingsfeindlichen Akteuren und Seiten belegen.

Beratung, Fortbildung, Qualifizierung und Unterstützung zur Verbesserung der Debattenkultur bieten:

- **Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz:** www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/civic-net-aktiv-gegen-hass-im-netz
- **debate//de:hate – Für digitale demokratische Debattenkultur:** pädagogische Praxis, Empowerment, Counter Speech, Debattenkultur, Monitoring: www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/debate-dehate
- **Belltower.News:** Tagesaktuelles journalistisches Informationsportal zu Demokratie-Gefährdungen on- und offline: www.belltower.news

# Über die parlamentarische Praxis einer demokratiefeindlichen Partei

## Die AfD im Bundestag

Die AfD zog nach der Wahl am 24.9.2017 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag ein. Mit 12,6 % der gültigen Stimmen ist sie die stärkste Oppositionspartei des 19. Bundestages. Den Vorsitz der Bundestagsfraktion teilen sich Alexander Gauland und Alice Weidel. Unmittelbar nach der Bundestagswahl erklärte Gauland vor laufenden Kameras, die AfD würde sich „unser Volk zurückholen"; und gab damit einen Vorgeschmack auf die Ideologie, mit der die AfD die parlamentarische Auseinandersetzung vergiften würde.[39]

Auf diesen Auftakt folgten bis zum Januar 2019 insgesamt 604 Kleine Anfragen, vier Große Anfragen und 107 Anträge. 13 dieser Anträge waren konstituierende Anträge gemeinsam mit den übrigen Fraktionen. In einer Auswertung der parlamentarischen Arbeit der AfD zeigt sich, dass etwa ein Sechstel aller Anträge (17 %) und beinahe ein Drittel der Kleinen Anfragen (31 %) der Partei das Thema Migration behandeln – hier stand überwiegend eine Kriminalisierung von Migration als auch von Migrant*innen im Fokus.

### Die Verankerung einer rechtsradikalen Partei

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat für die Arbeit des Parlaments insgesamt, aber auch für die AfD selbst, einiges verändert. So ist der Einzug in den Bundestag mit erheblichen finanziellen Zuwendungen für die Fraktion verbunden, allein 2018 erhielt sie insgesamt 56,4 Millionen Euro. Durch die 92 Bundestagsmandate kann die Partei mithilfe dieser Parteienfinanzierung ihre eigenen Strukturen ausbauen. Bestandteil der 56,4 Millionen Euro sind die Diäten der Abgeordneten, die Finanzierung der Fraktion und ihrer Mitarbeiter*innen sowie die Finanzierung eines Büros inklusive Mitarbeiter*innen für jede*n Abgeordnete*n. Letzteres wurde von einzelnen Abgeordneten bereits dazu genutzt, um bekannten Rechtsextremen eine Anstellung im Bundestag zu ermöglichen.[40] Darunter sind Neonazis mit Verbindungen zu verbotenen Organisationen und Personen, die der sogenannten „Neuen" Rechten zuzuordnen sind.[41]

Über die finanzielle und strukturelle Stärkung der Partei hinaus kann die AfD als Oppositionsführerin auch einen politischen Machtzuwachs auf Bundesebene verzeichnen. So stellt sie in drei Ausschüssen den Vorsitz.

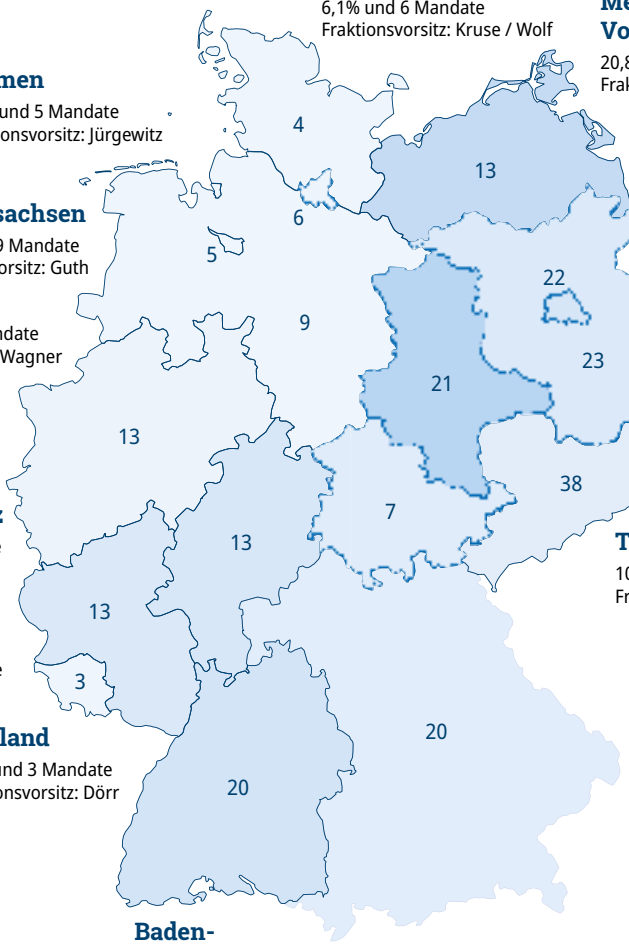
### Veränderungen in der Arbeit des Parlaments

Die AfD nutzt das Plenum des Bundestages, um die Grenzen des Sagbaren immer weiter zu verschieben. So sprach Alice Weidel abwertend von „Kopftuch-Mädchen" und „Messer-Männern", die nach Deutschland migrierten, und wurde dafür vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble gerügt.[42] Die wiederholten, kalkulierten Tabubrüche folgen einem klaren Schema: Auf eine sprachliche Grenzüberschreitung folgt eine inszenierte Distanzierung mit dem Verweis darauf, die angeblich bedrohte Meinungsfreiheit retten zu wollen. Diese regelmäßigen Grenzüberschreitungen der AfD greifen die wichtigsten Regeln des zivilen Umgangs an und folgen dabei den Vordenkern der sogenannten „Neuen" Rechten. Eine der wichtigsten Aufgaben für Politik und Gesellschaft ist es daher, den autoritären, antisemitischen, sexistischen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen Verlautbarungen der AfD aktiv zu widersprechen. Politiker*innen anderer Parteien fallen mittlerweile seltener auf diese Manöver herein und stellen sich zunehmend der Debatte.

**Eine der wichtigsten Aufgaben für Politik und Gesellschaft ist es, den autoritären, antisemitischen, sexistischen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen Verlautbarungen der AfD aktiv zu widersprechen.**

# Die AfD im Parlament

## Insgesamt 282 Mandate, 191 Landtagsmandate, 91 Bundestagsmandate




**Schleswig-Holstein**
5,9% und 4 Mandate
Fraktionsvorsitz: Nobis

**Hamburg**
6,1% und 6 Mandate
Fraktionsvorsitz: Kruse / Wolf

**Mecklenburg-Vorpommern**
20,8% und 13 Mandate
Fraktionsvorsitz: Kramer

**Bremen**
6,1% und 5 Mandate
Fraktionsvorsitz: Jürgewitz

**Brandenburg**
23,5% und 23 Mandate
Fraktionsvorsitz: Kalbitz

**Niedersachsen**
6,2% und 9 Mandate
Fraktionsvorsitz: Guth

**Berlin**
14,2% und 22 Mandate
Fraktionsvorsitz: Pazderski

**NRW**
7,4% und 13 Mandate
Fraktionsvorsitz: Wagner

**Sachsen-Anhalt**
24,2% und 21 Mandate
Fraktionsvorsitz: Kirchner

**Sachsen**
27,5% und 38 Mandate
Fraktionsvorsitz: Urban

**Rheinland-Pfalz**
12,6% und 13 Mandate
Fraktionsvorsitz: Junge

**Thüringen**
10,6% und 7 Mandate
Fraktionsvorsitz: Höcke

**Hessen**
13,1% und 18 Mandate
Fraktionsvorsitz: Rahn

**Saarland**
6,2% und 3 Mandate
Fraktionsvorsitz: Dörr

**Baden-Württemberg**
15,1% und 20 Mandate
Fraktionsvorsitz: Gögel

**Bayern**
10,2% und 20 Mandate
Fraktionsvorsitz: Ebner-Steiner

## Ausschussvorsitzende der AfD im Bundestag

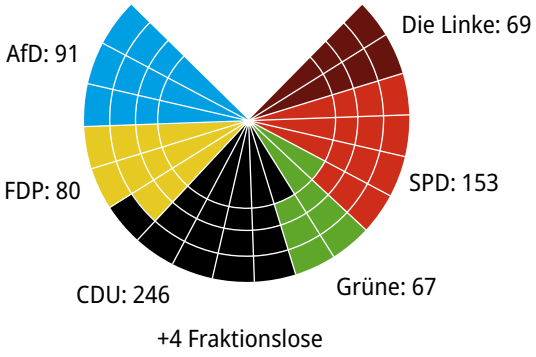
**Justizausschuss**
Stephan Brandner - Thüringen

**Tourismusausschuss**
Sebastian Münzenmaier - Rheinland-Pfalz

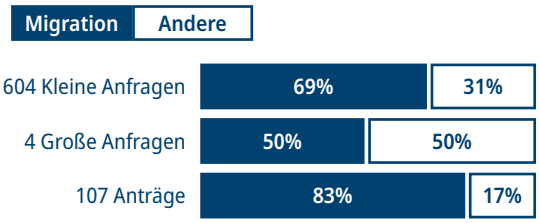
**Haushaltsausschuss**
Peter Boehringer - Bayern

## Bundestag

**91 Mandate**
**Fraktionsvorsitz: Weidel / Gauland**




## parlamentarische Arbeit der AFD[1]




[1] Erfasst vom 24.10.2017 bis zum 03.01.2019

© Amadeu Antonio Stiftung

Mit dem Auftreten der AfD im Bundestag wird im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit die Abwertung von Minderheiten und demokratischen Werten auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Normalisierung schafft ein negatives Vorbild für die Gesellschaft, das zunehmend Einzug in die Umgangsformen findet. Der Verlust des zivilen Umgangs ist nicht nur ein Nebeneffekt, sondern steht im Zentrum der Bemühungen dieser modernen rechtsradikalen Partei.

*AfD-Bundestagsfraktion. © dpa*

Zugleich gewinnt sie zunehmend an konkreter politischer Bedeutung. So äußerten sich Ende 2018/Anfang 2019 vereinzelt Funktionäre ostdeutscher CDU-Landesverbände positiv über mögliche Koalitionsverhandlungen mit der AfD. Regierungspolitische Überlegungen scheinen hier die Sicht auf eine Partei zu trüben, die mit rechtsextremen Akteuren durch Chemnitz marschiert. Die AfD für eigene Machtansprüche nutzen zu wollen, kann daher unter keinen Umständen als verantwortungsvolle Politik verstanden werden.

## Sabotage der parlamentarischen Arbeit

An anderer Stelle versuchte die AfD, mithilfe der Abstimmungsregeln des Bundestages die parlamentarische Arbeit der anderen Fraktionen zu sabotieren. So beantragte die Partei bei einer Sitzung im Dezember 2018 die Beschlussfähigkeit des Bundestages mithilfe des sogenannten „Hammelsprungs“ zu prüfen. Bei diesem Verfahren müssen alle Parlamentarier*innen den Plenarsaal verlassen und werden beim Wiederbetreten gezählt. Die AfD-Fraktion verließ geschlossen den Saal, kehrte jedoch nicht wieder zurück. Sie wollte damit die Arbeit des Parlaments an diesem Sitzungstag sabotieren, verzählte sich jedoch. Denn anders, als es die Partei beabsichtigte, war das Parlament auch ohne AfD beschlussfähig.

Die Arbeit der AfD im Parlament erscheint oft wie eine Inszenierung, die nur dazu dient, die eigenen Anhänger*innen mithilfe der Sozialen Medien aufzustacheln. Aus diesem Grund können sich die Auftritte einzelner Abgeordneter sehr stark voneinander unterscheiden, je nachdem, ob ein entsprechender Beitrag geplant ist. Die Regeln und Gepflogenheiten des Parlaments gelten dabei wenig.

Nach der Ermordung der 14-jährigen Susanna[43] durch einen Menschen mit Fluchthintergrund wollte ein AfD-Abgeordneter demonstrativ seine Redezeit für eine Schweigeminute nutzen. Im Bundestag entscheidet allerdings das Präsidium über solche Anliegen – auch und vor allem, um Instrumentalisierungen durch einzelne Parteien oder Abgeordnete zu vermeiden. Obwohl die Möglichkeit dazu bestand, beantragte die Fraktion keine Gedenkminute, sondern handelte eigenmächtig. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth reagierte souverän im Sinne der Geschäftsordnung des Bundestags und verwies den Abgeordneten des Rednerpults. Doch der Videomitschnitt der Szene wurde direkt im Anschluss auf den Social Media-Kanälen der AfD verbreitet – mit aggressiven und abwertenden Kommentaren gegenüber Roth.[44] Sie wurde daraufhin tagelang beleidigt und bedroht.

**Die Arbeit der AfD im Parlament erscheint oft wie eine Inszenierung, die nur dazu dient, die eigenen Anhänger*innen mithilfe der Sozialen Medien aufzustacheln.**

*Plakataktion des Künstlers Wolfgang Tillmanns zur Bundestagswahl 2017. © Wolfgang Tillmanns*

# Die AfD in Landesparlamenten

Die AfD ist mittlerweile in allen Landesparlamenten der Bundesrepublik vertreten. Eine Studie aus dem Jahr 2018 stellte für die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen fest, dass die Arbeit der AfD stark vom jeweiligen Personal abhängig ist. So treten Abgeordnete der Partei zum Teil seriös und eher ruhig oder aber aggressiv und pöbelnd auf. Die Autor*innen der Studie sehen hier eine Arbeitsteilung, die entlang der innerparteilichen Spaltung zwischen radikalen und „gemäßigten" Abgeordneten verläuft.[45] Dieses unterschiedliche Auftreten stellt die übrigen Parteien vor eine besondere Herausforderung im Umgang mit der AfD. Eine rigorose Abwehr und damit auch Abwehr der „seriös" arbeitenden Abgeordneten der AfD nutzt die Partei für ihre Inszenierung als Opfer der „Alt-Parteien". Diese Inszenierungen sind prägend für die Arbeit der AfD. So stellte eine Studie aus dem Jahr 2017 fest, dass die AfD-Fraktionen insbesondere das Plenum der Landesparlamente für sich zu nutzen wissen. Hier halten sie öffentlichkeitswirksame Reden und verbreiten diese in den Sozialen Medien. Die Arbeit im Hintergrund, die tatsächliche Arbeitsebene der Parlamente, finde dagegen kaum Beachtung durch die AfD. Die einzige Möglichkeit, dieser Inszenierung zu entgehen, ist eine fundierte und sachliche Auseinandersetzung mit der Partei, die im Fall der Fälle auch ein ausschließendes Verhalten gut und nachvollziehbar begründen muss.

Die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung mit dem Titel **„Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten"** ist eine ausführliche Analyse zum Auftreten der AfD in den Landtagen. Sie ist abrufbar unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf.

Es lässt sich festhalten: Die Arbeit der AfD-Landesverbände folgt im Wesentlichen dem Stil der Bundestagsfraktion. Ein Unterschied liegt in der Zusammensetzung der Fraktionen. Während auf Bundesebene nahezu alle Strömungen der Partei repräsentiert sind, ist das auf Länder-Ebene anders: So ist bspw. die Thüringer Fraktion unter Leitung von Björn Höcke wesentlich stärker durch die völkisch nationalistische Position des „Flügels" geprägt als die AfD-Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen.

Zudem ist auffällig, dass in fast allen Landesverbänden mindestens ein*e Abgeordnete*r die Fraktion verlassen hat bzw. aufgrund eines Ausschlusses verlassen musste: Bei insgesamt 157 Landtags-Mandaten kam es zu 43 Austritten oder Ausschlüssen.

# Die AfD in Kommunalparlamenten

Die AfD ist mittlerweile auch in den meisten Kommunalparlamenten vertreten. Sie verfügte laut Informationsportal rechtesland.de über insgesamt 1.285 Kommunalmandate (Stand Januar 2018). Dies führt bei vielen Parlamentarier*innen zu starker Verunsicherung. Strategien aus dem Bundestag oder den Landtagen im Umgang mit der AfD lassen sich nicht eins zu eins auf die Kommune übertragen.

Auf kommunaler Ebene, der in der Parteihierarchie unteren Ebene, ist die AfD heterogener als in den Landesparlamenten oder im Bundestag. Ihr Handeln hängt damit viel stärker von den jeweiligen Mandatsträger*innen und der Fraktionsgröße ab. Dennoch lassen sich Ähnlichkeiten feststellen. Das Klima in den Parlamenten ist rauer geworden, die AfD hat auch hier klare Schwerpunktthemen: Geflüchtete und Islam. Sie setzt meist mehr auf populistische Inszenierungen statt auf Gremienarbeit. So ist das Verhalten der AfD oft abhängig davon, ob eine Sitzung öffentlich ist oder nicht. In nicht-öffentlichen Ausschusssitzungen ist das Stimmverhalten häufig ein anderes als in öffentlichen, auch gibt man sich hier oft gelangweilt, desinteressiert oder erscheint gar nicht erst. In den öffentlichen Sitzungen hingegen inszenieren die Mandatsträger*innen sich gern volksnah. Diese populistische Selbstdarstellung mit sehr vielen Anträgen und langen Reden führt vielfach zu endlosen Parlamentssitzungen. Das stellt für die häufig ehrenamtlich arbeitenden Politiker*innen eine enorme Belastung dar und führt zu einer Lähmung des parlamentarischen Betriebs und der Sacharbeit. Das ist gewollt. Die AfD inszeniert sich auch auf kommunaler Ebene als Anwalt der „kleinen Leute“ und fordert vielfach finanzielle Streichungen, wenn Gelder ihrer Meinung nach „gegen deutsche Interessen“ ausgegeben werden: Das betrifft vor allem die Bereiche Asyl, Migration, Jugendhilfe, Frauen- und Gleichstellungsförderung.

In einer Studie über das Verhalten der AfD in den Kommunalparlamenten in Hessen und Niedersachsen unterscheidet der Erziehungswissenschaftler Benno Hafeneger grob drei unterschiedliche AfD-Fraktionstypen nach ihrem Auftreten im Parlament und ihrer Arbeitsweise.

Die Studie von Benno Hafeneger kommt zu dem Ergebnis, dass es im Auftreten der AfD häufig einen Unterschied zwischen Stadt und Land gibt: „Je größer die Stadt ist, erst recht in den Zentren, desto provozierender sind die AfD-Fraktionen. Auf dem Land sind die Akteure hingegen braver, zurückhaltender und anbiedernder.“[46] In einigen AfD-Fraktionen sitzen Parlamentarier*innen, die in der letzten Legislaturperiode noch für eine andere Partei im Kommunalparlament saßen. Das erschwert für viele den Umgang. Hier ist zu empfehlen, die jeweiligen Parlamentarier*innen nicht losgelöst von der Linie der Partei zu behandeln. Wenn eine Partei rassistisch ist, sind deren Abgeordnete Mitglieder einer rassistischen Partei und sollten politisch dementsprechend behandelt werden.

### Verhalten der AfD in Kommunalparlamenten in Hessen und Niedersachsen

#### Auftreten

**aggressiv:** Direktes und unmittelbar rassistisches, nationalistisches und völkisches Auftreten mit den Mitteln der Provokation und der Skandalisierung, um eine möglichst starke Abgrenzung von den demokratischen Parteien zu verdeutlichen.
**subtil:** Durch weniger aggressives, sondern eher verdecktes und subtiles Auftreten mit einem moderateren und weniger eindeutigen Subtext inszeniert man sich als die einzige Partei, die kritische Fragen stellt und eine Öffentlichkeit für die angeblich „wahren“ Interessen der deutschen Bevölkerung herstellt – in klarer Abgrenzung zu den etablierten Parteien.
**kümmernd:** Moderates und sachbezogenes Aufgreifen von Alltags- und Sachthemen, die auch von anderen Parteien hätten aufgegriffen werden können bzw. werden; Inszenierung als „Kümmerer“ und „Partei der kleinen Leute“.

#### Arbeitsweise

**fleißig:** Die Fraktionen stellen viele Anträge und Fragen, die die Verwaltung beschäftigen.
**faul:** Die Fraktionen sind, wenn überhaupt, nur körperlich anwesend, sie steuern über Monate keinen Debattenbeitrag bei, diskutieren nicht und nehmen generell nicht am Parlamentsleben teil.
**überfordert:** Durch Austritte und Abspaltungen kommt es teilweise zu schnellen Auflösungen von Fraktionen.

Quelle: Hafeneger, Benno u.a.: AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure. Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M. 2018

# Zum Umgang mit der AfD in der parlamentarischen Arbeit – Standpunkte

## Herausforderung AfD

„Die zunehmende Akzeptanz der AfD bei Wählern begründet sich insbesondere in der nicht ausreichenden Reflexion starker Gefühle und der unkritischen Prüfung vorgehaltener Argumente sowie fehlender Lösungsvorschläge. Meine persönlichen Strategien, auch bestärkt durch das Ringen um das Direktmandat mit A. Gauland, sind folgende:

*DBT von Saldern*

Menschen aussprechen lassen und ihre Ideologiegefangenheit nachfragend aufbrechen. Deren Erfahrungen und Sichten nicht sofort bewerten, sondern aufnehmen und in größere Zusammenhänge einordnen. Ihnen immer Lernfähigkeit unterstellen. Selbst als Fragender, Rat-Suchender in die Diskussion eintreten.

Nicht die Person beurteilen, sondern deren Ansichten, Verhaltensweisen, möglichst mehr zur Sache reden. Benannte Probleme nicht ignorieren oder wegdiskutieren. Als Politiker (auch medial) erkennbar, glaubwürdig, nachvollziehbar möglichst in persönlich erfahrbaren Begegnungen auftreten, bürgernah agieren und mit dem persönlichen Lebensvollzug den eigenen vorgetragenen Auffassungen entsprechen, ggf. auch entgegen der eigenen Partei. Meine Rede verständlich, einfach und möglichst narrativ gestalten, ohne die Komplexität von Sachverhalten zu vernachlässigen.

Unermüdlich auf fehlende oder nicht praktizierbare Lösungsvorschläge (Alternativlosigkeit), gänzlich fehlende Nachhaltigkeit und insofern Schaden bringende Vorstellungen der AfD verweisen. Nach alternativen Lösungen die Gesprächspartner befragen oder diese zur Konsequenz von AfD-Zielen befragen: ‚Wollt ihr DAS wirklich?‘ Menschen in ihrem Engagement bestärken, es herausfordern und nicht vorverurteilen.“

**Martin Patzelt, MdB, CDU**

## Statement des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion

„Kein Zweifel, für die übrigen Bundestagsfraktionen ist die AfD eine besondere Herausforderung. Denn die rechtsnationalistische Partei arbeitet im Parlament kaum mit, sondern missbraucht den Bundestag als Bühne für ihre Social Media-Propaganda. Im Plenum setzt die AfD alles daran, den Fokus immer wieder auf das Thema Migration zu lenken, häufig mithilfe von bewussten Grenzüberschreitungen.

Wo AfD-Vertreter sich menschenverachtend oder geschichtsrevisionistisch äußern, wird die SPD-Fraktion immer deutlich dagegenhalten. Bei eklatanten Widersprüchen oder Falschbehauptungen der AfD in den Bundestagsdebatten versucht die SPD, die Dinge möglichst kurz und präzise offenzulegen und richtigzustellen.

Klar ist aber auch: Wir sind gut beraten, manche Provokation einfach ins Leere laufen zu lassen, um der AfD nicht zusätzlich Aufmerksamkeit zu geben. Hier die richtige Balance zu finden, ist nicht immer ganz einfach, funktioniert aber immer besser.

Aus Sicht der SPD ist es ebenso wichtig, die eigenen Themen und Positionen überzeugend herauszuarbeiten. Der Bundestag darf sich von der AfD nicht die Agenda bestimmen lassen, er muss über die wirklichen Zukunftsthemen streiten, zu denen diese Partei nichts Relevantes beizutragen hat: Mieten, Renten, Bildung, Pflege. Das ist auch ein Rezept gegen die AfD.“

**Carsten Schneider**

## Stellungnahme Die Grünen

„Der Einzug der AfD in den parlamentarischen Alltag bedeutet eine neue Herausforderung. Entscheidend ist zunächst die lückenlose Kenntnis der Geschäftsordnung, eine gute Vorbereitung auf die Debatten. Grenzsituationen diskutieren wir gemeinsam und wägen besonnen ab. Unser Prinzip: Keine Sonderregeln, aber eben auch keine Zurückhaltung, wenn das hohe Gut der Meinungsfreiheit für Hass und Hetze instrumentalisiert wird.

© Konrad Schmidt

Der AfD geht es um Selbstinszenierung, die systematische Störung bewährter Abläufe und letztlich um die Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaat. Sie will die Grenzen des Sag- und Machbaren schrittweise verschieben und hofft, dass wir uns irgendwann zurückziehen – online wie offline. Das dürfen wir nicht zulassen. Zugleich müssen wir verhindern, dass unser Dagegenhalten zu einem Agenda-Setting allein durch die AfD führt.

Wir Grüne arbeiten deshalb weiter an progressiven Antworten auf die tatsächlichen Fragen unserer Zeit. Wir nehmen die AfD ernst, vergessen darüber aber nicht, weshalb wir gewählt wurden. Für diese Gratwanderung gibt es kein Handbuch, vieles ist situationsabhängig. Mit stetiger Reflexion und klarer Haltung aber werden wir immer besser.“

**Claudia Roth**

## Zur Strategie der FDP im Umgang mit der AfD

„Politische und parlamentarische Initiativen der AfD zielen meist auf Stimmungsmache bei ihren Sympathisanten ab. Dabei verhält sich ihre politische Konjunktur wie die Tragfläche eines Flugzeugs: Je mehr Gegenwind es gibt, desto mehr Auftrieb erhält sie. Auf Dauer ist es deshalb nicht hilfreich, lediglich mit Empörung auf ihre Beiträge zu antworten. Sie würde dann versuchen, sich auf ein Märtyrerpodest zu heben und sich selbst und ihre Anhänger als Opfer darzustellen.

Wir sind gut beraten, einen weniger emotionalen Umgang mit dieser Gruppierung zu pflegen und die Auseinandersetzung vor allem auf der Sachebene zu führen. Sie sollte nicht ernster genommen werden, als sie es verdient; wir wollen ihre häufig kruden und nur schwer zu ertragenden Thesen ja nicht weiter verbreiten. Aber in der Sache müssen wir ihr klar entgegentreten und deutlich machen, wo Grenzen überschritten werden, wo sie irrt und in die Irre führen will; dass wir nicht zulassen, wenn rechte und linke Populisten unsere freiheitliche Grundordnung angreifen und für ihre Zwecke missbrauchen wollen.“

© Chaperon

**Nicola Beer**

## Stellungnahme Die Linke

„Die LINKE lehnt jede Zusammenarbeit mit der AfD ab und betreibt eine klare politische und organisatorische Abgrenzung. In allen entscheidenden politischen Punkten steht DIE LINKE konträr zu den Vorstellungen der AfD. DIE LINKE unterstützt prinzipiell keine parlamentarischen Anträge, Initiativen und Erklärungen der AfD und wird auch weiterhin eigene Mut machende Alternativen in den Mittelpunkt stellen. Es gilt zu verdeutlichen, dass die Positionen der AfD außerhalb der Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen und egalitären Gesellschaft stehen. Um eine Normalisierung und Verharmlosung der AfD zu verhindern, ist es entscheidend, sich mit ihren konkreten Inhalten und Verbindungen zur extremen Rechten öffentlich auseinanderzusetzen und der Verrohung der Sprache und des demokratischen Umgangs im Parlament etwas entgegenzusetzen – ohne auf jede einzelne Provokation einzugehen. Dafür sollten keine parlamentarischen Gepflogenheiten geändert werden. Bei allem Wirken muss klar werden, dass die AfD keine demokratische Alternative ist.“

**Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag**

# Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung in Parlamenten

Generell gilt: Wichtig ist immer eine klare Haltung, die Kenntnis der (lokalen) AfD und eine gute Rhetorik.

## Eigene Themen setzen

Das wichtigste Mittel gegen die Inszenierungen der AfD in und außerhalb des Parlaments ist es, die eigenen Themen, das eigene Gesellschaftsbild und demokratische, pluralistische Narrative offensiv einzubringen und zu vertreten. Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Menschenrechte oder eine solidarische Gesellschaft sollten immer inhaltlich unterfüttert werden – sonst werden die Begriffe gekapert und ins Gegenteil verkehrt. Daher: die Auseinandersetzung mit der AfD nicht auf Entgegnung von Wortbeiträgen und parlamentarische Initiativen beschränken.

### Was tun bei AfD-Anträgen?

- Bei unsinnigen, rassistischen und diskriminierenden Anträgen möglichst nur eine Gegenrede der demokratischen Parteien. Sonst besteht die Gefahr, dass die AfD durch inszenierte Skandale zum Zentrum der Auseinandersetzung wird. Davon profitiert im Regelfall nur sie selbst. Aber: Falsche Tatsachenbehauptungen und diskriminierende Äußerungen dürfen niemals unwidersprochen bleiben.

- Bei sachbezogenen Anträgen sollten die teils unterschiedlichen Positionen der anderen Fraktionen zur Geltung kommen. Hier ist es oft kontraproduktiv, nur eine Gegenrede zu formulieren, da es innerhalb der demokratischen Fraktionen unterschiedliche Positionierungen gibt, die auch so vertreten werden müssen. Dies dient der Sacharbeit und Multiperspektivität und widerlegt das von der AfD propagierte Bild von der „Einheitsfront des Establishments“.

## Eigene Strategie für den Umgang mit der AfD entwickeln

Durch den Einzug der AfD in die Parlamente sind die Anforderungen an die eigene Arbeit gestiegen. Parteiintern sollte deshalb eine einheitliche Strategie zum Umgang mit Rechtsradikalen in den Parlamenten entwickelt werden, die hilft, auf die Professionalisierung der AfD zu reagieren. Hilfreich sind öffentlich erkennbare Beschlüsse. Hierbei sollte klar sein, dass demokratische Mindeststandards nicht verhandelbar sind: Minderheitenrechte und Menschenrechte schützen! Das bedeutet auch, beim Framing Rechtsradikaler nicht mitzumachen: Wenn es um den Islam geht, muss nicht über Terror gesprochen werden.

## Kein Abarbeiten an der AfD

Der AfD sollte keine Bühne geboten werden, auch wenn es ein Ziel ist, sie zu „entlarven“. Es sollte hauptsächlich um Sachthemen gehen, nicht um die AfD. Also: Kontrapunkte setzen, das eigene Gesellschaftsbild und die eigenen Themen selbstbewusst präsentieren.

## Oppositionsrechte bewahren

Die AfD versucht, die inhaltliche Arbeit von Verwaltung und Institutionen durch lange Fragenkataloge zu lähmen. Die Antwort darauf darf nicht die Beschneidung von Oppositionsrechten sein. Jedoch sollte die inhaltliche Arbeit nicht eingeschränkt werden. Wenn also z.B. die AfD fordert, wöchentlich aktuelle Zahlen zu geflüchteten Menschen in der Kommune vorzulegen, sollte man sich auf einen leistbaren Turnus, z.B. vierteljährliche Zahlen, einigen.

## Nicht mit Stimmen der AfD kalkulieren

Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien stimmen mitunter strategisch für Anträge von demokratischen Parteien, um als Mehrheitsbeschaffer und somit wichtiger Akteur im Parlament zu fungieren. Daher sollte immer im Vorfeld abgeklärt werden, ob der eigene Antrag eine Mehrheit unter den demokratischen Parteien erlangen kann.

## Normalisierungseffekte vermeiden

Die AfD richtet sich gegen eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Eine lokale AfD kann nicht losgelöst von der Bundespartei betrachtet werden. Daher:

- Keine Bildung einer gemeinsamen Fraktion oder Zählgemeinschaft, keine gemeinsamen Anträge oder Abstimmungen.
- Kein Auftritt bei Veranstaltungen, wenn diese durch die AfD organisiert wurden.

## AfD-Strategien enttarnen und benennen

An Beispielen lassen sich kurz und prägnant Strategien der AfD aufzeigen und dadurch entlarven – etwa unterschiedliches Stimmverhalten in öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen, Skandalisierung durch Übertreibung und falsche Tatsachenbehauptung, Themenhopping oder Opferinszenierung.

Eine weitere beliebte Strategie der AfD ist es, demokratische Parteien als abgehobene Elite darzustellen. Wichtig ist es, dem nicht auf den Leim zu gehen, sondern sachlich und bestimmt zu argumentieren. In Auseinandersetzungen sollte es daher auch nicht bei der Skandalisierung einzelner Äußerungen bleiben, sondern deutlich gemacht werden, dass diese „Ausrutscher“ der Ideologie der Partei und ihrem Parteiprogramm entsprechen.

## Differenzierung zwischen der AfD und ihren Wähler*innen

Keine Anbiederung an AfD-Wähler*innen, aber Unterscheidung zwischen der Partei und ihren Wähler*innen. Die Sorgen ernst nehmen, aber in Widerspruch gehen, wo Sachfragen verlassen werden: Rassismus und Demokratiefeindschaft benennen.

## Mit Betroffenen solidarisieren

Die AfD versucht häufig, einzelne Politiker*innen, Akteure der Zivilgesellschaft oder demokratische Institutionen herauszupicken, deren Arbeit zu skandalisieren und diese politisch zu lähmen. Demokratische Fraktionen wie auch einzelne Parlamentarier*innen sollten sich mit demokratischen Akteuren öffentlich solidarisieren, sich nach deren Bedürfnissen zur Umsetzung ihrer Aufgaben erkundigen und ggf. deren Budgets erhöhen, damit sie neben der Beantwortung der parlamentarischen Anfragen weiter und besser in der Lage sind, ihre inhaltliche Arbeit vollumfänglich zu absolvieren.

Der **Bundesverband Mobile Beratung** sowie die Träger der Mobilen Beratung in den einzelnen Bundesländern bieten thematische Workshops, Seminare und Fortbildungen für Parlamentarier*innen im Umgang mit Rechtspopulismus/Rechtsradikalismus an. Zudem begleiten und moderieren die mobilen Beratungsteams gemeinsame Verständigungsprozesse von Parlamentarier*innen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

Telefon 0351. 500 541 6
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

# Was SIE tun werden:

## Auf die Einladung pochen

Eine wichtige Strategie rechtsradikaler und rechtspopulistischer Akteure besteht darin, bei möglichst vielen öffentlichen Veranstaltungen eingeladen zu werden. Verweigerungen instrumentalisieren sie für ihre Inszenierung als Opfer. Daher ist es wichtig, sich vorzubereiten.

1. Rechtsradikale werden jedes Podium nutzen, um die Legitimität ihrer Forderungen zu belegen. Eine Einordnung der Partei durch Expert*innen bei der Veranstaltung kann dem vorbeugen.
2. In der Regel werden auf Podien keine ungeschulten Mitläufer*innen sprechen. Eine gute Vorbeitung ist Pflicht. Sowohl die Moderation als auch die übrigen Diskutant*innen sollten informiert werden.
3. Eine ausgewogene und fruchtbare Debatte geht auch ohne die AfD. Auch wenn die AfD in verschiedene Parlamente gewählt wurde, kann es gute Gründe geben, die Partei nicht einzuladen. Es ist nicht gewinnbringend, sich ständig den Provokationen und ihrer destruktiven Art der Diskussion auszusetzen. Diese Gründe können benannt werden.

## Unterschiedlich auftreten

Es gibt unterschiedliche Arten von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Gesprächspartner*innen. Sie können sowohl aggressiv und rechthaberisch auftreten und das Gespräch auf diese Weise dominieren als auch jovial und aufgeweckt daher kommen.

Im **ersten** Fall besteht die Schwierigkeit vor allen Dingen darin,der Einschüchterung etwas entgegenzuhalten. Es kann hilfreich sein, auf die Aggressivität hinzuweisen, um ggf. Zuhörer*innen das Verhalten sichtbar zu machen.
Im **zweiten** Fall ist es von großer Bedeutung, sich und seine Position gut zu erklären. Andernfalls können die Sympathien schnell umschlagen und die Rechtsradikalen sich als Opfer inszenieren.

## Gesprächsstrategien ...

**WHAT-ABOUTISM** - Was ist eigentlich mit...

Argumente werden mit Verweis auf ein nur ansatzweise verwandtes und häufig hypothetisches Thema außer Kraft gesetzt.
**Ziel:** Diskussion wird abgelenkt und Argumente diskreditiert.
**Beispiel:** „Anstatt soviel Geld für Geflüchtete auszugeben, sollte sich die Politik lieber um deutsche Obdachlose und Rentner kümmern."

**OPFERINSZENIERUNG** - Meinungsfreiheit?

Widerrede wird als Sprachverbot gedeutet und damit als Angriff auf die Freiheitsrechte. Hetzende Sprache wird so als Meinung und damit als Teil des Diskurses aufgewertet.
**Ziel:** Täter-Opfer-Umkehr zugunsten der Argumentation
**Beispiel:** „Wenn Probleme nicht beim Namen genannt werden können, ist die Meinungsfreiheit am Ende."

**THEMEN-HOPPING** - Vom 100sten ins 1.000ste

Themen werden in der Diskussion wahllos aneinandergereiht. Argumente verpuffen, da immer wieder neue Themen angesprochen werden.
**Ziel:** Überlegenheit in der Diskussion vorspielen und verwirren.
**Beispiel:** „Flüchtlinge wollen doch nur unsere Frauen und unsere Jobs und außerdem ist das Halalschlachten schlimme Tierquälerei!"

**SILENCING** - Sie werden noch sehen...

Offen oder verdeckt codierte Androhung von verbaler oder physischer Gewalt gegenüber Andersdenkenden.
**Ziel:** Gegenseite zum Schweigen bringen und eigene (vermeintliche) Macht demonstrieren.
**Beispiel:** „Wenn wir erst mal dran sind, räumen wir mit Leuten wie euch ganz schnell auf!"

# MIT RECHTS DEBATT

## Rahmen der Debatte

Je öffentlicher eine Debatte ist, desto wichtiger ist es, sie zu führen. Was wir im Einzelnen erreichen können, hängt jedoch stark davon ab, in welchem Format bzw. Rahmen diskutiert wird. Deshalb gilt: Wenn rechtsradikale oder rechtspopulistische Akteure eingeladen wurden, ist eine Diskussion und eine Gegenrede notwendig.

Im persönlichen Umfeld: Hier besteht die Möglichkeit, mit viel Empathie die Position der anderen Person zu überprüfen und zu hinterfragen. In der Regel ist ausreichend Zeit vorhanden.

In einer kleinen Öffentlichkeit, bspw. einem Podium: Hier werden in der Regel Positionen ausgetauscht. Die Chance, die Person gegenüber zu überzeugen, ist nahezu ausgeschlossen. Die Zielgruppe ist das Publikum. Mit diesem findet Interaktion statt, bspw. Klatschen als Zustimmung o.ä. Die Art der Ansprache sollte am Publikum ausgerichtet werden.

# Welche Rolle spielt

## ... und Tipps zum Umgang mit ihnen

### Offenlegen

Die Relativierung und Ablenkung als genau solche offenlegen und nicht zulassen. Entweder mit ausreichendem Faktenwissen den Themenwechsel abweisen oder den Fokus auf eigentliches Thema einfordern.

### Klare Kante - Klare Erklärung

Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und Widerspruchsfreiheit deutlich machen und menschenverachtende Hassrede klar benennen. Die eigene Gegenrede als Resultat einer demokratischen und humanistischen Haltung verständlich erklären, die sich konsequent gegen die Hassrede stellen muss und deshalb legitim ist.

### Festhalten und strukturieren

Anstatt den Themensprüngen hinterherzulaufen, Priorisierung einfordern und Themen nacheinander besprechen. Themenwechsel zur Not durch Unterbrechen verhindern. Diskussion abbrechen, falls an dem Stil festgehalten wird, da eine ernsthafte Auseinandersetzung nicht möglich ist.

### Nicht die Held*in spielen

Die Grenzüberschreitung und das damit verbundene Gefühl, bedroht zu sein, äußern. Eine Diskussion ist unter diesen Umständen nicht mehr möglich. Gewaltandrohung ernst nehmen und sich Unterstützung suchen.

# RADIKALEN IEREN?

In einer großen Öffentlichkeit, bspw. Radio, TV oder einem Livestream: Hier gilt Ähnliches wie zuvor in Bezug auf die kleine Öffentlichkeit, jedoch mit dem Unterschied, dass es keinerlei Rückkopplung gibt. Die Bedeutung der Wortwahl ist hier größer und in der Regel sind die Zeitslots sehr begrenzt. Es ist daher wichtig, die Zeit, die zur Verfügung steht, für eigene Positionen zu nutzen, und sich nicht an den Äußerungen der Rechtsradikalen oder Rechtspopulist*innen abzuarbeiten. Die eigene Position und Haltung in scharfer Abgrenzung gegenüber menschenverachtenden Einstellungen sollte hier im Fokus der Ansprache stehen.

## die Situation?

# Was DU tun kannst:

## Vorbereitet sein

Rechtsradikale und Rechtspopulist*innen verfügen über durchdachte Argumente in ihren Kernthemen und können rhetorisch geschult sein.

Sie verfolgen in der Regel eine destruktive Gesprächsstrategie, die auf eine Anklage „der Eliten“ hinausläuft. Die Gegenrede verliert sich oft in der Abwehr verschiedenster Vorwürfe.

Wichtig ist daher:

- Sie nicht zu unterschätzen.
- Ihrer destruktiven, anklagenden Strategie mit Fragen nach Konkretisierung und Lösung begegnen.
- Darauf pochen, dass Forderungen bis zum letztlich menschenrechts- und grundgesetzwidrigen Kern ausbuchstabiert werden.

## Im eigenen Umfeld aktiv sein

Rechtsradikale oder -populistische Haltungen begegnen uns zunehmend in unserem Umfeld. Und gerade hier, bei unseren Bekannten und Verwandten, dort wo eine Beziehungsebene existiert, können wir am meisten erreichen.
Rassistische, sexistische, antisemitische Äußerungen können auch hier angesprochen werden. Dabei geht es nicht darum, alle Argumente zu kennen. Es reicht, das eigene Umfeld zum Nachdenken und Hinterfragen anzuregen.

Hinweise auf:

- Verallgemeinerungen („der Islam“, „die Frauen“)
- Gruppenzuweisungen („Wir“ vs. „Die“)
- Konsequenzen von Aussagen
- die eigene Haltung gegen menschenverachtende Einstellungen

Das Ziel in diesem vertrauten Umfeld sollte jedoch nicht sein, dass die eigene Meinung „gewinnt“, sondern dass man sich gemeinsam in die jeweiligen Perspektiven hineinversetzt.

## Betroffenenperspektive

Die Sprache rechtsradikaler oder -populistischer Akteure ist häufig verletzend. Gerade bei öffentlichen Veranstaltungen entsteht daher die Gefahr, dass Menschen im Publikum allein durch die Teilnahme von Rechtspopulist*innen oder Rechtsradikalen die Veranstaltung meiden, um diese Übergriffe nicht ertragen zu müssen. Die Berücksichtigung von Betroffenen sollte daher bereits bei der Planung stattfinden.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

# Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft spürt den wachsenden Einfluss von rechtsradikalen Akteuren in Parlamenten und Medien am deutlichsten. Die AfD hat – Stand Frühjahr 2019 – in fast 20 parlamentarischen Fachausschüssen der Länder und drei Fachausschüssen des Bundestages den Vorsitz. Damit sind auch viele Vereine und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit der Partei konfrontiert. Initiativen werden unter Druck gesetzt, verleumdet und bedroht, insbesondere, wenn sie sich in Politikbereichen bewegen, die von der AfD als Kampfgebiete betrachtet werden – etwa Migration, Islam, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Identitäten oder Kinder- und Jugendpolitik. Die Abwehr gegen diese Angriffe nimmt immer mehr Kräfte in Anspruch und bindet Ressourcen.

Konfrontiert werden Vereine und NGOs hierbei meist mit einem der Hauptnarrative rechtsradikaler Weltanschauung: Die aktuelle Politik sei eine Verschwörung gegen Land und „Volk“. Rechtsradikale Akteure wie die AfD erheben dabei den Anspruch, als einzig wahre Stimme den Willen eines vermeintlich homogenen „Volks“ zu vertreten. Dieser antipluralistischen Vorstellung stehen zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereinen gegenüber, die sich der Demokratieförderung verschrieben haben. Organisationen, die sich für Geflüchtete, Religionsfreiheit oder die Selbstbestimmung der sexuellen Identität aussprechen, geraten schnell unter Verdacht, gegen die von der AfD ausgerufenen „deutschen Interessen“ zu handeln, und werden als „Volksverräter“ diffamiert. Neben der schon länger präsenten Bedrohung einzelner Engagierter durch Rechtsextreme werden heute ganze Projekte und Initiativen angefeindet und angegriffen, die unter anderem durch die Bundesländer und das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums gefördert werden. Ziel der Angriffe ist es, die Förderwürdigkeit der Träger infrage zu stellen und den Entzug staatlicher Gelder durchzusetzen.

*Demonstration gegen den AfD-Landesparteitag in Niedersachsen im Oktober 2018. © picture alliance/Hauke-Christian Dittrich/dpa*

Solche Angriffe gehen einher mit einer systematischen Diffamierung über Blogs, verschwörungstheoretische und rechtsalternative Medien. Ist die Skandalisierung einmal erreicht, kann sie bis in einzelne Qualitäts- und Massenmedien hineinwirken und dadurch die Forderungen der AfD in die Breite tragen. Über Petitionen versucht sie, die Einstellung öffentlicher Förderungen zu erreichen. Gezielte Hasskampagnen führen zu Attacken auf Webseiten der Initiativen.

Besonders bedrohlich werden sie, wenn persönliche Daten von Mitgliedern der Zivilgesellschaft veröffentlicht werden (sogenanntes Doxing). Auch „Kontrollbesuche“ zur Einschüchterung sind Teil der rechtsradikalen Strategie im Umgang mit politischen Gegnern.

## Negativkampagnen und parlamentarische Anfragen als Strategie

Rechtsradikale Abgeordnete der AfD sind mit materiellen Ressourcen und Kontroll-, Informations- und Auskunftsrechten ausgestattet, die sie systematisch nutzen, um die Zivilgesellschaft unter Druck zu setzen. Gezielte, zum Teil persönliche Negativkampagnen gehören zur Strategie. Frauen erleben zusätzlichen Druck, da die Kampagnen häufig sexistisch aufgeladen sind. Dazu werden Träger in Kleinen und Großen Anfragen[47], in Enquete-Kommissionen[48], parlamentarischen Fragestunden[49] oder kommunalen Gremien problematisiert. Häufig geäußerte Vorwürfe sind vermeintliche Verstöße gegen die Neutralitätspflicht oder den Datenschutz, der Verdacht der Veruntreuung/Bereicherung und die Forderung nach Überprüfung durch den Rechnungshof und das Finanzamt bzw. die Infragestellung der Gemeinnützigkeit.[50]

Neben eher formalen Vorwürfen werden auch Inhalte und Aktivitäten der Träger zum Gegenstand der Angriffe gemacht. So wird nach Veranstaltungsorten und inhaltlicher Ausrichtung ebenso gefragt wie nach Referent*innen, Mittelherkunft und -verwendung oder die ideologische Überprüfung der Angestellten gefordert. Hierbei wird versucht, das Engagement der Vereine und NGOs als linksextrem zu stigmatisieren und die Arbeit der Vereine zu blockieren. So hat die Berliner AfD-Fraktion im August 2017 im Abgeordnetenhaus eine Anfrage mit dem Titel „Linksextremistische Netzwerke in Berlin“ eingereicht. Die Anfrage enthielt 129 Fragen zu personellen und finanziellen Verbindungen einer willkürlichen Auswahl von 40 Organisationen – vom Sportverein bis zur Gewerkschaft. Noch direkter werden die Angriffe dort, wo Rechtsradikale Teil der Verwaltung auf kommunaler Ebene sind, beispielsweise in der Hauptstadt, wo AfD-Mitglieder Bezirksämter leiten.

Selbst wenn die betroffenen Initiativen jeden Vorwurf noch so gründlich entkräften, hören rechtsradikale Akteure wie die AfD nicht auf, diese gebetsmühlenartig zu wiederholen. Das führt unter Umständen dazu, dass sich Träger in einem ständigen „Abwehrkampf“ befinden. Dies bindet Ressourcen und verunsichert Mitarbeitende bis in den privaten Bereich hinein. Das verdeutlicht: Die Abwehr gegen rechtsradikale Angriffe ist immer auch ein Kampf für den demokratischen Diskurs.

Der Verein **Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.** leistet seit 19 Jahren unverzichtbare Arbeit: Er unterstützt Betroffene rechter Gewalt, unterhält ein umfassendes Bildungsangebot und vernetzt zivilgesellschaftliche Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus. In mehreren Berichten thematisierte der Verein die Verflechtungen der AfD mit der rechtsextremen Szene und geriet so ins Visier der Partei. Die AfD geht den Verein seitdem massiv an, versucht ihn mundtot und handlungsunfähig zu machen. Durch Anfragen der Landtagsfraktion versucht die Partei, den Verein in die Nähe des verfassungsfeindlichen Linksextremismus rücken. Im Juni 2018 beantragte die Fraktion, Miteinander e.V. die staatlichen Fördermittel zu entziehen. Doch demokratische Initiativen zeigten sich solidarisch und unterstützten den Verein im Oktober 2018 mit einem öffentlichen Appell und großflächigen Werbetafeln in Magdeburg. Über 40 Organisationen unterzeichneten den Aufruf zur Solidarität und machten klar: Der Angriff auf Miteinander e.V. ist ein Angriff gegen die gesamte demokratische Gesellschaft und geht alle an!

### Rechtliche Auseinandersetzungen mit der AfD

Mit der Verankerung der AfD auf lokaler und kommunaler Ebene bleiben juristische Auseinandersetzungen nicht aus. Beispielsweise musste der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick die Ankündigung einer AfD-kritischen Veranstaltung von seiner Homepage löschen. Das Verwaltungsgericht sah es als erwiesen an, dass die Grenze zur unzulässigen Einwirkung auf die Willensbildung des Volkes auch im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen überschritten sei. An dieser Stelle kann keine juristische Beratung angeboten, aber zumindest auf eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (WD 3 – 3000 – 193/15) zu den verfassungsrechtlichen Grenzen der finanziellen Förderung am Beispiel von Initiativen gegen Rechtsextremismus hingewiesen werden. Die Ausarbeitung misst der Meinungsfreiheit einen sehr hohen Stellenwert bei. Als wichtige Stichworte für die Auseinandersetzung mit Parteien werden die besondere Bedeutung der Ausgewogenheit, die rechtsstaatliche Distanz und die gebotene Sachlichkeit betont. Das Grundgesetz schließt den Auftrag zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche Ordnung mit Mitteln des Rechtsstaates ein.

Das bedeutet: Aussagen sollten sachlich, fundiert und ausgewogen sein. Demonstrations- oder Wahlaufrufe können wertebezogen formuliert werden, z.B. für Demokratie und gegen Rechtspopulismus. Vermeiden sollten geförderte Projekte dagegen ausschließende oder handlungsanweisende Aussagen gegenüber einzelnen Parteien. Die Neutralitätspflicht, der staatlich geförderte Projekte und indirekt auch ihre Trägerinstitutionen in bestimmten Grenzen unterliegen, findet insbesondere zu Wahlkampfzeiten verstärkte Anwendung. Insofern können juristische oder fördertechnische Gründe nur bedingt angeführt werden, um eine Auseinandersetzung mit problematischen Positionen einer Partei zu unterbinden.

# Handlungsempfehlungen für eine lebendige Zivilgesellschaft

## Leitbild erstellen oder anpassen

Viele Organisationen haben ein Leitbild. Dieses gilt es zu überprüfen: Ist es klar und eindeutig (keine Floskeln!), sodass es für den Umgang mit der AfD herangezogen werden kann? Muss es den aktuellen Herausforderungen angepasst werden? Existiert kein Leitbild, sollte eines entwickelt werden, am besten gemeinsam mit der Belegschaft und externen Berater*innen, etwa von den Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus oder der Amadeu Antonio Stiftung. Wichtig: Das Leitbild muss im Einklang mit der Satzung stehen. Wenn beispielsweise beschlossen wird, dass niemand ehren- und hauptamtliche Funktionen im Verband ausüben kann, die und der gleichzeitig öffentlich für Parteien oder Organisationen aktiv ist, die Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung vertreten, muss das durch die Satzung gedeckt sein – sonst muss diese angepasst werden.

## Satzung überprüfen

Es sollte überprüft werden, ob die eigene Satzung den aktuellen Herausforderungen gewachsen ist. Eine dort verankerte Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ermöglicht klare Positionierungen und Handlungen gegen menschenverachtende Einstellungen.

## Interne Fortbildungen

Vielfach gibt es große Unsicherheiten im Umgang mit der AfD. Und in Bezug auf die Sensibilität gegenüber Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und anderen Ungleichwertigkeitsideologien gibt es oft große Unterschiede innerhalb einer Belegschaft. Daher sollten interne Fortbildungen angeboten werden – etwa zu Strategie und Inhalten der AfD, eigenen Umgangsmöglichkeiten damit, Argumentationstrainings, Öffentlichkeitsarbeit, Bewältigung von Shitstorms, rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, aber auch allgemein zu Ungleichwertigkeitsideologien etc. Regelmäßig sollten Bedarfe zu Fortbildungen intern abgefragt werden.

## Eigene Strategie zum Umgang mit rechtsradikalen Akteuren entwickeln und in einer verbindlichen Handlungsanleitung festhalten

Die Erarbeitung einer Strategie für den Umgang mit der AfD sollte mit externen Expert*innen erfolgen. Sie sollte in Form einer Handlungsanleitung konkrete Verhaltensregeln für die eigene Organisation festhalten, bspw.:

- Teilnahme an Diskussionen, zu denen auch die AfD eingeladen ist?
- Umgang mit Einladungen der AfD, z.B. als Expert*in bei Ausschusssitzungen
- Presseverteiler: Werden rechtsradikale Abgeordnete aufgenommen?
- Werden Abgeordnete der AfD zu eigenen Veranstaltungen eingeladen oder nur diejenigen, die im zuständigen Ausschuss sitzen? Oder lädt man generell keine AfD-Abgeordneten ein?
- Stellt man sich für gemeinsame Fotos mit AfD-lern zur Verfügung?
- Wie betitelt man die AfD in der Pressearbeit?
- …

Wichtig ist, dass die Handlungsanleitung verbindlich für die ganze Organisation ist, damit es nicht innerhalb der eigenen Organisation unterschiedliche Strategien oder Verhaltensweisen gegenüber der AfD gibt.

Es sollte einen internen Austausch innerhalb der eigenen Organisation über Angriffe geben, also über:

- gestellte Anträge
- genutzte Strategien
- besetzte Themen
- betriebene Öffentlichkeitsarbeit

Auch sollten solche Angriffe gegen die eigene Organisation, wie denunziatorische Presseerklärungen, Aussagen oder ebensolche parlamentarische Anfragen, dokumentiert und die eigene Strategie in regelmäßigen Abständen daraufhin überprüft werden, ob sie noch zeitgemäß ist oder angepasst werden muss. Insbesondere größere Organisationen sollten dafür Ressourcen bereitstellen und kompetente Personen benennen, die dafür zuständig und ansprechbar sind.

## Mit Negativkampagnen umgehen

Auch wenn die Vorwürfe Rechtsradikaler oftmals ohne Grundlage sind, können sie das öffentliche Bild einer Organisation unter Umständen negativ beeinflussen. Deswegen ist es sinnvoll, angemessen auf die Vorwürfe und Negativkampagnen zu reagieren. Das umfasst in der Regel die Veröffentlichung einer Klarstellung und eine Entkräftung der Vorwürfe auf den Social Media-Kanälen. Auch ist es hilfreich, Spender*innen und Verbandsmitglieder frühzeitig über den Hintergrund einer Negativkampagne zu informieren. In schwerwiegenden Fällen ist eine Einordnung der Vorwürfe durch ein externes Gutachten ein wirkmächtiges Mittel der Entkräftung.

## Öffentliche Förderung und Neutralitätsdiskussion

Laut Art. 3 Abs. 1 und Art. 21 Abs. 1 GG muss der Staat die Chancengleichheit politischer Parteien garantieren. Dieser wichtige Grundsatz wird von der AfD dazu genutzt, Druck auf Verbände und NGOs auszuüben. Dem ist zu entgegnen:

- NGOs dürfen ihre Meinung zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen frei äußern. (Art. 5 Abs. 1 GG)
- Für Staatsorgane gilt das parteipolitische Neutralitätsgebot – staatlich geförderte NGOs sind juristisch keine staatlichen Organe!

Wissenschaftliche Gutachten der Landtage in Brandenburg, Berlin und des Bundestags belegen rechtlich einwandfreie Handlungen der Vereine und Initiativen in ihrem Umgang mit der AfD.

Daher ist Organisationen anzuraten, sich intensiv mit dem aktuellen rechtsradikalen Auftreten der AfD auseinanderzusetzen – um die eigenen Inhalte in einer veränderten gesellschaftlichen Situation weiterhin gut herausstellen zu können, um in der Lage zu sein, sich gegen Angriffe zu verteidigen, aber auch, um innerhalb der Organisation Sicherheit im Umgang mit der AfD und deren Positionen zu vermitteln.

Prof. Dr. Friedhelm Hufen, Professor für Öffentliches Recht – Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Mainz, kommt zu dem Schluss: „Privaten Trägern kommen selbst Grundrechte zu, die nicht durch überzogene Neutralitätsanforderungen beeinträchtigt werden dürfen.“ Diese legt er in einem ausführlichen Artikel unter dem Titel **„Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot“** dar, zu finden in: Füssel, Hans-Peter et al. (Hrsg.): Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung. Heft 2, 2018.

## Vorwürfe zur Gemeinnützigkeit entkräften

Viele Organisationen sind in ihrer Finanzierung auf die steuerlichen Vorteile angewiesen, die mit der Gemeinnützigkeit einhergehen. Gerade deshalb stellen Rechtsradikale gezielt und öffentlich die Gemeinnützigkeit von Organisationen, die sich politisch positionieren, infrage. Eine Organisation „verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“ – so heißt es in § 52 der Abgabenordnung. Die Förderung des demokratischen Staatswesens ist dabei explizit als Förderung der Allgemeinheit anerkannt. Wichtig für die Gemeinnützigkeit ist, dass die konkreten Tätigkeiten einer Organisation zu den gemeinnützigen Aufgaben ihrer Satzung passen. Die Satzung sollte deshalb sorgfältig darauf überprüft werden, ggf. gemeinsam mit einer Steueranwältin.

## Datenschutz ernst nehmen

Seit dem 25. Mai 2018 gilt die neue DSGVO, die umfassende Bestimmungen zum Datenschutz vorsieht. Diese Bestimmungen verlangen einen sparsamen und nachvollziehbaren Umgang mit personenbezogenen Daten, der ausführlich dokumentiert werden muss. Die eigene Organisation sollte regelmäßig auf die Einhaltung der Datenschutzstandards überprüft werden.

Datenschutz ist auch wichtig für den Schutz der eigenen Mitarbeiter*innen. Vor der Veröffentlichung von Informationen ist stets zu überprüfen, ob diese schutzbedürftig sind. Wenn bspw. die Namen der Mitarbeitenden nicht veröffentlicht werden, verringert das die Wahrscheinlichkeit, dass diese zum Gegenstand von Negativkampagnen werden. Auch ist es sinnvoll, Abrechnungen so zu gestalten, dass Privatadressen nicht sichtbar sind.

## Positionierung

Als Organisation agiert man im gesellschaftlichen Kontext. Andere Organisationen, aber auch Einzelpersonen achten darauf, ob und wie man sich positioniert. Eine klare Haltung gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus hilft im eigenen Umgang mit eben diesen menschenverachtenden Einstellungen, bestärkt aber auch andere in ihrem Umgang.

## Vernetzung

Austausch und Vernetzung sind hilfreich im Umgang mit der AfD und rechtsextremen Akteuren. Dies kann auf den eigenen Sozialraum, das eigene Themenfeld beschränkt sein oder auch darüber hinausgehen. Vernetzung hilft, die eigene Strategie zu reflektieren, Erfahrung und Wissen auszutauschen und sich zu bestärken und bringt zudem die Gewissheit, ein solidarisches Netzwerk hinter sich zu haben.

## Solidarität nach innen und außen

Wenn innerhalb der Organisation Personen angegriffen werden oder andere Organisationen einem rechtsextremen Shitstorm ausgesetzt sind, ist Solidarität gefragt – sowohl individuell als auch durch die Gesamtorganisation. Solidarische Äußerungen sollten möglichst öffentlich getätigt werden. Gleichwohl sind nicht-öffentliche Solidaritätsbekundungen ebenfalls wichtig und stärkend, insbesondere dann, wenn einzelne Personen Ziel der Angriffe wurden.

## Zivilgesellschaftliche Organisationen beziehen Position gegen Rechtsradikalismus

- Viele Organisationen positionieren sich bereits eindeutig und öffentlichkeitswirksam. So hat der Paritätische Gesamtverband unter dem Titel „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren“ klar Stellung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und die AfD bezogen: www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/positionierung-des-paritaetischen-zu-rechtsextremismus-und-politik-der-afd.

- Auch der Arbeiter-Samariter-Bund begründet seine Ablehnung von Geschäftsbeziehungen mit der AfD in einer öffentlichkeitswirksamen Erklärung: www.asb.de/news/asb-erste-hilfe-kurs-fuer-afd.

- Nach einer missbräuchlichen Verwendung des Logos des WEISSEN RINGs durch einen Ortsverband der AfD erklärte dieser: „Das, wofür die AfD mittlerweile steht, ist mit unserem Verhaltenskodex für die Opferhilfe nicht zu vereinbaren.“ Im Zuge dessen beschloss der Bundesvorstand, künftig keine Spenden der Partei anzunehmen und „dass künftig niemand ehren- und hauptamtliche Funktionen im WEISSEN RING ausüben kann, der gleichzeitig öffentlich für Parteien oder Organisationen aktiv ist, die Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vertreten“: www.weisser-ring.de/media-news/meldungen/15-09-2018-0.

- Greenpeace hat unter dem Titel „Gegen Ausgrenzung – für eine offene Gesellschaft“ ein 10-seitiges Positionspapier veröffentlicht, in dem die Organisation erklärt, warum ihre Arbeit mit den Positionen der AfD unvereinbar ist: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-position_zur_partei_afd_21.06.17_0.pdf.

- Deutliche Worte findet auch die Herrnhuter Brüdergemeinde: „Angesichts dessen, dass heute grundlegende Werte in Europa auf dem Spiel stehen, können wir als Leitung der Evangelischen Brüder-Unität nicht schweigen.“ www.ebu.de/fileadmin/media/Dokumente/Erklaerung_gegen_Rechtspopulismus.pdf.

## Diffamierungskampagnen gegen Demokratieprojekte

**Beispielhafter Ablauf**

**Rechtsalternative Blogs verbreiten Falscherzählung**

**1.**
Rechtsalternative Blogs verkürzen Zitate, reißen Inhalte aus dem Zusammenhang und betten diese in gängige Hasserzählungen ein.

**Skandalisierung durch die AfD**

**2.**
Die AfD nutzt die Falscherzählung, um parlamentarische Anfragen zu stellen und weiteres Material für Skandalisierungen zu bekommen. Starke Verbreitung über Social Media.

**Boulevardpresse und vereinzelte Qualitätsmedien springen auf**

**3.**
Etablierte Medien greifen die Falscherzählung auf. Verkürzte Darstellungen und diffamierende Verzerrungen werden reproduziert - weitere Eskalation.

**Eskalation zum Hatestorm**

**4.**
Die Diffamierungskampagne erreicht ihren Höhepunkt und entlädt sich in unzähligen Hass-E-Mails und Online-Kommentaren, teils mit gezielten persönlichen Angriffen, die oftmals sexistisch aufgeladen sind, bis hin zu Mord- und Anschlagsdrohungen.

© Amadeu Antonio Stiftung

# Antifeminismus und Angriffe auf die Gleichstellung

Die AfD wird in der Öffentlichkeit vor allem als rassistische, flüchtlings- oder islamfeindliche Partei gesehen. Ihre antifeministische, sexistische, homosexuellen- und trans*feindliche Politik wird hingegen wenig wahrgenommen und thematisiert. Dies gibt der AfD die Möglichkeit, ohne großen Widerspruch ihre menschenfeindlichen Positionen im scheinbar harmlosen Kontext der Geschlechter- und Familienpolitik zu äußern und diese so zu normalisieren.

## Verständnis von Familien- als Bevölkerungspolitik

Familien- und geschlechterpolitische Maßnahmen begreift die AfD grundsätzlich als Bevölkerungspolitik. Grundlage hierfür ist die Annahme einer biologischen Zweigeschlechtlichkeit. Hieraus werden im Bundestagswahlprogramm der AfD „naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ abgeleitet, aus denen wiederum eine Geschlechterordnung resultiert, in der Männer und Frauen verschiedene Rollen und gesellschaftliche Positionen zugewiesen bekommen. Diese Geschlechterordnung sieht eine heterosexuelle, reproduktive Beziehung zwischen Mann und Frau und ein traditionelles Verständnis von Familie vor, bestehend aus Vater, Mutter und Kind(ern). Ziel der AfD ist eine aktivierende Familienpolitik, um „das deutsche Volk“ vor dem vermeintlichen Aussterben zu bewahren. Gleichzeitig soll der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern bekämpft werden, um eine angenommene „Überfremdung“ zu verhindern. Dazu setzt die AfD, unter anderem in ihrem Bundestagswahlprogramm, ein „kinderarmes Europa“ in Opposition zu einer rassistischen Interpretation von Afrika, in dem die Bevölkerungszahlen explodieren würden. Sie spinnt dieses rassistische Narrativ weiter und sieht als Folge eine zwangsläufige Migrationsbewegung nach Europa, der sie durch Abschottung an den staatlichen Außengrenzen begegnen will. Als weitere Maßnahme schlägt die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm vor, das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend in ein „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“ umzuwandeln.

*Die AfD instrumentalisiert frauenpolitische Themen für ihren Rassismus.*

Die AfD setzt auf ein exklusives, vermeintlich traditionelles Familienbild und lehnt es ab, „den Sinn des Wortes ‚Familie' in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen"[51]. Die Familienpolitik der AfD richtet sich ebenfalls gegen „Einelternfamilien", womit überwiegend alleinerziehende Frauen gemeint sind. Für die Bedürftigkeit, die aus „Einelternfamilien" resultiere, hafte dem AfD-Wahlprogramm zufolge die Solidargemeinschaft.[52]

Zur Bevölkerungspolitik der AfD gehört, dass Familien von LSBTIQ* abgelehnt werden.[53] Homo- und trans*feindliche Diskriminierungen zeigen sich auch in öffentlichen Äußerungen von AfD-Politiker*innen: Der Abgeordnete Andreas Gehlmann forderte im Landtag Sachsen-Anhalt Gefängnisstrafen für Homosexualität.[54] Corinna Herold von der AfD Thüringen wollte im Landtag wissen, wie viele Homo-, Bisexuelle und Trans*personen im Bundesland leben und warum sie „besonders schutzbedürftig" seien.[55] Gleichwohl gibt es offen homosexuell lebende AfD-Politiker*innen und einige wenige offen transsexuell lebende AfD-Politiker*innen, die sich als Untergruppe der Partei formieren.[56] Sie leugnen die Homofeindlichkeit innerhalb der Partei und vertreten häufig die Position, die eigene sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität sei etwas Privates. Gleichstellung von LSBTIQ* findet nur dann Erwähnung, wenn sie von „äußeren Feinden", etwa „dem Islam" oder Asylsuchenden, als bedroht erachtet wird. So wurde die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben im Oktober 2017 von der Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alice Weidel als unwichtig abgetan, während sie gleichzeitig ein rassistisches Untergangsszenario heraufbeschwor: „Ehe für alle, während das Land islamisiert wird."[57]

Ferner spricht sich die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm gegen eine Modernisierung der Sexualaufklärung an Schulen aus, durch die Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fächerübergreifend behandelt werden sollen. Eine Sexualpädagogik der Vielfalt wird als „Frühsexualisierung" und „unzulässiger Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder" abgelehnt.

## Positionen gegen Gleichstellungsarbeit und Frauen und Geschlechterforschung

In den Positionen zu Gleichstellungspolitiken sowie zur Frauen- und Geschlechterforschung spiegeln sich die vielfaltsfeindliche Geschlechterordnung und das dazugehörige Familienbild wider. Im Bundestagswahlprogramm heißt es dazu: „Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz [...]".[58] Unter dem Begriff „Gender-Ideologie" werden Frauen- und Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitiken sowie (queer-)feministische Bewegungen und Aktivitäten zusammengefasst und als ideologische Phänomene zu diskreditieren versucht.[59]

Geschlechterforschung bezeichnet die AfD als unwissenschaftlich und fordert die Abschaffung von „Gender-Professuren"[60] und Gleichstellungsbeauftragten, deren Tätigkeiten sie als „Steuerverschwendung" deklariert. Darüber hinaus wurden wiederholt Anträge zur Abschaffung von geschlechtergerechter Sprache gestellt.[61]

Angriffe auf Gleichstellungspolitiken und -maßnahmen wie Gender Mainstreaming finden sich mittlerweile auch im Bundestag. Dort hielt Nicole Höchst eine Rede anlässlich des Weltfrauentages und diffamierte Gleichstellungspolitik als „Gleichstellungstotalitarismus"[62]. Strukturelle Benachteiligungen, etwa eine geringere Entlohnung oder ein geringerer Anteil von Frauen in Führungspositionen, werden geleugnet: Das sei „wie ein Yeti. Alle reden von ihm, keiner hat ihn je gesehen."[63]

*Internationaler Frauentag 2018: Demonstrationsteilnehmer*innen positionieren sich gegen die radikale Rechte. © imago images/IPON*

## Vereinnahmung feministischer und frauenpolitischer Themen

Eine weitere Strategie der AfD ist es, gleichstellungs- und geschlechterpolitische Themen mit rassistischen Stereotypen zu verschränken. Frauenrechte und feministische Anliegen, z.B. (sexualisierte) Gewalt an Frauen, werden nur dann thematisiert, wenn sie rassistisch instrumentalisierbar sind.[b] „Gewalt gegen unsere Frauen und Kinder“ ist ein zentrales Mobilisierungsthema für rechtspopulistische, rechtsradikale und rechtsextreme Akteure. Das zeigen nicht nur Beispiele wie der „Marsch der Frauen“ (Berlin) oder das „Frauenbündnis Kandel“[c]. Politiker*innen der AfD sind in solchen Mobilisierungen in die Organisation und Bewerbung sowie als Redner*innen eingebunden.[64]

## Reproduktive Rechte und Nähe zu Lebensschützer*innen

Unter dem Slogan „Willkommenskultur für Kinder“ sollen laut Wahlprogramm das Recht auf Selbstbestimmung sowie Reproduktionsrechte von Frauen eingeschränkt werden. So sollen bspw. Schwangerschaftsabbrüche verringert werden. Dies zeigt sich z.B., wenn der AfD-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz Uwe Junge Pro Familia, die zu Sexualpädagogik und Familienplanung arbeiten und Schwangerschaftskonfliktberatungen anbieten, als „Abtreibungsverein“[65] diffamiert. In einer Bundestagsdebatte macht die AfD-Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel Schwangerschaftsabbrüche indirekt mitverantwortlich für die „demografische Katastrophe“, die Deutschland drohe.[66] Unterstützung erhält die AfD durch Verbindungen zu rechtskonservativen, fundamentalchristlichen und antifeministischen Netzwerken, die sich unter anderem auch beim „Marsch für das Leben“ engagieren. Beatrix von Storch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, sowie ehemalige AfD-Politiker*innen wie Anette Schultner (ehemals Christen in der AfD, heute Die blaue Partei) und Steffen Königer (ehemals AfD-MdL Brandenburg, Ende 2018 ausgetreten) demonstrierten mehrfach beim „Marsch für das Leben“ mit.[67]

[b] http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19007.pdf, S. 585. Mehr zum Thema finden Sie in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Das Bild des „übergriffigen Fremden“. Warum ist es ein Mythos? Berlin, 2016.

[c] Hintergrund des Frauenbündnisses Kandel war der Mord an einer 15-jährigen Schülerin durch ihren Ex-Freund, einen syrischen Geflüchteten. Das Bündnis wurde von Marco Kurz, Gründer der rechtsextremen verschwörungstheoretischen Bewegung „Der Marsch 2017“, ins Leben gerufen. Siehe: https://www.rheinpfalz.de/lokal/landau/artikel/rechte-szene-hofft-auf-kandel-effekt.

# Gegenstrategien: Geschlechterpolitik der Vielfalt

## Familien- und Geschlechterbilder analysieren und problematisieren

Die familien- und geschlechterpolitischen Positionen der AfD richten sich gegen die Lebensrealitäten vieler Menschen. In einem ersten Schritt muss dafür sensibilisiert werden, welche antifeministischen Positionen die AfD in Wahlprogrammen, Redebeiträgen und öffentlichen Verlautbarungen oder auf ihren Social-Media-Auftritten vertritt. Diese müssen dahingehend analysiert werden, welche Folgen sich daraus für welche Zielgruppen ergeben. Die Positionen der AfD können so anhand eigener Positionen geprüft und aus Sicht eines Verbandes oder Arbeitsfelds aufbereitet werden.

- Die BAG Kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hat in Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung die Studie **„Antifeminismus als Demokratiegefährdung. Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“** herausgegeben, die Antifeminismus und Angriffe auf Gleichstellungsarbeit durch die AfD und weitere rechtsradikale Akteure analysiert: www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefaehrdung.pdf.

- Die Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Rechtspopulismus und Frauen in Europa **„Triumph der Frauen – The Female Face of the Far Right in Europe“** analysiert und vergleicht geschlechterpolitische Positionen extrem rechter politischer Akteure in Deutschland, Ungarn, Österreich, Polen und Schweden: https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14630.pdf.

## Nicht auf Instrumentalisierungen hereinfallen – sexualisierte Gewalt ist ein gesamt gesellschaftliches Problem

Das Thema sexualisierte Gewalt emotionalisiert und ist als Gewalt an „unseren Frauen“ bzw. „unseren Kindern“ für die extreme Rechte, moderne Rechtsradikale und Rechtspopulist*innen enorm mobilisierungsstark. Grundsätzlich werden hier Frauenrechte und sexualisierte Gewalt nur angesprochen, wenn vermeintliche oder tatsächliche Täter Nicht-Deutsche sind. Auch wenn es zunächst mehr öffentliche Aufmerksamkeit für ein Thema bringt, die es zweifellos dringend braucht: Wer die Herkunft von Tätern und Opfern zur Grundlage für eine Ungleichbehandlung nimmt, wer rassistisch pauschalisiert, wer vor sexualisierter Gewalt weißer Männer die Augen verschließt und als „Lösung“ eine restriktive Asylpolitik einfordert, anstatt Frauenförderinstrumente zu stärken, kann kein Bündnispartner sein.

### Es braucht ein inklusives Verständnis von Familie

Die AfD verfolgt eine exklusive Familienpolitik, die wenige fördern will und viele benachteiligt. Dieser exklusiven Auffassung von Familien muss ein inklusives Verständnis entgegensetzt werden. Der Deutsche Frauenrat schreibt dazu: „Familie ist unabhängig von der Rechtsform, auf der sie begründet ist, überall da, wo Menschen in einer auf Dauer angelegten und/oder von Verantwortung getragenen Beziehung miteinander leben.“ Für die Parität Baden-Württemberg umfasst Familie „alle Formen des privaten Zusammenlebens, wo Menschen füreinander einstehen“, ganz ähnlich wie für das Zukunftsforum Familie: „wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Die genannten Beispiele spiegeln eine gelebte Realität in Deutschland wider, die den Positionen der AfD diametral entgegensteht.

## Ausgrenzung und Diskriminierung benennen, für Lebensrealitäten sensibilisieren und demokratischen Umgang einfordern

Werden Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihrer Lebensweise oder Identität abgewertet, ist es wichtig zu intervenieren, auf die Regeln eines demokratischen Miteinanders zu verweisen und diese einzufordern. Das gilt insbesondere für sexistische Beschämungen und geschlechtsbezogene Hate Speech. Davon sind vor allem Frauen und andere betroffen, die nicht ins heteronormative Bild der AfD passen.

Eine Expertise des Vereins **Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern** ist die erste umfangreiche Studie zum Thema Homo- und Trans*feindlichkeit für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Sie bietet einen Einblick in Alltagserfahrungen von Lesben, Schwulen und Trans* und legt eine Vielzahl von Diskriminierungserfahrungen, aber auch Widerständigkeiten und Gegenstrategien der Betroffenen dar. Aus dieser Arbeit entstand die Ausstellung „Wir* hier! Lesbisch, schwul und trans* zwischen Hiddensee und Ludwigslust“, die LSBTIQ*-Lebenswege für die Öffentlichkeit sichtbar macht: www.un-sichtbar-mv.de/ausstellung.

## Solidarität zeigen und sich positionieren

Es ist wichtig, antifeministische und vielfaltsfeindliche Positionen der AfD zu entlarven, sie eindeutig zu benennen und sich dagegen zu positionieren. Angriffe auf Gleichstellung, sexuelle Vielfalt und Aufklärung sind solidarisch zurückzuweisen. Auch und gerade in diesem Themenfeld gilt es zu verdeutlichen, dass die Menschen- und Grundrechte des Zusammenlebens und eine vielfältige, offene Gesellschaft nicht verhandelbar sind: Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitiken sowie (rechtliche) Errungenschaften der Frauenbewegungen sind demokratische Grundwerte, die nicht zur Disposition stehen. Angriffe auf diese Werte sind Angriffe auf die Demokratie. Dabei ist es wichtig, Betroffene ernst zu nehmen, sie einzubeziehen und ihnen Gehör zu verschaffen. Mit breiten Bündnissen und Netzwerken wird ein wichtiges Signal gesetzt – für demokratische Werte, für die Rechte von Frauen und LSBTIQ* und für eine Solidarisierung mit Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt.

Wenn Sie bei antifeministischen und gegen die Gleichstellung gerichteten Angriffen Unterstützung brauchen, hierzu Fortbildungen oder Informationsveranstaltungen vor Ort organisieren wollen, können Sie sich an die **Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus** der Amadeu Antonio Stiftung wenden. Wir unterstützen Sie gern mit Rat und Tat und soweit möglich bei der Vermittlung lokaler Partner*innen und Anlaufstellen oder Referent*innen.

Telefon 030. 240 886 12
fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de

# Zur Erinnerungspolitik der AfD

## Interview mit Dr. Meron Mendel

Dr. Meron Mendel ist Pädagoge und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main und Kassel. Die Einrichtung wendet sich mit Ausstellungen, Workshops und Beratungsangeboten an Jugendliche und Erwachsene.

© Felix Schmidt

***Herr Dr. Mendel, im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ Welches Geschichtsbild will die AfD durchsetzen? Und warum?***

*Vorweg ist zu sagen, dass die deutsche Geschichtsbetrachtung keineswegs nur den Nationalsozialismus thematisiert. Mit solchen Aussagen wird absichtlich eine falsche Vorstellung verbreitet, man würde bspw. in Schulen nur über den Nationalsozialismus und die Schoah sprechen und nicht über andere Epochen. Tatsächlich aber nimmt die NS-Zeit nur einen bescheidenen Platz im Geschichtsunterricht ein. Dieser rhetorische Trick der AfD ist deswegen durchschaubar. Mit ihrer „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ scheinen sie nichts anderes als die Relativierung der NS-Verbrechen zu meinen. Die Forderung nach einem Schlussstrich ist in der Bundesrepublik schon seit Anfang der Fünfziger immer wieder zu hören – nicht immer ausschließlich von rechts getragen, wie die Rede von Martin Walser in der Paulskirche zeigt. Dennoch: Bei der AfD wird sie zum ersten Mal von der drittstärksten Kraft im Bundestag offiziell getragen.*

***Führende Politiker der AfD erklären den Nationalsozialismus zum „Vogelschiss“ und das Holocaustmahnmal zum „Denkmal der Schande“. Trotzdem wird die Partei in alle Landtage gewählt und schneidet in bundesweiten Umfragen konstant hoch ab. Gibt es in Deutschland überhaupt noch einen erinnerungspolitischen Konsens?***

*Innerhalb der historischen Forschung gibt es den natürlich – nicht jedoch innerhalb der Gesamtgesellschaft. Tatsächlich ist fraglich, ob es den jemals gegeben hat. Der Unterschied ist: Extreme geschichtsrevisionistische Positionen hatten abseits der Stammtische keine Chance, heute werden sie selbstbewusst in die Öffentlichkeit getragen. Studien zur Erinnerungspolitik zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung schon seit Langem geschichtsrevisionistische Ideen hegt. Die AfD spricht nur aus, was die meisten immer schon gedacht haben.*

***Björn Höcke fordert eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Wie können Einrichtungen der historisch-politischen Bildung und Gedenkstätten sich Vereinnahmungsversuchen durch extrem rechte Politiker*innen entziehen?***

In Wiesbaden haben sich mehrere AfD-Mitglieder jüdischen Glaubens zu einer Vereinigung zusammengeschlossen – den „Juden in der AfD“. Eine Vielzahl jüdischer Organisationen und Verbände veröffentlichte daraufhin eine gemeinsame Erklärung, in der es heißt: „Wenn Juden auf die AfD als Garant für jüdisches Leben in Deutschland angewiesen wären, wäre es um das jüdische Leben hier schlecht bestellt. Die AfD ist eine Partei, in der Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoah ein Zuhause haben.“ Die Unterzeichner*innen rufen dazu auf, sich gemeinsam und offen gegen Rassismus, Antisemitismus und völkisches Gedankengut zu engagieren: www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/pdfs/Gemeinsame_Erklaerung_gegen_die_AfD_.pdf.

*Die Forderung von Höcke würde ich nicht als Vereinnahmungsversuch interpretieren. Viel eher versucht er, Einrichtungen der historisch-politischen Bildung die Legitimität zu entziehen. Auch hier gilt es, wie bei antisemitischen und rassistischen Äußerungen, kontinuierlich dagegenzuhalten. In unserer Bildungsarbeit diskutieren wir mit Jugendlichen über solche Äußerungen und erarbeiten gemeinsam, was genau problematisch ist und was dagegen gesagt werden muss.*

***Die Stiftung der Gedenkstätte Buchenwald hat anlässlich des Holocaust-Gedenktags erklärt, Vertreter*innen der AfD seien im Rahmen von Gedenkveranstaltungen nicht willkommen, „solange sie sich nicht glaubhaft von den antidemokratischen, menschenrechtsfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Positionen in ihrer Partei distanzieren“. Björn Höcke hat bei Veranstaltungen sogar Hausverbot. Ist ein solcher Ausschluss eine angemessene Maßnahme oder müssen Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten mit allen im Dialog bleiben?***

**„Wir müssen aus dem Drehbuch ausscheren, das diese Gruppen bei ihren inszenierten Eskalationen verwenden.“**
Dr. Meron Mendel

*Die Entscheidung der Stiftung der Gedenkstätte Buchenwald kann ich gut nachvollziehen, denn Gedenkveranstaltungen sind keine Dialogprojekte. Sie dürfen nicht durch die Anwesenheit von Leuten wie Björn Höcke ins Absurde gezogen werden. Bildungseinrichtungen wie die unsere haben jedoch einen anderen Auftrag als Gedenkstätten: Hier arbeiten wir mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei sind immer wieder rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Einstellungen zu hören. Dagegen zielen die Konzepte unserer Bildungsarbeit.*

***Aus der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen wurde ein Fall bekannt, in dem eine AfD-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis von Alice Weidel durch geschichtsrevisionistische und antisemitische Aussagen auffiel. Wie bereiten Sie Referent*innen auf den Umgang mit Ressentiments, antisemitischen oder verschwörungstheoretischen Aussagen durch Besucher*innen vor? Sollen sie auf Provokationen eingehen? Dürfen sie abbrechen?***

*Das ist unterschiedlich. Zum einen sind wir kein authentischer Erinnerungsort. Viele Gedenkstätten sind zugleich auch ein Friedhof, wo Menschen in grausamer Art und Weise ermordet wurden. Da verpflichtet der Respekt gegenüber den Opfern, solche Szenen sofort zu unterbinden. Bei pädagogischen Maßnahmen der historisch-politischen Bildung, wie bei uns in der Bildungsstätte Anne Frank, werden unsere Mitarbeiter*innen unter anderem auf solche Situationen vorbereitet.*

*Hierbei geht es schließlich um Bildung: Es kann gelernt und verlernt werden. Gleichzeitig ist es aber wichtig zu sagen, dass man sich auf einige Diskussionen grundsätzlich nicht einlassen darf, um nicht rechte Argumentationsstrategien zu bedienen. In Extremfällen können Seminare oder Ausstellungsbesuche auch abgebrochen werden. In der Regel jedoch erleben wir, dass gerade Jugendliche, die rechte und rassistische Ideologien reproduzieren, sich irritieren lassen. Nicht jede problematische Äußerung zeugt von einem geschlossenen Weltbild.*

***Historisch-politische Bildungsarbeit wird nicht nur vor Ort verächtlich gemacht, sondern auch in Sozialen Medien. Wie gehen Sie mit Angriffen über Soziale Netzwerke um?***

*Wenn wir den Eindruck haben, dass eine vernünftige Antwort möglich ist, bieten wir natürlich einen Dialog an. Viel öfter aber werden wir Opfer koordinierter Attacken rechter Netzwerke, bei denen sich jede Diskussion erübrigt. Hier muss man aufpassen, aus dem Drehbuch auszuscheren, das diese Gruppen bei ihren inszenierten Eskalationen verwenden.*

***Sich mit Hinterlassenschaften wie Dokumenten, Bildern, privaten Briefen, Tagebüchern von Täter*innen oder Opfern des Nationalsozialismus zu beschäftigen: Wie kann das helfen, junge Menschen gegen gegenwärtige Formen von Hass und Diskriminierung zu immunisieren?***

*Gerade bei jungen Menschen kann der Bezug zur Geschichte über Einzelpersonen viel bewirken. Anne Frank gilt als eine solche Person, die oft als Identifikationsfigur für Jugendliche fungiert. Das Erleben von Ausgrenzung und Hass wird durch das Tagebuch von Anne Frank persönlich. In unserem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr“ arbeiten wir auch mit anderen Biografien von Jugendlichen wie Arieh Koretz, einem Überlebenden aus Bergen-Belsen, sowie von Jugendlichen, die heute leben und Tagebuch oder einen Blog führen. Dabei ist die Botschaft: Deine Stimme zählt. Jeder kann was sagen und damit etwas gegen Hass und Diskriminierung tun.*

***Was kann die Zivilgesellschaft als ganze tun, um die Ausbreitung menschenfeindlicher Ideologien einzudämmen? Was tut sie bereits erfolgreich, wo würden Sie sich mehr Engagement wünschen?***

*Vor allem muss man Betroffene schützen und sich vor sie stellen – im realen Leben wie auch online. Artikulieren Sie Solidarität mit Betroffenen! Schlimmer als das eigentlich diskriminierende Erlebnis ist oft, dass Freunde schweigen und nichts tun. Wir müssen auch lernen, rechtes Agenda-Setting zu erkennen und entsprechende Gegennarrative zu verbreiten. Hier sind gerade die Medien gefragt. Es ist auch nicht so, als bliebe der Rechtsruck ohne Widerspruch: In fast jeder Stadt gibt es engagierte Gruppen, die Erstaunliches leisten und deren Arbeit man fördern kann.*

# Politische Bildung unter Druck: die AfD in der Kinder- und Jugendarbeit

Auf der Agenda der AfD haben junge Menschen bisher keinen prominenten Platz – im Gegenteil: Der Begriff Jugend taucht im Grundsatzprogramm der Partei vor allem im Themenfeld Kriminalitätsbekämpfung auf. Gleichzeitig ist mit massiven Konsequenzen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu rechnen, sollte die AfD mehr Einfluss gewinnen: Schon jetzt attackiert die Partei all jene, die sich kritisch gegenüber Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung verhalten. Der Satz des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier „wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt“ darf durchaus als Ankündigung von Säuberungsmaßnahmen verstanden werden, die sich auch gegen jene richten sollen, die Kinder und Jugendliche gegen Ressentiments und Vorurteile stärken und zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und Empathie befähigen wollen.

*Als Zeichen gegen eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ im Oktober 2015 spannte das Staatstheater Stuttgart ein Riesenbanner in Regenbogenfarben. © Matthias Wolf*

Einen Einblick in die Vorstellungen der AfD von Offener Kinder- und Jugendarbeit gibt die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen. Ihr „Regierungsprogramm“, das sie vor der Landtagswahl Anfang September vorgelegte, sieht zwar eine Erhöhung der Jugendpauschale und mehr Investitionen in Kinder- und Jugendarbeit vor, betont aber zugleich, dass bei allen ehrenamtlichen Projekten auf eine „ideologiefreie Gestaltung“ geachtet werden müsse. In einem Gesetzentwurf „zur Herstellung von Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb“ schreibt die sächsische AfD, dass künftig „Zuwendungen für Zwecke der staatspolitischen Meinungs- und Willensbildung, der Demokratieerziehung oder anderer Formen der politischen Bildung oder Information“ nur unmittelbar Parteien und Wählervereinigungen gewährt werden dürften. Zivilgesellschaftlichen Akteuren der Demokratieerziehung soll es verboten sein, Geld vom Bund oder ausländischen Staaten anzunehmen – tun sie es doch, droht nach dem Willen der AfD eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren.

„Die AfD ist jugendfeindlich. Sie versteht die Jugend nicht und gibt ihr nicht den Freiraum, den sie braucht“. Aufgrund der menschenverachtenden Politik der AfD und ihrer Jugendfeindlichkeit hat der Deutsche Bundesjugendring einen Unvereinbarkeitsbeschluss veröffentlicht. Das Positionspapier ist zu finden unter: www.dbjr.de/artikel/rechtspopulist-innen-entgegentreten.

Auch in verschiedenen anderen Länderparlamenten greift die AfD in Anträgen, Anfragen und Debattenbeiträgen immer wieder das Thema Demokratie und Extremismus im Kontext der Jugendbildung auf. Dabei verfolgt sie vor allem ein Ziel: Angebote, die sie als politisch missliebig empfindet, sollen am besten eingestellt werden. Die Partei pocht insbesondere auf das Gebot der politischen Neutralität und diffamiert Träger und Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit immer wieder mit unhaltbaren Unterstellungen.

Auffällig ist der Versuch, politische Bildungsarbeit mit Indoktrination gleichzusetzen. Dabei wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit bewusst unter Generalverdacht gestellt. Dass es für die Jugendsozialarbeit klare rechtliche Rahmenbedingungen gibt, zu denen eine intensivere Auseinandersetzung mit Diskriminierung und die Akzeptanz von Vielfalt gehören, leugnen die Rechtsradikalen. Sowohl im Bundestag als auch in verschiedenen Landtagen erkundigt sich die AfD immer wieder nach den Strukturen, der Arbeit und der finanziellen Ausstattung von Förderprogrammen.

Unter dem Titel „Wenn wir kommen, wird ausgemistet“, ein Zitat von Markus Frohnmaier von der Jungen Alternative, betreibt die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** eine Analyse der Bildungspolitik der AfD: www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungs-politik-der-afd-wenn-wir-kommen-wird-ausgemistet.

Ins Visier geraten dabei große Bundesprogramme wie „Demokratie leben“ ebenso wie Träger vor Ort. Immer wieder werden Streichungen in den Haushaltsplänen für entsprechende Mittel beantragt, in Beiräten unternimmt die Partei den Versuch, insbesondere die Mitspracherechte von vielfaltsorientierten Projekten und Initiativen zu minimieren. Über Anfragen und Auskunftsersuchen bindet die Partei Ressourcen der Verwaltung und erzeugt nicht selten Druck auf Mitarbeitende und Organisationen, bestimmte Angebote nicht mehr oder in einer anderen Form als bisher anzubieten. Gleichzeitig erhält die Partei aufgrund ihrer parlamentarischen Informationsrechte detaillierte Auskünfte über die Arbeit der Initiativen und Träger, bis hin zu persönlichen Daten der Mitarbeitenden.

„Die AfD steht für eine zutiefst menschenfeindliche Agenda und ein völkisches und autoritäres Weltbild. Das steht im absoluten Gegensatz zu den Zielen und Werten der Jugendverbände“, kritisiert Lisi Maier. Sie ist Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings. „Nicht nur die politischen Inhalte, auch der Politikstil der AfD ist aus unserer Sicht unvereinbar mit einer modernen, vielfältigen und jugendgerechten Gesellschaft.“

Aber die Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit beschränken sich nicht auf den wachsenden Einfluss der Partei in Gremien und Parlamenten: Darüber hinaus ist die Jugendarbeit in ihrer Alltagspraxis mit Ressentiments und Alltagsrassismen konfrontiert, die durch die AfD in weiten Teilen der Gesellschaft immer mehr zur Normalität geworden sind.

## Beispiel Chemnitz

Im September hat der neu gewählte Stadtrat über die Zusammensetzung des Chemnitzer Jugendhilfeausschusses entschieden und dabei die sechs stimmberechtigten Mitglieder der freien Träger der Jugendhilfe gewählt. Anders als bisher hat der Dachverband „Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit“ darin keinen Sitz erhalten. Somit haben die 66 Vereine, die er vertritt, in dem Gremium, das unter anderem über Angebote zur Familienförderung und finanzielle Zuwendungen für Jugendeinrichtungen entscheidet, keine Stimme mehr.

Damit sind im Ausschuss die meisten in Chemnitz aktiven Träger*innen, unter ihnen viele mit alternativer Ausrichtung, nicht mehr vertreten. Sie befürchten nun Kürzungen bzw. Streichungen von Fördermitteln für Organisationen und Vereine, die sich gegen Rechtsextremismus positionieren.

## Beispiel Döbeln

Mit dem Einzug der AfD im Mai 2019 in den Stadtrat der mittelsächsischen Kleinstadt ist die Arbeit für den Verein Treibhaus, der dort seit 20 Jahren wertvolle Jugendarbeit leistet, deutlich schwieriger geworden. Nachdem die AfD sich in einer kleinen Anfrage im sächsischen Landtag nach der Finanzierung des Vereins erkundigt und darin erfahren hat, dass Freistaat, Landkreis und Stadt ihn jährlich mit öffentlichen Fördermitteln unterstützen, macht sie gegen ihn mobil. Die Unterstellung: Der Verein nutze die Fördergelder zum „Kampf gegen den Staat“. Der Verein betont, dass seine antifaschistische Haltung sich an universellen Werten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität orientiert – und hofft, dass Landkreis und Stadt den Angriffen der AfD nicht nachgeben.

## Beispiel Bautzen

Während die Parteien auf Bundes- und Landesebene eine Zusammenarbeit mit der AfD strikt ausschließen, erodiert die strikte Abgrenzung auf den unteren Ebenen massiv. In Bautzen etwa sagt der SPD-Oberbürgermeister Alexander Ahrens, man müsse sich „im Umgang mit der AfD auf die Sachebene beschränken“, der SPD-Fraktionsvorsitzende Roland Fleischer gab zu Protokoll, die Zusammenarbeit mit der AfD sei zwar „ein Problem, aber wenn diese sozialdemokratische Themen anbringt, tragen wir sie mit“. Soziokulturelle Zentren der Stadt fürchten um ihre Zukunft.

# Interventionsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit

## Kritische Auseinandersetzung mit Programmatik, Ideologie und Themen von Rechtsradikalen

Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD und rechtsradikalen Ideologien ist für Kinder- und Jugendeinrichtungen bzw. -verbände unerlässlich. Dabei ist es wichtig, sowohl nach innen im Team als auch nach außen klar Position zu beziehen.

## Haltung zeigen

Träger*innen der Offenen Kinder- und Jugendhilfe ist anzuraten, regelmäßig das eigene Selbstverständnis zu überprüfen und zu stärken – und dies in Leitbildern und Satzungen festzuhalten. Soziale Arbeit braucht ein starkes Selbstbewusstsein: Sie ist nicht nur verwaltende Kraft innerhalb der Gesellschaft, sondern hat den Auftrag, zu gestalten. Dazu gehört, sozial rassistisch oder sexistisch ausgegrenzte Gruppen zu empowern. Dies kann nur gelingen, wenn ihre Akteure konkrete Vorstellungen von einem solidarischen und demokratischen Miteinander haben und vertreten. Diese sollten nicht nur stillschweigend unterstellt, sondern explizit formuliert werden.

Geschieht dies, kann die Zusammenarbeit mit der AfD durch die Satzung ausgeschlossen werden, bei Veranstaltungen kann über die Ausschussklausel vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden, um Menschen auszuschließen, die menschenfeindliche Positionen äußern oder für ihr Engagement in rechtsradikalen oder rechtsextremen Organisationen bekannt sind. Dies ist nicht undemokratisch, sondern ermöglicht allen, die sich durch die Präsenz von Rechtsextremen und Rechtsradikalen bedroht fühlen, angstfrei an einer Veranstaltung teilzunehmen und offen zu diskutieren.

## Den Diskurs wagen

In Räume der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden politische Debatten aus der Gesellschaft hineingetragen. Jugendarbeit nimmt Politisches zur Kenntnis und wirkt politisch. Sie sollte deshalb im Sinne demokratischer Aushandlung gestaltet werden. Pädagog*innen können Foren schaffen, um Schlüsselthemen der AfD, etwa Flucht, Asyl, Familie, Presse, Zweigeschlechtlichkeit und „Deutschsein“ in Bildungseinrichtungen zu besprechen und Gegenentwürfe zu erarbeiten, die sich an Pluralität orientieren. Im Rahmen von U18-Wahlen können Pädagog*innen mit Jugendlichen demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen in Wahlprogrammen kritisch hinterfragen und diskutieren. Strategien rechtsradikaler Gruppierungen, Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus und Antisemitismus sowie inhaltliche oder personelle Überschneidungen zwischen der sogenannten „Neuen“ Rechten, Rechtsextremen, „Pegida“ und weiteren „Gida“-Bewegungen mit der AfD können in internen Workshops von fachlich geschulten Pädagog*innen aufgezeigt werden, um gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln. Für all diese Maßnahmen gilt: Eine intensive Vorbereitung ist unabdingbar.

## Die eigenen Argumente stärken

Durch demokratiepädagogische Angebote kann Argumentationskompetenz gegen menschen- und demokratiefeindliche Ideologien gezielt gefördert werden, um Mitarbeitende wie Jugendliche on- und offline zu stärken. Durch verbale Angriffe der AfD in Parlamenten oder parlamentarische Anfragen zur Förderung sollten Projekte oder einzelne Jugendverbände sich nicht einschüchtern lassen. In schwierigen Fällen ist es sinnvoll, politische oder rechtliche Schritte einzuleiten. Die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, die es in jedem Bundesland gibt, bieten gezielte Beratung an.

Die in Berlin und Hannover ansässige „ju:an“-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung entwickelt Konzepte und Instrumente, um Antisemitismus und Rassismus zusammenzudenken und zu bearbeiten. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator*innen der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit bei der Umsetzung einer nachhaltigen antisemitismus- und rassismuskritischen Praxis.

## Solidarität leben

Die Haltung zu Demokratie, Vielfalt und Menschenrechten sollte auch nach außen getragen werden. Dabei ist es sinnvoll, Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner*innen zu ermutigen, sich als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft aktiv und offen gegen Demokratiefeindlichkeit und moderne Rechtsradikale zu positionieren.

Wenn Kinder- und Jugendeinrichtungen und -verbände sowie ihre Mitarbeiter*innen von AfD-Vertreter*innen öffentlich diffamiert und angegriffen werden, ist Solidarität gefragt. Angriffe der AfD oder anderer rechtspopulistischer und rechtsradikaler Organisationen gegen einzelne Verbände, Jugendringe oder Funktionsträger*innen müssen gemeinsam abgewehrt werden. Pres-semitteilungen, Solidaritätsbekundungen, gemeinsame öffentliche Erklärungen und der Zusammenschluss zu Bündnissen sind hierfür sinnvolle Mittel.

Wenn Jugendliche in der eigenen Einrichtung oder Kolleg*innen durch rassistische, antisemitische, frauen- oder queerfeindliche Äußerungen und Politiken betroffen sind, sind deren Wahrnehmung und Ängste ernst zu nehmen. Es gilt, als Ansprechpartner*in präsent zu sein und gemeinsam zu überlegen, welche individuellen und kollektiven Strategien im jeweiligen Fall verfolgt werden sollten und wie Empowerment generell zur Leitlinie der eigenen Arbeit werden kann.

Die in Berlin und Hannover ansässige **„ju:an"-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit** der Amadeu Antonio Stiftung entwickelt Konzepte und Instrumente, um Antisemitismus und Rassismus zusammenzudenken und zu bearbeiten. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator*innen der (Offenen) Kinder- und Jugendarbeit bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Praxis.

Berlin: Telefon 030. 240 886 15
praxisstelle@amadeu-antonio-stiftung.de
Hannover: Telefon 0511. 897 343 33
praxisstelle-hannover@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/juan-praxisstelle

## Sich Verbündete suchen

Die Strategie der AfD ist es, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe zu diskreditieren, um ihnen so perspektivisch die finanzielle Unterstützung zu entziehen. Durch Mitspracherechte der rechtsradikalen Partei auf kommunaler- oder Landkreisebene bzw. in Beiräten besteht die Gefahr, dass Projekten beispielsweise die städtische Finanzierung entzogen wird. Da aber Landes- und Bundesmittel häufig an deren Co-Finanzierung gebunden sind, kann dies existenzbedrohend sein. Es ist daher dringend anzuraten, dass die Träger den Kontakt zu Vertreter*innen des demokratischen Spektrums suchen und dort transparent über ihre Arbeit informieren, um im Fall von Angriffen und Unterstellungen nicht allein zu stehen.

„Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt: unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht(sidentität), sexueller Orientierung, Alter oder körperlicher Verfassung. Wir stehen ein für eine solidarische, inklusive und demokratische Stadtgesellschaft."

Mit diesen und weiteren klaren Worten positionieren sich Berliner Träger aus dem sozialen Bereich gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und die Politik der AfD. Über 170 Träger unterzeichneten die Erklärung und lieferten damit ein klares und öffentlichkeitswirksames Statement.

Die Erklärung ist abrufbar unter:
www.licht-blicke.org/wp-content/uploads/2018/07/18-07-16-Traegererklaerung-Unterzeichnerinnen-final-endgueltig.pdf.

# Zwischen Neutralität und Demokratiefeindlichkeit: die AfD und Schule

Demokratie muss gelernt werden. Diese Erkenntnis ist weit mehr als eine Binsenweisheit. In den letzten Jahren ist die Frage, wie Demokratie gelehrt und gelernt werden kann, besonders in den Blickpunkt gerückt. Dabei kreist die Debatte weniger um didaktische Fragen als vielmehr auch um eine durch die AfD verbreitete Angst vor einem öffentlichen Pranger. So ruft die AfD in etlichen Bundesländern dazu auf, Lehrer*innen zu denunzieren. Neutralität, so sieht sie es, bedeutet in erster Linie, eine kritische Auseinandersetzung mit der Partei zu unterlassen. Die eigens von der AfD eingerichteten Meldeportale – ein öffentlicher Pranger für Lehrkräfte – sollen diesem Wunsch der Partei Nachdruck verleihen.

## Was Neutralität für Schule und Demokratie bedeutet

Die erste Frage, die sich stellt, ist jene nach der Neutralität. Hier sieht die AfD häufig ihre Rechte als Partei verletzt und die „demokratische Meinungsvielfalt“ in Gefahr.[68] Sie inszeniert sich damit zugleich als Retterin der Demokratie.

Demokratische Bildungsarbeit, wie sie sich bspw. Kurt Edler vorstellt, der ehemalige Referatsleiter am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg, hat jedoch nichts mit parteipolitischen Fragen und Positionen zu tun. Vielmehr gehe es um grundlegende Themen wie die Menschenrechte und damit notwendigerweise um die kritische Betrachtung von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und anderen diskriminierenden Positionen[69] – unabhängig davon, ob diese von der AfD oder anderen politischen Akteuren vertreten werden. Kollidieren die Positionen der AfD mit diesen grundlegenden Rechten, ist das kein Problem des Neutralitätsgebots oder der Lehrer*innen, sondern der Partei. Die Denunziationsplattformen erfüllen demnach lediglich den Zweck, davon abzulenken.

*Im April 2019 demonstrierten Schüler*innen der Hamburger Gewerbeschule (BS18) gegen eine geplante Veranstaltung der Schule zur Europawahl, zu der auch die AfD eingeladen war. © imago images/News4HH*

Lehrer*innen, die sich in ihrem Unterricht gegen menschenverachtende Einstellungen positionieren, erfüllen ihren Bildungsauftrag. Dabei ist die AfD nicht mehr als ein, wenn auch relevantes, Beispiel unter vielen. Die Auseinandersetzung mit Themen wie Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus muss deshalb einen festen Platz in den Schulen der Bundesrepublik haben. Lehrer*innen sollten ihre Haltung bewahren und weiter selbstbewusst die Menschenrechte als Grundlage von Demokratie vermitteln. Diese essenziellen Lernziele hat daher auch die Kultusministerkonferenz im Oktober 2018 ausdrücklich hervorgehoben:

„Aus aktuellem Anlass wenden wir uns entschieden gegen Internetportale, in denen Schülerinnen und Schüler ihre Lehrkräfte wegen vermeintlicher parteipolitischer Einflussnahme denunzieren sollen. Das führt im Ergebnis zu einer Vergiftung des Schulklimas. Wir sehen es vielmehr als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe an, Lehrkräfte in ihrem Bemühen zur Demokratiebildung, der Erziehung zu Menschenrechten und im Eintreten für Toleranz, Respekt und Mitmenschlichkeit im Sinne des Grundgesetzes zu unterstützen. Demokratie braucht überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten. Daraus leitet sich ein konkreter Bildungsauftrag für die Schulen ab.“[d]

## Rechtliche Konsequenzen ernst nehmen

Die Angst vor Klagen, disziplinarischen Verfahren oder anderen Konsequenzen kann die Arbeit von ganzen Lehrkollegien in einem vorauseilenden Gehorsam bestimmen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Denunziationsplattformen der AfD nicht eindeutig rechtswidrig sind. Gleichzeitig kann jede*r Lehrer*in zivilrechtlich gegen diesen Onlinepranger vorgehen, da potenziell Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Hinzu kommt die Verbreitung personenbezogener Daten im Rahmen der seit Mai 2018 gültigen DSGVO – hier wäre eine mögliche Verletzung vonseiten der AfD zu prüfen.

Die **Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft** (GEW) bietet umfassende Unterstützung für Lehrkräfte an, die von den Meldeplattformen der AfD betroffen sind. Sollten sich aus einer Meldung der AfD dienstrechtliche Beschwerden geben, umfasst die Unterstützung auch einen Rechtsschutz.

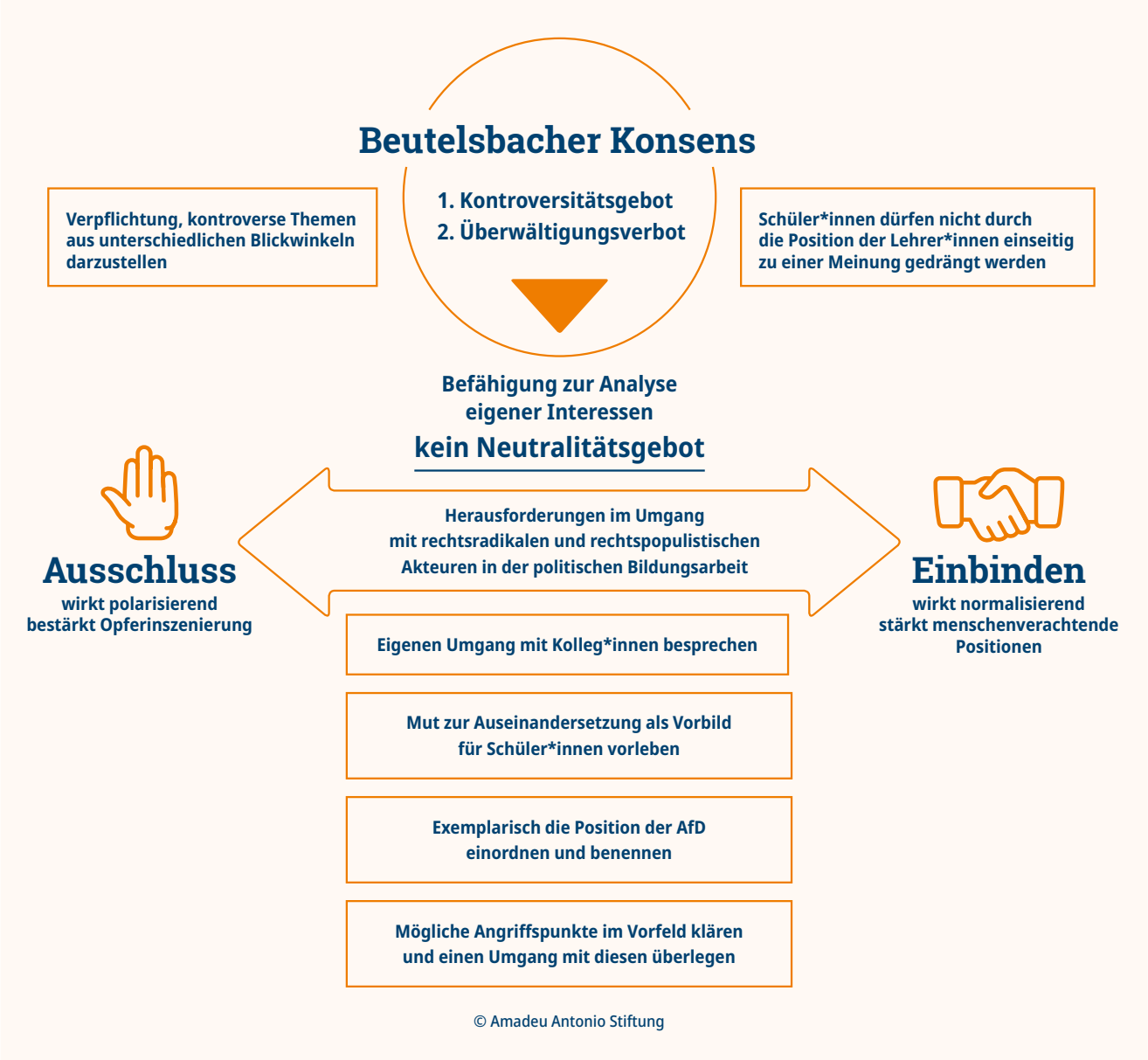
Alle Informationen zu den Meldeportalen und zur Unterstützung durch die GEW finden sich unter: www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd.

## Mit Anschuldigungen umgehen

Die AfD ist mittlerweile in nahezu allen Teilen der Gesellschaft angekommen. Lehrer*innen bekommen dies wie kaum eine andere Berufsgruppe unmittelbar zu spüren. Neben dem Unterricht sind sie nämlich mit Anhänger*innen der AfD in Elterngesprächen, Elternabenden und anderen schulischen Beteiligungsformen konfrontiert. Diese Situationen können ein erhebliches Konfliktpotenzial haben – insbesondere, wenn das Opfernarrativ der Partei von ihren Anhänger*innen in Stellung gebracht und etwa die faire Bewertung von Schüler*innen infrage gestellt wird. Hier ist es wichtig, sich der eigenen Professionalität zu versichern, nicht in die Rechtfertigungsfalle dieser Gesprächsstrategie zu tappen und im Kollegium Austausch und Unterstützung zu suchen.

[d] Für die vollständige Pressemitteilung der KMK siehe: www.kmk.org/de/presse/pressearchiv/mitteilung/demokratie-braucht-ueberzeugte-und-engagierte-demokraten-empfehlungen-zur-demokratie-und-menschenr.html

# Wie wahre ich den Beutelsbacher Konsens?




Der sogenannte Beutelsbacher Konsens legt die Grundsätze der politischen Bildung fest. Er verpflichtet zu einer differenzierten und ausgewogenen Darstellung von Inhalten, sodass Schüler*innen sich selbst ein Bild machen und eine eigene Meinung bilden können. Der Beutelsbacher Konsens beinhaltet, anders als häufig dargestellt, kein ausdrückliches Neutralitätsgebot – vielmehr geht es darum, eine ausgewogene Darstellung verschiedener politischer Meinungen zu geben, um die „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu erlangen.

Besonders unter den Gesichtspunkten des Kontroversitätsgebots, also der Verpflichtung, kontroverse Themen von verschiedenen Positionen aus zu beleuchten, können die AfD und rechtsradikale Bewegungen ausgegrenzt oder auch eingebunden werden.

Allgemein gilt: AfD-Mitgliedern, die eine einschlägige rechtsextreme Vergangenheit haben, sollte in keinem Fall Raum gegeben werden. Denn hier geht es nicht um eine Auseinandersetzung, sondern um Instrumentalisierung.

# „Neutral bedeutet nicht, ohne politische Position zu sein“

## Interview mit der Bundesgeschäftsstelle des Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

***Durch den Erfolg der AfD sehen sich viele Teile der Gesellschaft mit der Partei und ihren Provokationen konfrontiert. Welche Auswirkungen hat dies auf die Schule?***

*Wir nehmen wahr, dass sich die Kultur des Sagbaren verändert und die liberale Demokratie in die Defensive drängt. Das heißt, es müssen sich viele Akteure, unter anderem auch jene im Umfeld von Schule, entscheiden, wie sie den Provokationen, Bedrängungen und antiliberalen Aussagen begegnen. Es gibt nun auch antiliberale „role models“ in der politischen Öffentlichkeit, also Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen und dort entsprechende Positionen vertreten. Parteien und Initiativen, die den Minderheitenschutz als Angriff auf sich selbst ansehen, üben Druck aus und erzeugen Angst. Schulen und Kitas, die sowieso schon stark im Fokus des gesellschaftlichen Interesses stehen, entwickeln sich zu Schauplätzen, auf denen um Meinungs- und Deutungsvorherrschaft gerungen wird. Die Institutionen sollen beantworten, für wen sie parteilich sind und erklären bzw. klären, was die Demokratie braucht. Das alles soll zusätzlich geschehen und einhergehen mit dem generellen Anspruch an die Institutionen, alle Schüler*innen erfolgreich zu fördern und schnell durch die Schule zu bringen, mit oftmals nicht ausreichenden Mitteln. Unter solch einem Druck gibt es kaum Zeit für die eigene Fortbildung und Entscheidungsfindung des Personals, um den Anforderungen gerecht zu werden. Für die Schulsozialarbeiter*innen und die Lehrer*innen heißt das, dass sie dies mit unglaublich viel eigenem Engagement ausbalancieren müssen.*

**Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)** bietet Projekttage gegen Ausgrenzung und für ein solidarisches Miteinander an. Sie sollen die Kinder und Jugendlichen zu couragiertem Handeln gegen Diskriminierung und Rassismus ermutigen. Zusätzlich bietet das NDC Fortbildungen zu Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung und Neonazismus für Lehrkräfte und Pädagog*innen an.

Telefon 0351. 481 006 0
info@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de

***Die AfD hat 2018 damit begonnen, Meldeportale in mehreren Bundesländern einzurichten. Dort sollen Lehrkräfte denunziert werden, die sich kritisch mit den Inhalten der Partei auseinandersetzen. Welche Reaktionen hat dies in den Schulen hervorgerufen?***

*Die Meldeportale oder deren Ankündigung haben nach unserem Wissenstand zu sehr unterschiedlichen Reaktionen geführt. Einige Schulen, Schüler*innen wie Lehrer*innen, sind damit sehr selbstbewusst und „unberührt“ umgegangen. Bei anderen hat die Information viele Unsicherheiten ausgelöst. Es fanden sich in einigen Bundesländern sehr zeitnah öffentliche Stellungnahmen von Lehrkräften, Kollegien, Gewerkschaften und Schüler*innen-Vertretungen, die deutlich machten, dass sie von dem Portal bzw. dieser Methode, Lehrer*innen zu kritisieren, nichts halten.*

*Wir bekommen aber auch Anfragen von Kollegien, die verunsichert sind. Das geht soweit, dass Lehrkräfte nicht sicher sind, inwiefern sie z.B. die AfD und deren Inhalte und Aussagen überhaupt kritisch behandeln dürfen. Es gibt eine Verunsicherung bzgl. des eigenen Bildungsauftrags entlang von Schulgesetz und Neutralitätsgebot. Genau dies will die AfD in unseren Augen mittels solcher medial begleiteter Kampagnen provozieren. Die Verunsicherung führt im schlimmsten Falle dazu, und das erleben wir an Schulen, dass kritische Situationen oder Themen in diesem Klima nicht angesprochen werden. So werden wichtige demokratische Diskurse in Schulen und Kitas vermieden – diese zu führen, ist aber ein Auftrag der Schulen.*

***Wie können Lehrpersonen trotz zunehmender Diffamierungsversuche der AfD in ihrem Unterricht kritisch Bezug auf Inhalte, Aussagen, Aktionen nehmen, ohne Angst davor haben zu müssen, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden?***

*Das Schulgesetz, das Neutralitätsgebot und eine demokratische Haltung sind alles, was Lehrkräfte brauchen. Wir wissen, dass das einfacher klingt, als es ist. Und trotzdem ist es gut und wichtig zu wissen, dass es genügend Grundlagen gibt, auf die sich alle Akteure stützen können. Die AfD legt in unseren Augen das Neutralitätsgebot gezielt falsch aus.*

*Das Neutralitätsgebot bedeutet eben nicht, wertneutral zu unterrichten, sondern sich im Gegenteil auf die grundlegenden demokratischen Werte zu beziehen, denen Lehrer*innen verpflichtet sind. Neutral bedeutet nicht, ohne politische Position zu sein oder „nicht kontrovers“ – das müssen wir alle unterscheiden. Wir können und sollten darauf hinweisen, wenn politische Programme, Aussagen und Handlungen gegen Grundwerte der Verfassung verstoßen. Was wir nicht dürfen, ist z.B. in die Privatsphäre von Menschen eingreifen oder falsche Tatsachen über sie behaupten, wenn wir uns mit ihren Aussagen oder Handlungen auseinandersetzen. Hilfreich ist auch, die AfD nicht als singuläre Erscheinung zu betrachten. Sie nimmt gerade den meisten Raum in der öffentlichen Diskussion ein, weil sie so polarisiert. Wenn wir aber Ausgrenzungs- und Abwertungsmechanismen thematisieren, dann gibt es viele weitere Beispiele, die schon vor der AfD und bis heute in allen Parteien und Strömungen zu finden sind.*

*Zivilcourage funktioniert nicht ohne die Überwindung der eigenen Angst. Diskriminierung und Ausgrenzung sind nicht randständig, sondern alltäglich. Wer gegen Abwertung interveniert, kann schnell nicht mehr dazugehören. Es ist daher von großer Bedeutung, diesen Befürchtungen mit einer starken Motivation zu begegnen. Kritisch Stellung zu beziehen heißt auch, Betroffene zu schützen und ihre Perspektive wertzuschätzen, weil eine demokratische Kultur und ein faires Miteinander wichtig sind. Zusätzlich zu rechtlichem und argumentativem Wissen ist wichtig, dass die Lehrkräfte nicht allein sind. Auf Fortbildungen, z.B. dem Argumentations- und Handlungstraining vom NDC, können sie sich ausprobieren, bestärken und mit anderen austauschen. Es gibt Material für den schnellen Einstieg, z.B. von der Bundeszentrale für politische Bildung, oder sie laden sich außerschulische Bildungsakteure als Unterstützung in ihre Einrichtungen ein.*

### Auslegung des Neutralitätsgebots

Im sächsischen Schulgesetz steht zum Beispiel: „§1 (5) 1. Die Schüler sollen insbesondere lernen, selbstständig, eigenverantwortlich und in sozialer Gemeinschaft zu handeln, 2. für sich und gemeinsam mit anderen zu lernen und Leistungen zu erbringen, 3. eigene Meinungen zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, diese zu vertreten und den Meinungen und Entscheidungen anderer Verständnis und Achtung entgegenzubringen, 4. allen Menschen vorurteilsfrei zu begegnen, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, äußeren Erscheinung, ihren religiösen und weltanschaulichen Ansichten und ihrer sexuellen Orientierung sowie für ein diskriminierungsfreies Miteinander einzutreten, [...]“.

***Welche Verantwortung haben Schulen bei der Vermittlung von Bildung und Werten zur Förderung und Wahrung von Demokratie, und was sollten sie konkret tun?***

*Der schulische Bereich steht unter Länderkompetenz. Da zitieren wir die Kultusministerkonferenz (KMK): „Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen. Dabei sollen sie ermuntert werden, für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden einzutreten. Diesem übergeordneten Ziel sind grundsätzlich alle Unterrichtsfächer verpflichtet, insbesondere aber die des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs […].“*

*Des Weiteren führt die Konferenz aus: „Erziehung für die Demokratie ist eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung – Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelernt werden. Kinder und Jugendliche sollen bereits in jungen Jahren Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen – auch nicht in Zeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.“*[70]

*In diesem Kontext hat Schule schon immer eine hohe Verantwortung. Sie soll mit Dingen wie dem Lehrer*innen-Mangel, dem Fokus auf MINT-Fächer und Schule als Ort von Demokratiebildung und diskriminierungsarme Umgebung jonglieren. Angriffen auf die ausgehandelten Grundwerte der Demokratie sollte auch in der Schule mit Haltung begegnet werden. Das kann im ersten Schritt bedeuten, dass Lehrer*innen nicht weghören, sondern nachhaken und es so für alle in der Gruppe oder Schule zum Thema und sichtbar machen – idealerweise ohne Scheu, mit maximaler Rückendeckung durch die verantwortliche Schulleitung und Schulbehörden. Hier gibt es schon solche Unterstützungsschreiben seitens der Leitungsebene aus den Ländern, aber da ist noch Luft nach oben. Wir erfahren in Gesprächen mit Lehrer*innen, dass sie viele Unsicherheiten haben. Ausgehandelte Praxisansätze und kollegiale Erfahrungsaustausche im Kollegium können da Sicherheit geben. Wir sehen uns als Partner für Schulen in diesen Situationen, indem wir beraten und Expertise weitergeben.*

# Handlungsempfehlungen zum schulischen Bereich

## Veranstaltungen gestalten

Veranstaltungen politischer Parteien sollten in Schulgebäuden nur durchgeführt werden, wenn sie erkennbar nicht rein parteipolitischer Natur sind, sondern sich wichtigen Fragen in Staat und Gesellschaft widmen.

## Pädagogisch begleiten

Eine pädagogische Begleitung von parteipolitischen Veranstaltungen durch kompetentes Lehrpersonal ist unerlässlich, insbesondere wenn diese in der Schule stattfinden. Die gemeinsame Nachbereitung solcher Veranstaltungen mit den Schüler*innen ist eine Chance, eine kritische Reflexion der politischen Debatte anzuregen und Ziele, Forderungen und Strategien der Parteien kritisch zu hinterfragen.

## Wahlkampf und andere politische Auseinandersetzungen unterbinden

In den letzten sechs bis vier Unterrichtswochen vor einer Wahl sind Unterrichtsbesuche und parteipolitische Veranstaltungen in Schulen nicht zulässig. Die Schulleitung kann mit Verweis auf das Schulrecht parteipolitische Veranstaltungen absagen.

Darüber hinaus darf an Schulen keine Parteienwerbung verteilt werden. Die Schulleitung sollte nicht zögern, vom Hausrecht Gebrauch zu machen, wenn dies doch geschieht. Das heißt aber nicht, dass Publikationen der Parteien nicht im Unterricht besprochen werden sollten. Schüler*innen sollten sich mit diesen aktiv und unter pädagogischer Begleitung beschäftigen.

## Für politische Ausgewogenheit sorgen

Generell gilt: Die Schule hat dafür zu sorgen, dass bei den Einladungen, die im Laufe eines Jahres ausgesprochen werden, keine demokratische Partei bevorzugt oder benachteiligt wird. Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei, sie vertritt aber undemokratische Positionen der Ungleichwertigkeit, denen die Schule keine Bühne bieten muss. Hier lässt sich auch mit dem Schulrecht des jeweiligen Bundeslandes argumentieren.

## Fachlich und themenbezogen diskutieren

Im Mittelpunkt der Diskussion sollten die Inhalte stehen und nicht die Sprecher*innen. Sind Aussagen menschenverachtend, das heißt z.B. rassistisch, sexistisch, antisemitisch, homophob oder antiziganistisch, sollten sie auch als solche benannt werden – unabhängig von der Parteizugehörigkeit derjenigen Person, die sie ausspricht.

## Hilfe bei der Veranstaltungsvorbereitung suchen

Wenn Diskussionen mit Rechtsradikalen stattfinden, müssen sich alle Teilnehmenden darauf inhaltlich und argumentativ gut vorbereiten. Außerschulische Kooperationspartner*innen können dabei unterstützen, z.B. durch Argumentationstrainings.

## Prävention statt Reaktion

Für den nachhaltigen Umgang mit rechtsradikalen Gruppen und Parteien wie der AfD sind vor allem präventive Maßnahmen notwendig. Schüler*innen sollten für ihre Argumentationsmuster sensibilisiert werden.

## Fortbildungen für Lehrkräfte

Lehrkräfte sollten mit Fortbildungen über Ideologien der Ungleichwertigkeit informiert und für rechtspopulistische und rechtsradikale Argumentationsmuster sensibilisiert werden. Wichtig ist es, Räume für die Reflexion der eigenen Positionierung zu schaffen und antisemitismus- und rassismuskritische Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

## Empowerment von Schüler*innen

Besondere Aufmerksamkeit gilt Schüler*innen, die von Antisemitismus oder Rassismus betroffen sind: Sie sollten sich in geschützten Räumen mit ihren Diskriminierungserfahrungen auseinandersetzen und gemeinsam Handlungsstrategien entwickeln können.

## Medienkompetenz fördern

Die mediale Kommunikation hat eine große Bedeutung für den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Elementar für die Prävention von Rechtspopulismus und modernem Rechtsradikalismus ist es, die Kompetenzen zu fördern, die es braucht, um mediale Inhalte entschlüsseln, verstehen und einordnen zu können.

# Kulturpolitik: Opferinszenierung und Angriffe auf die Freiheit der Kunst

Wie keine andere Partei in Deutschland definiert die AfD die Kultur als zentralen Kampfbegriff. Der Zeitgeist, die Wissenschaften, das politische System und nicht zuletzt die Kunst gehören zur Bandbreite des Kulturbegriffs – er durchzieht alle Lebensbereiche der modernen Gesellschaft. Als parlamentarischer Arm der sogenannten „Neuen“ Rechten sieht die AfD sich in einem Kulturkampf, und ihre Handlungen müssen dementsprechend eingeordnet werden. Kultur wird in rechtsradikalen Weltbildern naturalisiert und völkisch besetzt, um eine eindeutige und exklusive Identität aus ihr abzuleiten. Daneben wird der Kulturbereich gezielt für die politische Einflussnahme genutzt, da dieser als politischer Diskursraum fungiert, in dem Gesellschaft verhandelt wird. Hier nutzen Rechtsradikale die Meinungsfreiheit, um Menschenverachtung zu normalisieren, Begriffe umzudeuten und die Meinungsfreiheit letztlich abzuschaffen. Es geht dabei um eine strategische stückweise Erweiterung dessen, was in der Gesellschaft gesagt werden kann, ohne als extrem zu gelten. Dies ist als ein Kampf um kulturelle Hegemonie und eine Verschiebung des Diskurses nach rechts zu verstehen.

Der Kulturbetrieb bekommt diesen Kampf deutlich zu spüren: So will die AfD die Kulturförderung des Bundes und der EU, die aus ihrer Sicht an „ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind“ durch Förderrichtlinien ersetzen, „die der Bewahrung des kulturellen Erbes oder dessen würdiger Fortschreibung dienen“, wie sie in ihrem Bundestagswahlprogramm von 2017 verkündete. Marc Jongen, der kulturpolitische Sprecher der AfD, drohte auf Twitter sogar, dass er die „Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff nehmen“ wolle.[71] Zugrunde liegt dem der Gedanke einer deutschen Leitkultur, die organisch erwachsen sei und vor dem Einfluss durch vermeintlich „fremde“ Kulturen geschützt werden müsse. Der völkische Kulturkampf gegen die vielfältige und offene Gesellschaft wird umgedeutet in einen angeblich bereits existierenden Kulturkampf zwischen „dem Abendland“ und „dem Islam“. Aus der Verschwörungsfantasie einer Bedrohung des Abendlandes und damit der eigenen Identität leitet die AfD die Notwendigkeit einer „Reinhaltung“ der deutschen Kultur ab und wendet sich gegen eine angebliche Verdrängung der deutschen Sprache. Sie fordert eine Grundgesetzänderung, die Staat und Politik verpflichtet, der deutschen Sprache eine besondere Pflege und Förderung zukommen zu lassen.[72]

In einer gemeinsamen Recherche dokumentieren ARD und Süddeutsche Zeitung, wie Kulturschaffende von der „Neuen“ Rechten unter Druck gesetzt werden. Seit Dezember 2016 zählen die Journalisten 39 Fälle, in denen Theater, Opernhäuser, Museen und ihre Mitarbeiter*innen mit Hassmails und Morddrohungen, Kleinen und Großen Anfragen, Boykottaufrufen und Gerichtsverfahren konfrontiert waren. Einige Fälle werden hier exemplarisch vorgestellt.

- **Dezember 2016:** Nachdem sich das Theater Altenburg mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt auseinandersetzt, fordert die AfD seinen Boykott. Schauspieler*innen werden in der Stadt so massiv rassistisch beleidigt, dass sie sich entscheiden, ihr Engagement nicht zu verlängern.

- **Februar 2017:** Bei der Eröffnung des Antikriegs-Denkmals „Monument“ in Dresden wird Oberbürgermeister Dirk Hilbert von Pegida-Anhänger*innen niedergebrüllt. Er erhält Hassmails und Morddrohungen und steht zeitweise unter Polizeischutz.

- **Oktober 2017:** Der Intendant des Berliner Friedrichstadt-Palasts positioniert sich gegen die rassistische Politik der AfD. In der Folge werden anonyme Morddrohungen an ihn gerichtet, eine ausverkaufte Vorstellung kann nach einer Bombendrohung erst mit Verzögerung beginnen.

Die Besinnung auf abendländische Traditionen und Werte dient jedoch nur der Abgrenzung gegenüber jenen, die nicht dem nationalistischen Selbstbild der Rechtsradikalen entsprechen. Die „Reinhaltung“ der Kultur geht mit einem Angriff auf all das einher, was die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt und fördert. Das betrifft nicht nur die Kunstfreiheit und die Diversität in den Kulturprogrammen. Auch die Erinnerungskultur soll von Widersprüchen befreit werden, die sich durch eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung bspw. mit dem Nationalsozialismus ergeben. An die Stelle von Reflexion und Pluralismus setzt die AfD eine überhöhte Identitätserzählung „der Deutschen“.

## Inszenierung als Opfer eines vermeintlich politisch korrekten Mainstreams

Wie in allen anderen Politikfeldern der AfD ist die Opferinszenierung auch im Kunst- und Kulturbereich eine zentrale Strategie der Partei. Sie ernennt sich selbst zur einzig wahren Vertreterin eines „Volkes“, das im angeblich politischen korrekten Kunst- und Kulturbetrieb unterrepräsentiert sei, und fordert mehr deutsche Stücke auf den Theaterbühnen.[73] Durch die Behauptung einer „linken Hegemonie“[74] rechtfertigt sie ihre Angriffe auf den Kulturbetrieb. Sie spricht von einer aggressiven Theaterszene, gegen die man sich und die „deutsche Kultur“ verteidigen müsse. Die Annahme, es gebe zu viel „Multikulturalismus“ im Kulturbereich, führt zu der absurden Behauptung, die Kulturpolitik der AfD trage mit ihrer völkischen Ausrichtung zur Pluralisierung bei.[75] Mit solchen Behauptungen verdreht die Partei Täter*innen und Opfer: Während Minderheiten wie LSBTIQ* oder People of Color um Repräsentanz in der Kultur und damit um Pluralisierung kämpfen, übernimmt die AfD deren Diskurs und deutet ihn in eine völkische Variante der Identitätspolitik um. Dabei interessieren weder die Faktenlage noch das Paradox der Behauptung, die Mehrheitsgesellschaft sei in der Kultur unterrepräsentiert.

## Angriffe auf Kunst und Kultur

Ende des Jahres 2018 reichte der AfD-Abgeordnete Andreas Kalbitz im Landtag Brandenburg eine Kleine Anfrage zum Piccolo Theater in Cottbus ein und fragte nach, wie viele Stücke mit „dezidiert aktuellem gesellschaftlichen und oder politischem Bezug ähnlich dem Theaterstück ‚KRG‘“ aufgeführt wurden.[76] Das genannte Stück thematisierte die Gefahren eines Wiederauflebens des Faschismus.

- **Dezember 2018:** Der Veranstalter des Essener Literaturfestivals „Literatürk 2018“ erhält einen anonymen Brief: „Verehrte Türken, Literatürk ist überflüssig. Lesen Sie das in Istanbul. Buchen Sie viele Flüge. Haun Sie ab aus Deutschland.“

- **März-Mai 2019:** Nachdem das Freiberger Theater eine Lesung zum Thema Rechtspopulismus initiiert hat, macht die Facebookgruppe „Bergstadtgeflüster“ gegen die Veranstaltung Stimmung. Oberbürgermeister Sven Krüger untersagt die Lesung im Theater und verbietet, dass „derartige Veranstaltungen in den Räumlichkeiten des Theaters organisiert und durchgeführt werden“.

- **Juli 2019:** Mit einer Anfrage im baden-württembergischen Landtag will die AfD herausfinden, wie viele der Kunstschaffenden an den Häusern des Landes keinen deutschen Pass haben, und welche Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Quelle: Laudenbach, Peter und Goetz, John: „Druck von rechts“, Süddeutsche Zeitung, 27. August 2019.

Eine Möglichkeit der Vernetzung und Postionierung gegen rechtsradikale Hetze und Angriffe auf den Kulturbetrieb bietet die **Erklärung der Vielen**. Im Rahmen der Kampagne haben sich Kultureinrichtungen im ganzen Bundesgebiet zu Erklärungen für eine offene und vielfältige Gesellschaft zusammengeschlossen und eine klare Haltung vermittelt: kein Podium für völkisch-nationalistische Propaganda; kritischer Dialog über rechtsradikale Strategien; Solidarität mit den Betroffenen! Der Verein **DIE VIELEN e.V.** mobilisiert für Demonstrationen und gestaltet Diskussionen, Veranstaltungen und Solidaritätskampagnen.

Die Erklärungen sind zu finden unter: www.dievielen.de/erklaerungen.

2017 beantragte die Berliner AfD im Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten für gleich drei Theater die Mittel zu sperren bzw. zu kürzen. Auch wenn diesen Anträgen nicht stattgegeben wurde, haben sie doch symbolischen Charakter und dienen der medialen Inszenierung der AfD.

An anderer Stelle zeigen die Angriffe der sogenannten „Neuen“ Rechten auf die Kunstfreiheit Wirkung: So sagte die Stiftung Bauhaus in Dessau 2018 ein geplantes Konzert mit der Punkband „Feine Sahne Fischfilet“ kurzfristig ab, nachdem rechtsradikale Gruppierungen im Internet Stimmung gegen den Auftritt gemacht hatten. Man wolle kein Austragungsort politischer Agitation werden, sagte eine Sprecherin der Stiftung. Die AfD feiert solche Absagen als Erfolg ihrer Kulturpolitik, die auf die Verhinderung eines vielfältigen Kulturangebots abzielt: Sie klagt gegen Theaterstücke, fordert die Entlassung von Schauspieler*innen und stellt die öffentlichen Förderungspraktiken grundsätzlich infrage.[77]

*Künstlerinnen und Aktive der Kulturlandschaft demonstrieren unter dem Motto „Europa der Vielen“ im Mai 2019 in Berlin. © picture alliance/Annette Riedl/dpaw*

Eines ihrer Mittel hierfür ist die Einforderung von „Neutralität“ bei all jenen Akteuren, die sich politisch positionieren. Hierbei geht es darum, Kulturinstitutionen von unliebsamen Ideen zu bereinigen. Dem muss entgegengehalten werden, dass für Theater und Museen Meinungs- und Kunstfreiheit gelten, ungeachtet ihrer Förderung.[78] Auch die AfD muss im Sinne der Kunstfreiheit ertragen, dass man sich auf der Bühne kritisch mit ihr auseinandersetzt.

## Die Freiheit der Kunst bewahren!

Die Vielstimmigkeit der Kulturschaffenden in Deutschland, ihre Angebote, Initiativen und Institutionen, sind eine zentrale Voraussetzung für eine offene Gesellschaft. Mit und von diesen Akteuren muss weiterhin ein Dialog über die wichtige Rolle der Kunst und Kultur für Gesellschaft und Politik geführt werden. Um dem Kulturkampf der AfD entgegentreten zu können, müssen die demokratischen Kulturinstitutionen gestärkt werden – politisch, finanziell und ideell. Dabei gilt es, vermehrt die politischen und zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume der parlamentarischen Demokratie durch die Kulturschaffenden selbst zu nutzen und auszuschöpfen. Ein direktes Engagement von Kulturschaffenden in politischen Organisationen sowie die Gründung eigener politischer Initiativen sind zusätzliche wichtige Möglichkeiten für die Teilhabe an politischen Prozessen und kulturpolitischen Entscheidungen.

Ein aktives Eintreten für kulturelle Vielfalt aller Disziplinen und Akteure bedeutet immer auch ein Eintreten für die Gesellschaft, die eine solche Vielfalt erst ermöglicht. Darin liegen der Wert und die Wirkungsmacht eines zukunftsweisenden Kulturverständnisses, das sich einer Kultur der Ausgrenzung entgegenstellt. Noch stärker als bisher muss die Kunst- und Kulturlandschaft deshalb die transkulturelle Gesellschaft abbilden und der Forderung nach einer deutschen Leitkultur mit Diversität in den Besetzungen und Inszenierungen begegnen. Gerade die inhaltliche Freiheit der künstlerischen Produktion macht das möglich. Vorauseilender Gehorsam in der Programmgestaltung ist ein Erfolg für alle Feind*innen der Demokratie. Das betrifft auch die Verwaltung, die die Förderung von Kultur als gesellschaftlichen Konsens stark machen muss. Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut und Ausdruck einer demokratischen und liberalen Gesellschaft. Sie muss gegen die radikale Rechte verteidigt werden.

# „Die Kunstfreiheit ist bereits bedroht“

## Interview mit Kevin Rittberger

Kevin Rittberger ist Theaterregisseur und Autor. Mit oft eigenen Texten und Rechercheprojekten arbeitete er unter anderem am Deutschen Schauspielhaus Hamburg, am Deutschen Theater Berlin und am Staatstheater Stuttgart. Im Rahmen seines künstlerischen Engagements setzt er sich gegen die Normalisierung des Rechtsradikalismus und für Diversität auf der Bühne ein – und wird dafür von der AfD angefeindet.

***Herr Rittberger, in Ihrem Stück „Peak White – Wirr sinkt das Volk“ am Theater Heidelberg haben Sie sich kritisch mit den Ängsten und Feindbildern der sogenannten „Neuen“ Rechten auseinandergesetzt. Die AfD forderte daraufhin Kürzungen und sogar die Absetzung des Stückes. Welche Strategie verfolgt die Partei in ihren Angriffen auf Kulturprojekte, die nicht in ihr Weltbild passen?***

*Nicht nur die Absetzung, auch die sechs mitwirkenden Schauspieler*innen sollten entlassen werden! Es geht um eine permanente Einschüchterung und Zermürbung. Das geht bis zur schleichenden Selbstzensur, wenn Kulturschaffende nun den lästigen Kleinen Anfragen vorbeugen, indem sie ihre Anträge, Projekte und Spielpläne an die verschärfte Lage anpassen und in Form und Inhalt abmildern. Die kurzfristige Strategie ist, die AfD samt „Volk“ als vom Kulturmainstream ausgeschlossen, unterrepräsentiert und angefeindet darzustellen. Der kulturpolitische Sprecher der AfD, Marc Jongen, kapert den linksliberalen Diskurs und behauptet, die AfD trage etwas zur Pluralisierung bei. Diffuse Gewalt- und Zensurvorwürfe in Richtung der Kulturschaffenden, die sich gegen die ausgrenzende Politik der AfD wenden, bilden dann weitere Bestandteile der Opferinszenierung, die auch die gesellschaftliche Mitte aus der Reserve locken soll. Die AfD hat aber kein „Recht“, auf ein Podium eingeladen zu werden. Auch ist ihr Freund-Feind-Schema nicht unterrepräsentiert. Die Meinungsfreiheit gilt nicht absolut, sondern ist der Menschenwürde und den allgemeinen Menschenrechten untergeordnet. Sie ist eben keine spannende Zutat, die auch mal unerträglich ausfallen muss. Das wäre toxischer Liberalismus – und das wird in einem feuilletonistischen Diskurs häufig vergessen.*

*Und da sind wir schon bei der mittelfristigen Strategie, der Verschiebung der Diskurse nach rechts, wenn sich nun in der Mitte der Gesellschaft Akteure darüber streiten, ob das Reden mit Rechtsradikalen etwas zur demokratischen Kultur beiträgt oder nicht, und ob es denn nicht verständlich sei, eine kulturelle Reinheit schützen zu wollen. Wenn sich viele nun reaktiv der Agenda der sogenannten „Neuen“ Rechten zuwenden, geraten wichtigere Themen ins Hintertreffen: bezahlbarer Wohnraum für alle, Sozialpolitik, Bewegungsfreiheit, Klimagerechtigkeit. Langfristig würde eine regierende AfD eben die Meinungsvielfalt einschränken, von der sie nun zu profitieren sucht. Die Kleinen Anfragen hier und dort machen ja schon klar, welche Schulen, Kulturprojekte, Theater, Verlage, Vereine usw. dicht machen bzw. in ihrer Personalstruktur ausgetauscht werden müssten.*

*Und völkisch „eingehegte“ Theaterspielpläne würden wie in Ungarn Künstler*innen ins Exil treiben. Die Kunstfreiheit ist bereits bedroht – und sie würde langfristig massiv eingeschränkt, behindert oder sogar kriminalisiert werden.*

***Im März 2017 war der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, der häufig als Vordenker der AfD bezeichnet wird, zu einer Podiumsdiskussion in das Theater Gessnerallee in Zürich eingeladen. Die Veranstaltung wurde nach öffentlichen Protesten abgesagt – Sie selbst hatten einen offenen Brief mit dem Titel „Keine Bühne der AfD und der Neuen Rechten“ initiiert. Die Diskussion darüber, ob man die AfD und Akteure der sogenannten „Neuen“ Rechten zu Veranstaltungen einlädt, kommt gerade im Kulturbereich immer wieder auf. Wie sollten Kulturschaffende damit umgehen?***

*Ich habe den offenen Brief damals mit vielen anderen politischen Kulturschaffenden verfasst, inzwischen auch weitere Statements, und wir haben danach an einem Glossar mit den wichtigsten Begriffen der derzeitigen Debatte gearbeitet – von A wie „Alerta!“ bis Z wie „Zensur“.*

Das **Glossar** zu „neu“-rechter Kulturpolitik enthält zentrale Begriffe und entlarvt Strategien rechtsradikaler Akteure. Es ist als Checkliste für Kunst- Kultur- und Wissensarbeiter*innen zu verstehen und wird laufend erweitert. Zu finden ist das Glossar unter: www.keine-buehne.org.

*Wir haben eine klare Haltung: keine Bühne der AfD. Und wenn sich die Bühne bereits aufgetan hat, sprich Akteure eingeladen wurden, dann machen wir von unserer Meinungsfreiheit Gebrauch und kritisieren die Einladungen, da wir der Meinung sind, dass nur eine wahre Pluralisierung des Diskurses etwas zur Politisierung der Öffentlichkeit beiträgt. Die AfD schränkt den Diskurs hingegen ein. Das haben wir auch deutlich gemacht, als wir gegen die Einladung Marc Jongens 2017 an die Gessnerallee Zürich protestierten, bei der nämlich keine Migrant*innen, Muslime, Feminist*innen, Linke oder Antifaschist*innen eingeladen waren – ebenjene, über die dann herabwürdigend gesprochen worden wäre.*

*Es gibt verschiedene Strategien, von offenen Briefen über interne Diskussionen mit Veranstalter*innen bis hin zu strategischem Desinteresse. Das Glossar stellt auch einen Versuch da, Leute zu informieren, die sich dann doch auf ein Streitgespräch mit sogenannten Rechtsintellektuellen einlassen. In der Tradition der Aufklärung stehende Kulturschaffende denken nämlich mitunter, wenn der ideologische Kern im Gespräch erst mal freigelegt würde, könnten die Wechselwähler*innen unter den Zuschauer*innen und am Ende sogar die bekennenden Rechtsradikalen kraft des vernünftigeren Arguments vom Glauben abfallen. Aber die AfD ist gar nicht am Gespräch interessiert, sondern an raunenden Untergangsszenarien, irrationaler Volkstümelei und ihrem Märchen der „Volksgemeinschaft“. Und bisherige Aussteiger*innen aus der AfD hatten ihre Einsichten intern gewonnen, aus der Menschen- und Demokratieverachtung dieser Partei.*

**„Die Meinungsfreiheit ist keine spannende Zutat, die auch mal unerträglich ausfallen muss, sondern der Menschenwürde und den allgemeinen Menschenrechten untergeordnet.“**
Kevin Rittberger

*Kulturschaffende, die nur spielen wollen, um Aufmerksamkeit zu erheischen, sind derzeit die Gefährlichsten. Nach Brecht könnte man auch von neuen „Tuis“ sprechen, die an derartigen Zündeleien an den Grenzen der Demokratie mitwirken. Die radikale Rechte biegt sich Demokratie so zurecht, dass sie Ungleiche ausmacht und der Herrschaft des „Volkes“ unterwirft. Das ist unmissverständlich. Mit Demokratie, die die Rechte von Minderheiten schützt, hat das nichts zu tun. Es geht aber auch darum, dass die Ziele von Freiheit und Gleichheit nicht am stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse zerschellen, deshalb ist das Freund-Feind-Schema der Rechten zu billig.*

***Mit ihren Forderungen nach Subventionskürzungen greift die AfD die Kunstfreiheit gezielt an. Das betrifft nicht mehr nur die großen Theater der Metropolen, sondern zunehmend auch kleine Schauspielhäuser im ländlichen Raum, die auf weniger Ressourcen zurückgreifen können. Was raten Sie betroffenen Kulturbetrieben zum Umgang mit solchen Angriffen?***

*Sich überregional vernetzen und etwa über die Kanäle der „Vielen“ vergewissern, dass man nicht allein dasteht. Sich nicht einschüchtern lassen. Sich nicht zermürben lassen, gerade weil das Problem jahrelang und ausdauernd angegangen werden muss. Die Mittel des Rechtsstaats geltend machen, auch wenn dieser beim NSU oder der jüngsten rechtsextremen Anschlagsserie in Berlin-Neukölln versagt hat. Solidarität stärken, Antifaschismus als Common Ground einer Demokratie bestimmen und Geschichten des transkulturellen Miteinanders erzählen. Die Zivilgesellschaft einbinden und auf die Spaltungen hinweisen, die populistische und radikale Rechte bezwecken, indem sie Rassismus und falsche Behauptungen in die Welt setzen und eine Gemeinschaft beschwören, welche bei näherer Hinsicht (d.h. Umsetzung des Parteiprogramms) gar nicht sozialer oder gleicher wäre. Das Ressentiment etwa, Geflüchtete würden das Geld aufbrauchen, das dem Sozialstaat dann fehle, lässt sich angesichts höherer Steuereinnahmen sofort entkräften. Der demografische Wandel erfordert außerdem Zuwanderung. Der Blick in das Gesicht eines Menschen, dem geholfen ist, sagt Bertolt Brecht, ist der Blick in eine schöne Gegend. Das ist eine Topografie, die in unserer offenen Gesellschaft jeden Tag beschriftet werden muss, gerade mit den Mitteln des Kulturbetriebs.*

***Kunst und Kultur spiegeln, kommentieren und kritisieren die Gesellschaft – mal indirekt und mal konkret. Im Umgang mit rechtsradikalen Diskursen muss der Kulturbereich deshalb keine rein reaktive Rolle einnehmen, sondern kann auch aktiv Einfluss nehmen. Wie sollte der Kulturbetrieb mit dieser Rolle und ihren Möglichkeiten umgehen?***

*Als Künstler*innen und Kulturschaffende müssen wir klarmachen, dass uns die kulturelle Fantasie nicht abgewürgt wird, auch wenn uns das Wasser durch Drohgebärden, Anfeindungen und die tatsächliche Gewalt seitens der radikalen Rechten bis zum Hals steht. Kulturelle Fantasie bedeutet immer, den Status quo zu verlassen und eine andere, gerechtere Welt vorwegzunehmen. Anti-Establishment hat nur eben heute eine andere Duftmarke bekommen, da Rechtspopulisten und Rechtsradikale ihren Gestank derzeit effektiver verbreiten und die rebellischen Gesten von gestern klauen. Aber die Kritiker*innen von Globalisierung und transnationalen Konzerninteressen sind ja nicht vom Fenster: Fridays for Future etwa kämpft gegen zwei Fronten, gegen die rechten Klimaleugner*innen genauso wie gegen die Verteidiger*innen des Wachstumsdogmas. Der Kulturbetrieb, der sich als inkludierender, die Arme ausbreitender Teil einer Kultur für alle begreift, der ein Recht auf Welt in neue Geschichten kleidet und hierfür spekulative, einladende, inspirierende Gesten entwirft, wird der verengten und viele Bevölkerungsteile ausschließenden Perspektive der radikalen Rechten immer das bessere Programm anbieten. Ein Programm, das die offene Gesellschaft wirklich weiterbringt.*

# Handlungsempfehlungen für den Kulturbetrieb

## Haltungen vermitteln und Unabhängigkeit behaupten

Die erkämpften Freiräume in Kunst und Kultur werden oft als selbstverständlich angenommen.[79] Daraus ergibt sich die Tendenz, die Bedrohung dieses Freiraums durch die revisionistische und kulturpessimistische Politik der AfD nicht ernst zu nehmen oder sich nicht explizit zu den Errungenschaften der Demokratie zu bekennen. Aber die Freiheit der Kunst ist die Grundlage für eine vielfältige und offene Kunst- und Kulturlandschaft und macht eine Positionierung notwendig!

## Aktive Programmgestaltung

Das Erstarken der sogenannten „Neuen“ Rechten und der AfD ist ein Phänomen, das auch im Kulturbereich kritisch behandelt werden kann. Künstlerische Inszenierungen sind ein sinnvolles Mittel, eine kritische Auseinandersetzung zu fördern. Dabei gilt es, die eigene Agenda zu stärken und nicht in der reaktiven Abwehrgeste zu verharren. Vorauseilender Gehorsam bei der Programmentwicklung schadet dem demokratischen Diskurs.

Einen tieferen Einblick ins Thema sowie ausführliche Handlungsempfehlungen vermittelt die Handreichung **„Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“** von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Die Handreichung ist online abrufbar (www.mbr-berlin.de) oder als kostenloses Printexemplar über info@mbr-berlin.de zu beziehen.

Zudem ist das E-Paper **„Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland“** von Manuela Lück zu empfehlen: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/manuela_luck_kulturpolitik_afd_farbsparend.pdf.

## Diversitätsentwicklung ernst nehmen

Der Forderung nach „Reinhaltung“ einer deutschen Kultur muss mit Vielfalt begegnet werden. Die Diversität der Gesellschaft muss thematisch in den künstlerischen Projekten und personell auf der Bühne sichtbar gemacht werden.

## Keine Bühne für Rechtsradikale

Rechtsradikale nutzen jede Plattform, die ihnen gegeben wird, für ihre politische Agitation. Akteure wie die AfD werden versuchen, sich die Bühne für eine medienwirksame Inszenierung nutzbar zu machen. Pluralismus bedeutet nicht, Menschenverachtung ein Podium zu geben. Eine gut begründete Absage ist häufig ein deutlicheres Statement als ein öffentliches Streitgespräch.[80]

## Demokratische Leitbilder entwickeln

Demokratische Kultur muss als Kultur der Gleichwertigkeit gelebt werden. Leitbilde w1gw4m r sollten dieses Ziel mit aufnehmen und fungieren als öffentlichkeitswirksames Statement gegen den Hass.[81] Eine gemeinsame hausinterne Entwicklung eines solchen Leitbildes liefert Handlungssicherheit in der Kommunikation nach außen.

## Solidarische Netzwerke bilden

Wenn Personen oder Institutionen angegriffen oder bedrängt werden, sollte man sich öffentlich mit ihnen solidarisieren. Die Bildung von Allianzen oder der Anschluss an bestehende Kooperationen kann helfen, wirksam Unterstützung zu leisten und die Freiheit der Kunst gemeinsam zu verteidigen. Dabei sollte auch der ländliche Raum mitgedacht werden, wo kleinere Institutionen häufig auf Vernetzung und Unterstützung angewiesen sind, um sich gegen Anfeindungen durch die sogenannte „Neue“ Rechte zu wehren.

## Ein pragmatisches „Krisenmanagement“ entwickeln und anwenden

Die Praxis der AfD im Umgang mit ungeliebten Kulturprojekten findet auf vielen Ebenen statt und bindet Ressourcen der Kulturprojekte und -institutionen. Deshalb ist es besonders wichtig, einige Fragen im Vorfeld zu klären, um nicht unvorbereitet mit Angriffen konfrontiert zu werden. So sollten sich Kulturinstitutionen auf einen Umgang mit Störungen durch Rechtsradikale verständigen und klären, ob vom Hausrecht Gebrauch gemacht wird und spezielle Sicherheitsvorkehrungen notwendig sind. Eine Festlegung, wie mit Forderungen nach Kürzungen und Anschuldigen der Verletzung des Neutralitätsgebots umzugehen ist, kann im Ernstfall hilfreich sein. Hier sollten die Vorwürfe mit Verweis auf die Kunstfreiheit entkräftet werden. Auch ist es ratsam, sich schon im Vorfeld eine kompetente Rechtsberatung zu suchen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat gemeinsam mit Anwält*innen eine **Hausrechtsklausel** entworfen, die für die eigene Institution genutzt werden kann:

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

# Quellen und Nachweise


[1] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-waehler-von-anfang-an-radikaler-als-andere-waehler-a-1157801.html

[2] https://www.berliner-zeitung.de/afd-politiker-fallen-negativ-auf-afd-landeschef-hetzt-im-internet-500250

[3] http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/duisburger-afd-vertreter-unterstuetzten-npd-kandidaten-13194957.html

[4] http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/896372

[5] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-afd-instrumentalisiert-uebergriffe-politisch-a-1070895.html

[6] http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chefin-frauke-petry-fodert-schiessbefehl-an-grenze-14044672.html

[7] https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-politik-sie-koennen-es-nicht-lassen-_arid,751556.html

[8] https://kress.de/mail/news/detail/beitrag/134284-interne-anweisung-von-afd-chefin-frauke-petry-legt-medienstrategie-offen-provokante-aussagen-unerlaesslich-sie-sorgen-fuer-notwendige-aufmerksamkeit.html

[9] https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/afd-alexander-gauland-ns-zeit-vogelschiss-bundeskongress-junge-alternative-seebach

[10] http://recherche38.info/2018/09/08/bs-in-chemnitz

[11] https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/chemnitz-afd-pegida-kundgebung-rechtsextremismus

[12] https://www.belltower.news/die-luege-von-der-protestpartei-45534

[13] https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf

[14] https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayerischer-landtag-afd-ralph-mueller-ruege-1.4345828

[15] https://www.tagesspiegel.de/berlin/aufruf-gegen-afd-demo-in-berlin-rechter-shitstorm-gegen-renate-kuenast/22593498.html

[16] https://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Linke-erkennt-Saalfelder-AfD-Vorstandsmitglied-als-Angreifer-auf-Wahlkreisbuero-718402615

[17] https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-in-thueringen-hoecke-will-rentenaufschlag-nur-fuer-deutsche-staatsbuerger/22635854.html?ticket=ST-6104975-BUaYZBmD6SLWy1qvwJBu-ap3

[18] https://www.welt.de/newsticker/news2/article178523084/Rente-AfD-Chef-Meuthen-wirbt-auf-Parteitag-fuer-Ausstieg-aus-gesetzlicher-Rente.html

[19] Drucksache des Bundestags 19/1937.

[20] Drucksache des Bundestags 19/1623.

[21] http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55755/lesbische-schwule-bisexuelle-transsexuelle-und-intersexuelle-lsbti-in-th%C3%BCringen.pdf

[22] https://kleineanfragen.de/sachsen/6/13730-sinti-und-roma-in-sachsen

[23] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-wir-werden-frau-merkel-jagen-a-1169598.html

[24] https://sezession.de/61173/hoecke-fluegel-deutschlandlied

[25] https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-traeumt-von-entsorgung-aydan-oezoguz-15171141.html

[26] https://www.youtube.com/watch?v=6znCu1VMr5Q&feature=youtu.be&t=4m26s

[27] Gutachten des BfV zur AfD. Nachzulesen auf: https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd, S. 337 f.

[28] Ebd., S. 11 f.

[29] https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/horst-seehofer-sicherheit-videoueberwachung-zuwanderung-rede-bundestag/seite-2

[30] https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/koethen-demonstration-pegida-zukunft-heimat-dessau-nazifrei

[31] https://www.tagesschau.de/inland/afd-verfassungsgericht-103.html

[32] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-droht-angela-merkel-mit-verfassungsklage-a-1057085.html

[33] https://correctiv.org/faktencheck/2017/09/12/jetzt-wirds-schmutzig

[34] https://www.deutschlandfunk.de/pegida-in-dresden-symbolischer-galgen-fuer-merkel-und.1773.de.html?dram:article_id=333774

[35] https://www.berliner-zeitung.de/politik/feindbild-so-reagiert-das--versiffte-links-gruene-68er-deutschland--auf-afd-attacken--24382588

[36] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/chemnitz-wie-die-afd-von-den-vorfaellen-in-sachsen-profitieren-will-a-1225338.html

[37] https://netzpolitik.org/2017/treue-gefolgschaft-so-twittert-die-afd

[38] https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/id_85041052/frau-in-sachsen-getoetet-polizei-weist-afd-zurecht.html

[39] https://www.youtube.com/watch?v=_fnja9qN2vM

[40] https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/afd-bundestag-mitarbeiter-rechtsextreme-identitaere-bewegung

[41] http://www.taz.de/!5498386

[42] http://de.euronews.com/2018/05/16/alice-weidel-afd-spricht-im-bundestag-von-kopftuch-madchen-und-messer-mannern-

[43] Mehr dazu: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-06/susanna-f-gestaendnis-ali-b-mord-irak

[44] http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-wird-wegen-schweigeminute-fuer-susanna-gemassregelt-15639490.html

[45] Hafeneger, Benno u.a.: AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure. Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M. 2018, S. 132.

[46] https://www.hna.de/politik/gauland-weidel-und-co-studie-zur-afd-in-kommunalparlamenten-9588591.html

[47] https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3329aga.pdf

[48] https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2017/enquete-kommission-zu-linksextremismus/

[49] https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-abgeordnetenhaus-emotionale-debatte-zum-linksextremismus/20479776.html

[50] https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3329aga.pdf

[51] Bundestagswahlprogramm der AfD 2017, S. 40.

[52] Ebd., S. 38.

[53] Ebd., S. 40.

[54] www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-afd-politiker-homosexuelle-ins-gefaengnis-stecken-1.3019169

[55] www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/anfrage-von-corinna-herold-afd-will-homosexuelle-in-thueringen-zaehlen-lassen/12438312.html

[56] https://www.queer.de/detail.php?article_id=21507

[57] https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064.1073741828.540404695989874/1543239092373091/?type=3&theater)

[58] Bundestagswahlprogramm der AfD 2017, S. 40.

[59] http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Gender-Ideologie

[60] Bundestagswahlprogramm der AfD 2017, S. 40 f.

[61] https://bit.ly/2u7M2Se

[62] https://www.bento.de/politik/nicole-hoechst-afd-politikerin-spricht-ueber-gleichberechtigung-und-wird-hart-ausgelacht-a-00000000-0003-0001-0000-000002149771

[63] https://www.zeit.de/2018/13/afd-bundestag-konservativ-abgrenzung-cdu/komplettansicht

[64] https://rheinneckarblog.de/29/demo-in-kandel-durch-afd-nahes-umfeld-organisiert/135986.html; http://www.belltower.news/artikel/m%C3%BCtter-gegen-gewalt-eltern-gegen-gewalt-133333

[65] http://www.profamilia-mainz.de/stuff/50-Jahre-Festschrift_pro-familia-RP_Web.pdf

[66] Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 23. Sitzung vom 22. März 2018, S. 2034, http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19023.pdf.

[67] https://www.welt.de/politik/deutschland/article146598666/Willkommenskultur-auch-fuer-Babys.html; https://www.apabiz.de/2017/stillstand-auf-dem-kreuzweg

[68] https://afd-fraktion-hamburg.de/aktion-neutrale-schulen-hamburg

[69] https://www.openion.de/themenportal/beitrag/lehrer-duerfen-nicht-neutral-sein

[70] Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich der Demokratieerziehung, WD 3 - 3000 - 068/16, S. 3.

[71] https://twitter.com/marc_jongen/status/955884008075874304?lang=de

[72] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900951.pdf

[73] https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturpolitik-in-sachsen-anhalt-afd-will-theater.1001.de.html?dram:article_id=406574

[74] Vgl. Marc Jongen im Interview, in Theater der Zeit, Heft Nr. 4, April 2019.

[75] Ebd.

[76] https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_10000/10004.pdf

[77] https://www.tagesspiegel.de/kultur/theatermacher-berichten-wie-die-afd-deutsche-buehnen-unter-druck-setzt/23864686.html

[78] https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/sendung/ndr/kulturpolitik100.html

[79] Vgl. „Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), 2019, S. 15-16.

[80] Ebd.: S. 29.

[81] Ebd.: S. 25.

# Weiterführende Literatur


Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): **Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD.** Berlin 2016.
Abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/afd-handreichung-1.pdf

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): **Positionieren. Konfrontieren. Streiten. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD.** Berlin 2017.
Abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/positionieren-konfrontieren-streiten-afd-1.pdf

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): **„Peggy war da!“ Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen.** Berlin 2016.
Abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/hate_speech_fake_news-1.pdf

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): **Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure.** Berlin 2017.
Abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/digital_streetwork_web-1.pdf

BAG Kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): **Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus.**
Abrufbar unter: https://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefaehrdung.pdf

Becker, Reiner u.a.: **Shrinking Spaces. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1/2019.**
Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M. 2019

Dietl, Stefan: **Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „Völkischem Antikapitalismus“.**
Unrast Verlag, Münster 2018

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul: **Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern.**
Rowohlt, Hamburg 2019

Geipel, Ines: **Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass.**
Klett-Cotta, Stuttgart 2019

Gutsche, Elisa: **Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe.**
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin 2018.
Abrufbar unter: https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14630.pdf

Hafeneger, Benno u.a.: **AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure.**
Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M. 2018

Hillje, Johannes: **Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen.**
Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2018

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: **Fact Sheet Neorassismus: Neue Rechte und alte Ideen.**
Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Jena 2019.
Abrufbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheet_Identitaerer_Neorassismus.pdf

Lück, Manuela: **Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland.** In: Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen im Februar 2017.
Abrufbar unter: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/manuela_luck_kulturpolitik_afd_farbsparend.pdf

Mounk, Yascha: **Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht.**
Droemer Verlag, München 2018

Mudde, Cas: **The Far Right Today.** Polity, 2019

Müller, Jan-Werner: **Was ist Populismus? Ein Essay.**
Suhrkamp Verlag, Berlin 2016

Quent, Matthias: **Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können.**
Piper, München 2019

Schroeder, Wolfgang: **Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. Discussion Paper des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.**
Berlin 2017.
Abrufbar unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): **Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts.** Berlin 2019.
Abrufbar unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/03/190313_mbr_Brosch%C3%BCre_Kulturkampf_Auflage2_Online.pdf

# Unterstützen Sie Projekte für Demokratie und Gleichwertigkeit!

Seit 1998 setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Wir unterstützen mutige Initiativen in ganz Deutschland. Bisher wurden über 1.400 Projekte gefördert, die sich in vielen Bereichen engagieren: in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe oder in kommunalen Netzwerken.

Folgende Initiativen haben wir unter anderem gefördert:

- **Projekttheater Dresden e.V.: „Aufspüren Jagen Entsorgen“ (2018)**
  Im Theaterstück werden Originaltexte der AfD verwendet, um die rassistische Sprache der „Neuen“ Rechten aufzuzeigen. Ziel ist es, für die Veränderungen in der Kommunikation und im Klima des öffentlichen Diskurses zu sensibilisieren.
- **Evangelisches Frauenbegegnungszentrum EVA: Diskussionsreihe „Lila Sofa: Von Frauenrechten und rechten Frauen. Rechtspopulismus und Extremismus aus feministischen Perspektiven diskutiert“ (2018)**
  In sechs Gesprächsabenden ging es um Themen wie: Frauen* in der rechtsextremen Szene, MännerRECHTSbewegungen, „Genderwahn“ – die Frauen*politik der AfD, „Feminismus so white“ – ein rassismuskritischer Blick auf die Frauenbewegung und feministischer Aktivismus gegen Rechtsextremismus.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet. Die Freudenberg Stiftung ist langjähriger Unterstützer und Partner der Stiftung.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Bis heute starben fast 200 Menschen als Opfer rechter Gewalt seit dem Fall der Mauer.

## Kontakt

**Amadeu Antonio Stiftung**
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

facebook.com/AmadeuAntonioStiftung
twitter.com/AmadeuAntonio

## Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Im 70. Jahr des Bestehens wird das Grundgesetz wie wohl noch nie von innen angegriffen. Ein maßgeblicher Akteur dahinter ist der parlamentarische Arm der radikalen Rechten: die Alternative für Deutschland. Bei den Angriffen geht es nicht nur um einzelne Artikel, sondern um zentrale Prinzipien unserer Verfassung, wie Menschenwürde, Gleichstellung, Presse- und Religionsfreiheit. Aber auch die Souveränität des Rechtsstaates und das Monopol staatlicher Gewalt insgesamt werden infrage gestellt. Identitätspolitiken, Chauvinismus und Nationalismus bedienen Ängste und Ressentiments, die wiederum Ausgrenzung, Gewalt und Mord legitimieren.

Mit der vorliegenden Handreichung wollen wir all jene unterstützen, die von Angriffen der AfD betroffen sind, und Engagierten in Zivilgesellschaft, Medien, Kunst, Parlamenten, Bildung und anderen Bereichen Informationen und Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten an die Hand geben. Denn es geht nicht nur um einen Meinungsstreit, sondern um die Verteidigung der offenen Gesellschaft und des demokratischen Miteinanders.